Mittwoch, 20. August 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 192 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8.50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8.00 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Heute in der WELT

Große Testamente

Als Papst Stephan II. Hilfe gegen die Langobarden brauchte, ließ er für die wundergläubigen Franken ein Testament erfinden: Die „Konstantinische Schenkung". Sie ist eine Fälschung des 8. Jahrhunderts. Fast ein ganzes Jahrtausend hat das Papsttum seine Herrschaftsansprüche in Rom damit begründet. Heute der zweite Teil der sechsteiligen Serie. Seite 6

POLITIK

Verfassungsänderung? US-Präsident Reagan (Foto) dachte – scherzhaft – darüber nach, ob amerikanische Präsidenten künftig so lange im Amt bleiben könnten, wie die Wähler es wünschen. Jetzt wurde im US-Kongreß ein Antrag zur Verfassungsänderung eingereicht. (S. 5)



Kommunisten: Die fast einflußlose Moskau-treue Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ist zur reichsten politischen Organisation des Landes geworden. Das enthüllte das Wiener Magazin „Wochenpresse".

Zustimmung: Das US-Verteidigungsministerium hat den Kongreß von seiner Zustimmung zu dem Verkauf amerikanischer Einzelteile für die „Patriot"-Raketen der Bundeswehr unterrichtet. Die US-Armee soll die Transaktion überwachen, hieß es.

Manöver: Sowjetische Truppen werden vom 8. bis 13. September in der „DDR" ein Manöver veranstalten. An der Übung werden 25 000 Soldaten teilnehmen.

Kriminalität: Um der zunehmenden Internationalisierung der Kriminalität in Europa wirksamer begegnen zu können, haben die europäischen Mitgliedsstaaten von Interpol die Bildung eines europäischen Regionalsekretariats beschlossen. Dieses soll im Herbst seine Arbeit aufnehmen.

Anschlag: Auf das Kreiswehrersatzamt Nürnberg ist ein Brandanschlag verübt worden. Mit Knallkörpern wurde ein Fünf-Liter-Benzinkanister am Eingang des Amtes angezündet. Die Täter sprühten an die Hauswand „WAA nie" und „NATO zerschlagen".

Terrorismus: Die baskische Terrororganisation ETA droht mit Attentaten gegen in Spanien lebende Deutsche. Das Auswärtige Amt erklärte, die Drohungen richteten sich gegen Unternehmen und Botschaftsangehörige.

Parteispenden: Die SPD will Parteispenden künftig nur noch bis zu einer Höhe von 20 000 Mark steuerlich begünstigen lassen. Dies sieht ein Antrag des Parteipräsidiums für den Parteitag in der kommenden Woche vor.

Mutterschaftsurlaub: Der Mutterschaftsurlaub, der in die ersten drei Monate eines neuen Jahres fällt, kann den Anspruch auf Resturlaub aus dem vorangegangenen Jahr kosten. Dies entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel. (Az.: 8 AZR 498/84 v.14.5.86)

Österreich: Der österreichische Bundeskanzler Vranitzky hat „DDR"-Außenhandelsminister Beil empfangen. Sie erörterten die Wirtschaftsbeziehungen.

WIRTSCHAFT

Banken: Die Sparkassen sind im vergangenen Jahr hinter die Privatbankiers, die Teilzahlungsbanken und die Großbanken zurückgefallen. Zu diesem Schluß kommt die Bundesbank in einer vergleichenden Ertragsanalyse aller deutschen Banken. Die größten Ertragssprünge haben danach die Privatbankiers (plus 35 Prozent) und die Großbanken (plus 33 Prozent) gemacht. (S. 11)

Börse: Die Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten hat sich verstärkt. Der Rentenmarkt trat auf der Stelle. WELT-Aktienindex 284,11 (279,62). BHF-Rentenindex 107,487 (107,481). BHF-Performance-Index 106,780 (106,745). Dollar-Mittelkurs 2,0705 (2,0628). Goldpreis je Feinunze 374,40 (377,25) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
6. 7. 8. 11. 12. 13. 14. 15. 18. 19.
August 86
DIE WELT

KULTUR

Uraufführung: Bei den Salzburger Festspielen wurde Thomas Bernhards „Ritter, Dene, Voss" uraufgeführt. Peymann und seine Darsteller haben das Stück, in dem drei Stunden lang Geschwisterliebe und -haß gezeigt werden, in einer doppelten Negation dialektisch wieder zu phasenweiser Identität zurückgeführt. (S. 17)

Geschmackssache: Um die „Eatart" geht es in einer Ausstellung im Hack-Museum in Ludwigshafen. Ein „Brötchen mit eingebakkenem Thermometer" gehört ebenso wie die zusammengenähten Apfelsinenschalen zu den Exponaten. Präsentiert werden zu Kunst verarbeitete Lebensmittel von Beuys bis Thomkins. (S. 17)

SPORT

Leichtathletik: Sabine Paetz, Siebenkampf-Europarekordlerin aus der „DDR", und Rudolf Powarnizyn aus der UdSSR, der als erster 2,40 Meter übersprang, werden nicht an den Europameisterschaften am kommenden Dienstag in Stuttgart teilnehmen. Insgesamt wurden 1076 Athleten aus 31 Verbänden gemeldet.

Schwimmen: Die 19 Jahre alte Svenja Schlicht sorgte bei den Weltmeisterschaften in Madrid für den ersten Rekord des Deutschen Schwimm-Verbandes. Im Vorlauf über 100 m Rücken erzielte sie 1:03,16 Minuten und war damit um vier Hundertstelsekunden schneller als beim Olympia-Finale von Los Angeles. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Suchdienst: Noch vier Jahrzehnte nach dem Kriegsende können Familien, wie diese jenes Rußland-Heimkehrers 1953 (Foto), ein erschütterndes Wiedersehen feiern. Der kirchliche Suchdienst klärt auch heute noch zahlreiche Vermißten-Schicksale. (S. 18)

Zyklone: Die Ursachen der Zyklone sind noch weitestgehend unerforscht. Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt will nun dem atmosphärischen Geschehen auf die Spur kommen. (S. 18)

USA: Moskaus Angebot ist ein neuer Spaltungsversuch

Nukleares Test-Moratorium abgewiesen / Überwiegend positives Echo in Bonn

wth./DW. Washington

Die Reagan-Administration hat die dritte Einladung von Generalsekretär Gorbatschow zu einem nuklearen Test-Moratorium kühl und unverzüglich zurückgewiesen. Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, erklärte, ein derartiges Moratorium liege „weder im Interesse der USA noch unserer Alliierten". Ein hoher Beamter des Weißen Hauses nannte das Angebot einen neuen Propaganda-Coup des Kreml, der vor allem auf die Alliierten in Europa gezielt sei.

Man weist von amerikanischer Seite darauf hin, daß Gorbatschow diese Initiative zu einem Testbann am 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Atomangriffs auf Hiroshima, begann und damit bewußt Emotionen wekken wollte. Die Administration hat in der Vergangenheit Gorbatschows Angebot stets mit dem Argument zurückgewiesen, daß Nukleartests für die USA wichtig seien, solange die Strategie der Abschreckung es nötig macht, die eigenen nuklearen Waffenvorräte entsprechend zu modernisieren. Die Sowjets könnten ein derartiges Moratorium risikolos anbieten, da sie einen erheblichen Testvorsprung vor den USA hätten. Außerdem weigern sich die USA, einem Testverbot zuzustimmen, solange es keine ausreichenden Verifizierungsabkommen für derartige Tests gibt.

Im übrigen gibt es deutliche Hinweise dafür, daß diese jüngste Initiative Gorbatschows nicht so sehr auf die europäischen Alliierten als vielmehr direkt auf die amerikanische innenpolitische Szene gerichtet ist.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Alles auf eine Karte

Erste Reaktionen von amerikanischen Kongreßmitgliedern zeigen, daß er damit auch Erfolg hat. Senator Edward Kennedy hieß die Initiative Gorbatschows gestern willkommen und nannte die Absage der Reagan-Administration einen „Beweis dafür, daß sie es mit einer Lösung des Testproblems nicht ernst meint". Der Abrüstungsexperte Thomas Downey aus dem Repräsentantenhaus bezeichnete die Behauptung des Weißen Hauses, daß die Sowjets einen Testvorsprung hätten, als „Unsinn".

Abrüstungsexperten der Administration stellten fest, daß Gorbatschow das Moratorium vor allem deshalb noch einmal hochgespielt habe, um sicherzustellen, daß es zu einem Hauptpunkt auf der Tagesordnung des kommenden Gipfeltreffens mit Reagan wird. Gorbatschow hatte in seiner Rede erstmals von einem Treffen mit Reagan noch in diesem Jahr ohne Vorbedingungen gesprochen. Ein umfassendes Teststopp-Abkommen wäre „unbestreitbar das wichtigste reale Ergebnis", sagte er.

In Bonn ist die sowjetische Ankündigung des Testmoratoriums bis zum 1. Januar 1987 überwiegend positiv aufgenommen worden. Außenminister Genscher sagte die Unterstützung der Bundesregierung bei allen Bemühungen um einen umfassenden Teststopp zu. Die sowjetische Verlängerung könne dabei nützlich sein. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe sprach von einem „begrüßenswerten Schritt", der „eine konstruktive westliche Antwort finden sollte". Den USA riet er, eine „Denkpause zur Förderung von Verhandlungen einzulegen".

DER KOMMENTAR

Die Grundlage

PAUL F. REITZE

Was den Aufwand für Forschung und Entwicklung – Geld wie Personal – angeht, nimmt die Bundesrepublik eine Spitzenposition in der Welt ein. Es gibt indes empfindliche Defizite, vor allem in der Informationstechnik. Hier will Forschungsminister Riesenhuber nachbessern: Bis 1992 sollen nach seinen Plänen etwa 4000 (statt bisher nur 1700) deutsche Wissenschaftler auf diesem Gebiet tätig werden. „Auf Zeit" strebt er eine enge Kooperation zwischen staatlich wie privatwirtschaftlich finanzierten Instituten an. Damit beschreitet er, deutscher Tradition entsprechend, einen mittleren Weg zwischen starkem Staatseinfluß (Japan) und dem freien Spiel privatwirtschaftlicher Kräfte (USA).

Die Intensität der Grundlagenforschung ist lange ein Markenzeichen der vom Staat alimentierten deutschen Hochschulen gewesen. Entsprechend gering war die Bereitschaft der Privatwirtschaft, sich hier finanziell zusätzlich zu engagieren. Die „Drittmittel" für die Universitäten kommen noch immer größtenteils aus mehr oder weniger verdeckten staatlichen Töpfen, etwa aus den Bundeszuschüssen für die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die Industrie wird nun in Heller und Pfennig ihre Bereitschaft dokumentieren müssen, hier mehr Verantwortung zu übernehmen. Denn diese Grundlagen sind auch ihr Fundament.

Es ist höchste Zeit, daß Hochschule und Wirtschaft nach Phasen größter Distanz und Irritation zusammenrücken; ihre Eigenständigkeit gefährdet das nicht. Die Bundesrepublik würde sich indes verheben, wollte sie allein auf sich oder den Zukauf fremden Wissens vertrauen. Die Weltwirtschaft ist ein enger Verbund. Eureka mit seinen anwendungsorientierten Programmen – sprich: marktfähigen Produkten – ist ein Anfang. Mit guten Gründen drängt Bonn seine Partner, stärker in die Grundlagenforschung zu investieren. Auch die Geisteswissenschaften sind ein Teil davon.

Künftig weniger Macht für Chinas KP

Politiker um Deng Xiaoping wollen politischen Entscheidungsprozeß reformieren

JOCHEN HEHN, Hongkong

Nach einer kurzen Atempause ist in die Reformpolitik der Volksrepublik China wieder Bewegung gekommen. Dabei handelt es sich jedoch weniger um wirtschaftliche Reformen, die das Reich der Mitte in den vergangenen Jahren so grundlegend verändert haben. Im Mittelpunkt der Überlegungen der Politiker um Deng Xiaoping steht diesmal eine Reform des politischen Entscheidungsprozesses. Wenn sie den bisher kühnsten Vorschlägen tatsächlich folgt, wird sie das Gesicht des kommunistischen China noch radikaler verändern.

Die anvisierte politische Reform, die mit einst als bourgeois geltenden Begriffen wie Demokratie, Freiheit, Humanismus und Menschenrechte umschrieben wird, setzt das Skalpell an das organisatorische Herzstück der KP Chinas, den „demokratischen Zentralismus". Die Operation soll die „Patientin", die Partei, die an einer Überfülle von Machtbefugnissen zu ersticken droht, von dem auf ihr lastenden Druck befreien und statt dessen Regierungsstellen, Industriebetriebe mit weitreichenden Zuständigkeiten aus- statten.

Nach den Äußerungen führender chinesischer Politiker und dem breiten Raum zu schließen, den die Medien des Landes diesem sensitiven Thema einräumen, scheint die Entscheidung in der Führungsspitze über das Ja zur neuen Reform schon gefallen zu sein. Lediglich über das Ausmaß des Demokratisierungsprozesses dürfte es auf der 6. Plenartagung des XII. ZK der Partei im Herbst hitzige Diskussionen geben. Widerstand gegen die Politik-Reform ist nämlich mit Sicherheit zu erwarten, denn der Verzicht auf Macht wird von vielen gestandenen Parteikadern als ein schmerzlicher Schritt empfunden.

Aus der in China geführten Diskussion werden einige Kernpunkte der Dengschen Politik-Reform deutlicher erkennbar. Da ist einmal von der „horizontalen Aufteilung der Macht" die Rede, einer Trennung der Funktionen von Partei und Regierungsstellen. Als positives Beispiel dafür dürfte die Auflösung der von Parteifunktionären kontrollierten rund 45 000 Kommunen auf dem Land gelten, die bis in die Familien hineinregierten und während der Reform in der Landwirtschaft innerhalb nur eines Jahres (1983/84) durch Gemeindeverwaltungen ersetzt wurden, die nur noch über nicht-politische Angelegenheiten entscheiden dürfen.

Die Demokratisierung soll jedoch nicht nur Partei und Regierungsstellen, sondern auch den einzelnen Bürger erfassen. Ausgewogene und tragfähige Entscheidungen könne man nur in einer demokratischen Umgebung treffen, meinte Vize-Premier Wan Li und forderte die führenden Kader seines Landes auf, die „demokratischen Rechte des Volkes zu achten und ihm zu erlauben, seine Meinung, ja seine Opposition zu äußern".

Ein weiteres Kernstück der Reform soll der direkten oder indirekten Beteiligung des Volkes am politischen Entscheidungsprozeß gelten, etwa durch Einführung eines allgemeinen Wahlrechts.

Rebmann ermittelt gegen Tamilen-Organisation

Verdacht der Erpressung von „Schutzgeldern"

gü/lor. Bonn

Beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg ermittelt seit einigen Monaten eine „Sonderkommission Tiger" gegen tamilische Schutzgeld-Erpresser. Der Name der Sonderkommission ist der tamilischen Rebellenorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) entlehnt, die für einen eigenständigen Tamilenstaat in Sri Lanka kämpft und im Verdacht steht, Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland, die hier als Asylbewerber leben, zu „Spenden" für den „Befreiungskampf" zu zwingen.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat inzwischen die Ermittlungen an sich gezogen. Gegen zehn tamilische LTTE-Leute wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung von bundesweiter Bedeutung" eröffnet.

Monatlich bis zu 200 000 Mark kommen – so ein „Stern"-Bericht – durch Bandenkrieg und Schutzgelderpressung unter den 30 000 in der Bundesrepublik lebenden Tamilen zusammen. Wer sich weigere, Geld zur Verfügung zu stellen, bekomme zu hören, daß für zurückgebliebene Verwandte auf Sri Lanka nun „keine Garantie mehr übernommen" werden könne.

Wie die Sicherheitsbehörden befürchten, ist damit zu rechnen, daß die in jüngster Zeit vermehrten Aktivitäten extremistischer Tamilen-Gruppen auf dem Boden der Bundesrepublik zu einem „neuen Sicherheitsproblem" werden. Bislang seien die „Tiger"-Gruppen nicht besonders in Erscheinung getreten. Deshalb wurden sie auch nicht im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums erwähnt. Bonner Sicherheitsexperten erläuterten, Tamilen seien in den vergangenen Jahren „gelegentlich" durch Brandstiftung, unerlaubten Waffenbesitz und Prügeleien in der eigenen Volksgruppe oder mit Indern aufgefallen. Als Hauptorte solcher Gewalttätigkeiten wurden Frankfurt und Karlsruhe genannt.

Der Sprecher des hessischen Innenministeriums, Jan von Trott, wollte sich zu den Ermittlungen auf Bundesebene „ausdrücklich nicht äußern". Man habe jedoch „Kenntnis von der Existenz" der „Tiger"-Organisation.

Explosion in Sonnenkraftwerk

DW. Madrid

Eine Natriumgas-Explosion hat gestern einen Brand in einem spanischen Experimental-Sonnenwerk bei Tabernas (Provinz Almeria) ausgelöst, der am Abend noch nicht gelöscht war. 50 Kubikmeter Natriumgas hatten sich durch Kontakt mit der Luft entzündet und waren explodiert. Zwei Beschäftigte wurden leicht verletzt.

Das Feuer griff auf die Büros und anderen Anlagen des zu den modernsten Sonnenkraftwerken Europas zählenden Komplexes über. Es erfaßte den gesamten Natriumkreislauf der Anlage und darf wegen der Explosionsgefahr nicht mit Wasser bekämpft werden. Das Natriumgas ist giftig und kann nur mit Graphit gelöscht werden. Die Bevölkerung von Tabernas, so die Behörden, war jedoch nicht in Gefahr. Das Kraftwerk ist ein Projekt der Internationalen Energiebehörde, an der die USA und europäische Länder beteiligt sind. In derselben Gegend steht ein weiteres Sonnenkraftwerk, nämlich das deutsch-spanische Projekt „GAST".

Mehr Mittel für Forschung

DW. Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) hält eine verstärkte Grundlagenforschung in der Informationstechnik für unerläßlich. Diesem Ziel dient ein gestern vorgelegtes Rahmenkonzept, wonach bis 1992 die Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftler von derzeit rund 1700 auf mehr als 4000 erhöht werden soll. Die Großforschungseinrichtungen des Bundes sollen verstärkt für den Bereich Informationstechnik eingesetzt werden. Gleichzeitig hat Riesenhuber an die Industrie appelliert, sich an der Gründung von Forschungsinstituten für bestimmte Projekte „auf Zeit" zu beteiligen. In den USA, so der Minister, arbeiteten auf dem Gebiet der Informationstechnik an Großinstituten außerhalb der Universitäten mehr als 26 000 Wissenschaftler und Ingenieure. Das US-Verteidigungsministerium habe 1985 Aufträge im Volumen von 20 Milliarden Mark vergeben. Europa müsse erhebliche Anstrengungen unternehmen, um über eine „eigenständige Technologiebasis zu verfügen".

Stoltenberg: Echte Steuerentlastung

A. G. Bonn

Die „echten Steuerentlastungen" bei der für die kommende Legislaturperiode vorgesehenen Steuerreform sollten nach Auffassung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg deutlich spürbar über 20 Milliarden Mark liegen. Wie der Minister gestern vor der Presse in Bonn erklärte, würden die Steuerausfälle etwa 40 Milliarden Mark ausmachen. Über die Grundsätze der in zwei Stufen zu realisierenden Reform bestehe bereits heute Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen. Einige Punkte müßten insbesondere noch mit den unionsgeführten Ländern abgeklärt werden. Gemeinsames Ziel sei ein linear-progressiver Tarif mit Abbau der Grenzbelastung vor allem für die mittleren Einkommensgruppen, Abschaffung der Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer und Reform der Körperschaftsteuer. Die gegen eine Absenkung der Steuerquote gerichteten Steuervorschläge der SPD seien eine „Weichenstellung in die falsche Richtung".

Seite 9: Entlastung

Kassen planen höhere Beiträge

tl. Bonn

Die Beiträge zur Krankenkasse steigen möglicherweise noch in diesem Jahr. Der Bundesvorsitzende der Ortskrankenkassen, Wilhelm Heitzer, begründete dies mit den anhaltenden Ausgabensteigerungen. Hauptkostentreiber seien in diesem Jahr nicht die Ärzte und Zahnärzte, sondern die Krankenhäuser. Im Arbeitsministerium sind derzeit die ersten Vorbereitungen für eine Strukturreform der Krankenversicherung nach der Bundestagswahl 1987 in Arbeit.

Seite 9: Kostentreiber

Koalition soll über Sanktionen beraten

DW. Bonn

Zur Beilegung der Differenzen innerhalb der Bonner Regierungskoalition in der Frage von Sanktionen gegen Südafrika hat der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe ein Spitzengespräch von CDU, CSU und FDP gefordert. In einem Interview mit dem Kölner „Express" forderte Rühe zugleich alle Koalitionspolitiker auf, sich „mit ihrer Privatmeinung zurückzuhalten".

„Was wir brauchen, ist eine einheitliche Linie", sagte der Politiker.

Seite 8: Eigene Sanktionen

Post-Gewinn steigt um drei Milliarden

Schwarz-Schilling: Es gibt keine Pläne für Gebühren-Erhöhungen im nächsten Jahr

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Deutsche Bundespost wird in diesem Jahr ihren letztjährigen Investitionsrekord noch einmal um 1,6 Milliarden auf 18,1 Milliarden Mark heraufschrauben. Das bedeutet immerhin eine Steigerung um 9,4 Prozent. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern bei Erläuterung des Geschäftsberichtes 1985 vor der Presse in Bonn erklärte, sei dieser Betrag größer als die von den acht größten deutschen Industrieunternehmen in 1985 getätigten Investitionen.

Der Jahresgewinn wird mit gut drei Milliarden Mark im laufenden Jahr zwar höher ausfallen, als in der Planung ausgewiesen (2,5 Milliarden), aber doch deutlich unter dem 85er Ergebnis von 3,6 Milliarden Mark zurückbleiben. Der 87er Gewinn dürfte nach Schwarz-Schillings Einschätzung bei 1,5 bis zwei Milliarden Mark liegen. Gleichwohl weigerte sich der Minister, konkrete Angaben über mögliche Gebührenerhöhungen im nächsten Jahr zu machen. Bisher gebe es keinerlei Pläne oder Absichten, die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete anzuheben.

Schwarz-Schilling wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es der Post im Jahr 1985 (mit dem er „durchaus zufrieden" sei) wie auch im laufenden Jahr erneut gelungen ist, die Gebühren der Post und Postbahndienste – mit Ausnahme des Postzeitungsdienstes – stabil zu halten. Damit sei die Post erstmals seit 20 Jahren über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinweg ohne Erhöhung der Postgebühren ausgekommen. Im Fernmeldewesen habe es per Saldo sogar erhebliche Gebührensenkungen gegeben. Für die Zukunft könnten generelle Gebührenermäßigungen angesichts der ständig steigenden Investitionen allerdings nicht erwogen werden. Trotz des Zwangs zur Rationalisierung hat die Post ihren Personalbestand 1985 um 4420 Arbeitskräfte aufstocken können, „von Arbeitsplatzvernichtung also keine Spur". Auch das Ausbildungsangebot konnte um 1500 auf 18 000 Stellen erhöht werden und wird 1986 nochmals um 300 steigen.

Die Fort- und Weiterentwicklung der neuen Kommunikationstechniken bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. In dieser Entwicklung sieht die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht „nicht unbeträchtliche Risiken", auch wenn sich die Post mit der Digitalisierung des Fernsprechnetzes und dem Aufbau der Glasfasernetze neue geschäftliche Chancen eröffne. Gefahren sehen die Währungshüter auch in der Subventionierung des Postwesens durch das Fernmeldewesen. Bedenklich sei die rückläufige Gewinn- und Ertragsentwicklung.

Seite 2: Die Post paßt an

Rauschgift-Welle in der CSSR. Jugendliche schnupfen Kokain

„Gesellschaft unvorbereitet getroffen" / Drogen-Transitplatz Prag?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Drogenkonsum ist in der Tschechoslowakei zu einem ernsten Problem geworden. Die Zeitung „Pruboj" berichtet von einem alarmierenden Anwachsen von Rauschgiftdelikten besonders in Nordböhmen. Die Zahl der (vor allem jugendlichen) Abbhängigen werde voraussichtlich in den kommenden Jahren noch zunehmen. Die Rauschgiftwelle, so das tschechoslowakische Blatt, habe die Gesellschaft der CSSR vollkommen unvorbereitet getroffen.

Die Jugendlichen, so die Zeitung „Pruboj", schnupfen hauptsächlich. Sie nehmen Kokain oder Codein-Tabletten. Viele „Erfahrene" griffen aber bereits zur (Heroin)-Spritze. Auch Todesfälle habe es schon gegeben. „Pusher" seien unter anderem Taxifahrer, Hotelpersonal, illegale Geldwechsler und Studenten. Als Ursachen für den wachsenden Drogenkonsum nennt die slowakische Jugendzeitung „Smena" Neugierde, aber auch den „Mangel an Zuwendung und Verständnis". „Pruboj" spricht sogar vom „Zerfall des Familienlebens" in der Tschechoslowakei. Wie sehr das Land von der Rauschgiftwelle getroffen worden ist, zeigt auch, daß 1985 in Prag ein Dealer-Netz ausgehoben und auf dem Flughafen drei Kilogramm Heroin im Verkaufswert von drei Millionen Mark beschlagnahmt wurden. Prag scheint damit zum Drogen-Transitplatz für Westeuropa geworden zu sein. Dabei fallen offenbar für einheimische Zwischenträger zumindest einige Krümel vom harten Stoff auch für den eigenen Verbrauch ab.

Die Drogenszene in der Tschechoslowakei, die vor wenigen Jahren noch von einigen Amateuren beherrscht wurde, hat sich inzwischen professionalisiert. Zwar ist es gerade für Jugendliche ziemlich schwierig, an Kokain und Heroin heranzukommen, aber die Wege werden zunehmend einfacher. Angeblich treten viele tausend afrikanische und asiatische Studenten, die in der CSSR studieren, als Lieferanten auf. Mit diesem „Neben-Job" verschaffen sie sich „dicke Gelder". Das vermuten jedenfalls die Prager Behörden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Menschen und MiG

Von Peter M. Ranke

Leonid Wolowskij in Gorki bekam eine Gefängnisstrafe, weil er das Buch „Exodus" von Leon Uris verliehen hatte. Sachar Sunschajn aus Riga mußte fünf Jahre hinter Gitter, weil sein Ausreiseantrag nach Israel angeblich eine „Diffamierung des Sowjetstaates" war. In Israel wartet seit fünfzehn Jahren Ilana Friedmann auf ihre Schwester Ida Nudel, die erst nach Sibirien, dann in die Moldau-Republik verbannt wurde, weil sie nach Israel wollte. Ilana: „Die Sowjets reden dauernd von Frieden, aber eine fünfundfünfzigjährige Frau lassen sie nicht ausreisen."

Keine israelische Regierung kann darauf verzichten, bei Gesprächen mit Sowjetfunktionären die Verfolgung der Juden in der Sowjetunion auf die Tagesordnung zu bringen; schließlich ist Israel die Heimat und Zuflucht von Verfolgten. So geschah es auch bei den jüngsten Gesprächen in Helsinki, aber die ersten sowjetisch-israelischen Verhandlungen seit neunzehn Jahren wurden nach neunzig Minuten abgebrochen. Wenn von Menschenrechten die Rede sein soll, verlassen die Sowjets den Tisch.

Moskau wolle eventuell ein Konsulat in Israel eröffnen, um sich in spätere Nahostverhandlungen einzuschalten, hieß es. Das ist nun erst einmal vorbei. Aber die Israelis können auch ohne sowjetischen Konsul leben; so bleibt ihnen eine Agenten- und Verbindungsstelle zu radikalen Arabern erspart. Die Meinung, der Kreml steuere eine „neue" Nahostpolitik an und suche den Ausgleich mit Israel, erwies sich wieder einmal als Illusion.

Tatsache hingegen bleibt: Zweimal, 1967 und 1973, haben die Sowjets durch sofortige Neurüstung geschlagener Araberstaaten Friedensverhandlungen verhindert. Moskau unterstützt die beiden radikalsten Regierungen, die in Damaskus und in Tripoli, als seine Bundesgenossen in der NATO-Flanke. Obwohl der syrische Verteidigungsminister Tlass offen erklärt, nur ein Krieg gegen Israel könne den Nahostkonflikt lösen, erhält Syrien modernste MiG-29 und weittragende, treffgenaue Raketen zum Vernichtungskrieg. Das ist die Wirklichkeit sowjetischer Nahostpolitik. Helsinki war nur eine Episode.

Die Post paßt an

Von Arnulf Gosch

Ein stolzes Geschäftsergebnis 1985 konnte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern der Öffentlichkeit präsentieren: Bei einem um zwei Milliarden auf knapp 48 Milliarden Mark gewachsenen Umsatzvolumen hat der Gelbe Riese einen Gewinn von 3,6 Milliarden Mark erwirtschaftet. Und das vor allem vor dem Hintergrund stabiler Gebühren im Postbereich und Gebührensenkungen im Fernmeldebereich. Gleichzeitig konnte die Post – allen Unkenrufen zum Trotz – ihren Personalbestand um 4420 Arbeitskräfte aufstocken und ihr Ausbildungsplatzangebot noch einmal um 1500 auf 18 000 Lehrstellen erhöhen. Das ließ sich der größte Ausbilder der Nation immerhin 1,3 Milliarden Mark kosten.

Was aber noch wichtiger erscheint: Die Post schraubte ihre Investitionen in Sachanlagen von 14,6 auf 16,5 Milliarden Mark und damit auf eine neue Rekordmarke herauf. Nach Expertenschätzung sicherte dieses Staatsunternehmen damit 200 000 Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Und das diesjährige Investitionsvolumen soll noch einmal um 1,6 Milliarden Mark auf die neue Rekordhöhe von 18,1 Milliarden Mark wachsen.

Das alles sind sehr beeindruckende Zahlen. Aber gerade deswegen wird Schwarz-Schilling im nächsten Jahr nicht um kräftige Gebührenanhebungen herumkommen. Denn die Kosten steigen, und der Gewinn wird weiter deutlich zurückgehen.

Dabei nimmt der Zwang zu umfangreichen Investitionen sogar noch zu, weil diese Republik mit mehr als 26 Millionen Telefonhauptanschlüssen allmählich in den Sättigungsbereich gerät. Die fernmeldetechische Produktpalette der Post muß also laufend geändert, erweitert und dem Markt angepaßt werden. Stichworte hierfür sind Digitalisierung, ISDN und Glasfaser.

Der Minister sprach gestern schon selbst von sich zwangsläufig ergebenden Abschwächungen der Ertragslage, und die Bundesbank macht sich hierüber bereits Sorgen; sie spricht von „nicht unbeträchtlichen Risiken". Es ist zwar verständlich, daß Schwarz-Schilling vor den Wahlen ungern von Gebührenerhöhungen spricht. Aber sie kommen.

Europa und das Blei

Von Wilhelm Hadler

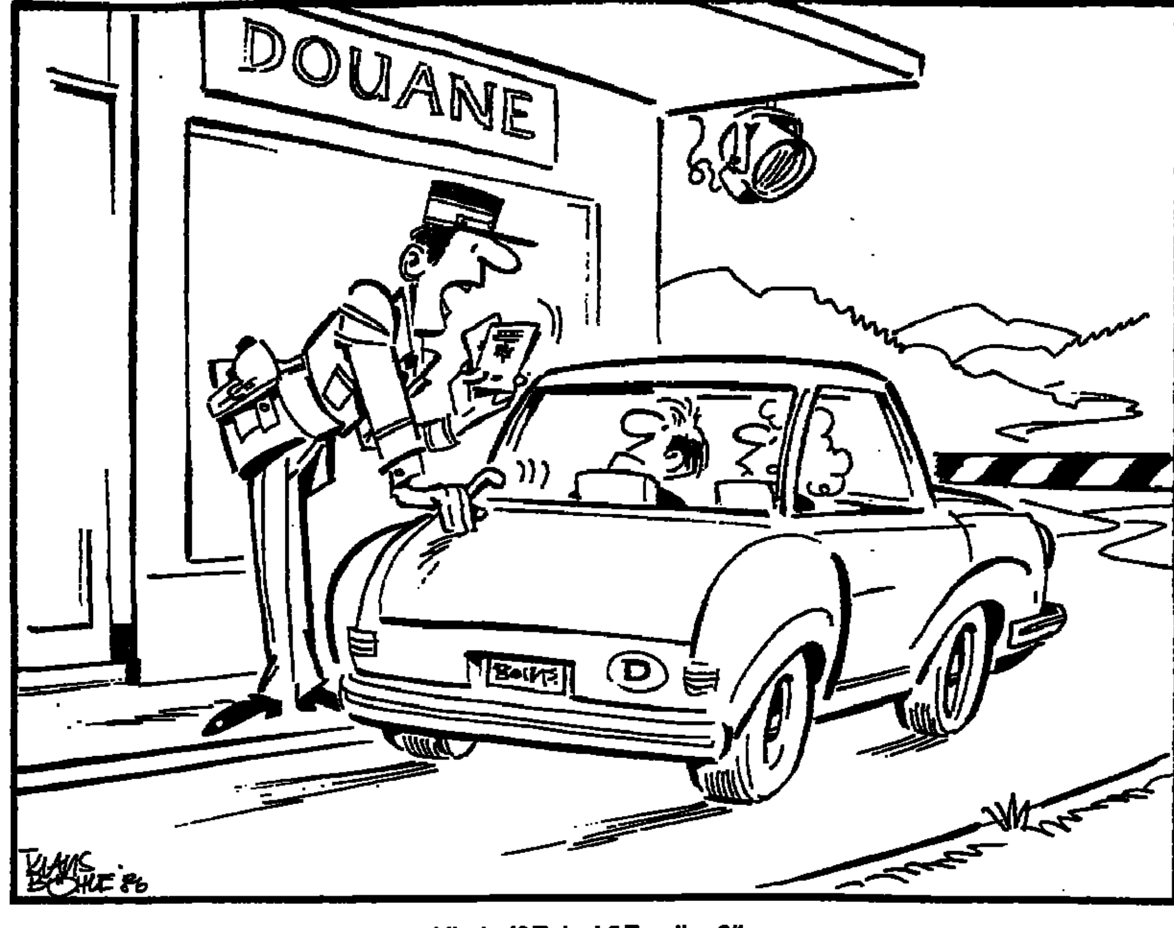
Einzelstaatliche Gesetzgebungspläne verfangen sich immer häufiger im Gestrüpp europäischer Rechtsvorschriften. Beispiele dafür liefert vor allem der Umweltschutz. Selbst wenn sie wollte, könnte die Bundesregierung nicht dem Wunsch der Länder nach einem Sofortverbot von bleihaltigem Normalbenzin nachkommen. Sie ist durch eine EG-Richtlinie gebunden und hat denn auch bisher nur versprochen, sich in Brüssel für eine Ausnahmegenehmigung stark zu machen.

Die einschlägige Direktive verpflichtet die EG-Staaten, spätestens vom Oktober 1989 an unverbleites Benzin anzubieten. Sie erlegt ihnen jedoch zugleich auf, dafür Sorge zu tragen, daß „auf ihrem Hoheitsgebiet verbleites Benzin in ausgewogener Streuung zur Verfügung steht".

Ausdrücklich wird in dem Text festgehalten, daß der freie Verkehr und die Vermarktung von Benzin nicht aus Gründen des Bleigehalts verhindert oder begrenzt werden darf. Allerdings wird nicht speziell zwischen Normal- und Superkraftstoff unterschieden.

Eine Ausnahmeregelung für die Bundesrepublik dürfte nicht leicht durchzusetzen sein. Schließlich sind die EG-Bestimmungen einstimmig verabschiedet worden und erst am 1. Januar in Kraft getreten. Bonn hatte zwar von vornherein Bedenken geäußert, letztlich aber (im Zusammenhang mit Kompromissen über die EG-einheitlichen Abgaswerte für Kraftwagen) doch zugestimmt. Nach dem Erkenntnisstand vom Jahre 1985 entsprach das Datum für die obligatorische Einführung von bleifreiem Benzin den Fristen, die die Erdöl- und Automobilindustrie für ihre Investitionen brauchte.

Die Partner werden Bonn vorwerfen, von einem politischen Kompromiß wieder abzurücken, weil sich das deutsche Konzept steuerlicher Anreize für die Umstellung auf bleifreies Benzin als ungenügend erwiesen habe. Bonn hat Grund, ein Verhalten zu vermeiden, das eine abschreckende Wirkung auf andere EG-Vereinbarungen ausüben könnte. Die Richtlinien über die Kfz-Emissionen hängen zum Beispiel noch immer in der Luft. Denn nach wie vor ziert sich Dänemark, seine Unterschrift zu geben.



„Alkohol? Tabak? Tamilen?" KLAUS BÖHLE

Alles auf eine Karte

Von Rose-Marie Borngäßer

Kaum jemand war überrascht, als der KPdSU-Chef Michail Gorbatschow in seiner zweiunddreißigminütigen Fernsehrede am Montagabend verkündete, daß die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für jegliche Kernexplosionen noch einmal verlängert, und zwar diesmal bis zum 1. Januar 1987. Man hatte diese Mitteilung bereits nach Ablaufen der Frist am 6. August 1986, also vor zwölf Tagen, erwartet. Denn nach der Katastrophe von Tschernobyl kann sich die UdSSR Kernwaffentests so bald nicht mehr erlauben, oder jedenfalls nicht zugeben, daß sie Kernwaffentests betreibt. Es würde ihr ein miserables Image bescheren.

Außerdem haben die Sowjets ihre Testreihe – im Gegensatz zu den Amerikanern – längst abgeschlossen. Eine leere Propagandahülse also, die da verschossen wird, und die amerikanische Regierung hat denn auch unverzüglich darauf hingewiesen.

Wenn etwas auffällt an dieser Rede von Gorbatschow, so ist es ihre Länge, ehe er zum Aussagekern kam: Volle dreißig Minuten brauchte der Kremlchef, um sich für dieses Moratorium zu rechtfertigen. Ein beschwörender Ton durchzog seine langatmige Rede. Das klang nicht so forsch und fest wie einst. Da sprach nicht jemand, der alle Fäden in der Hand hält. Hinter seinen defensiven globalen Rechtfertigungsformeln ließ Gorbatschow das Gesicht des Verlierers vom Genfer Gipfeltreffen durchblicken: Dort ist das SDI-Projekt unangetastet geblieben, dort wurde die Tagesordnung über Rüstungskontrollfragen hinaus auf Menschenrechtsprobleme und Krisenherde wie Afghanistan und Nicaragua ausgedehnt.

Immerhin jedoch nutzte der Kremlchef geschickt die Anstrengung dieser Rechtfertigung und plazierte in der ihm eigenen propagandistischen Manier einige dialektische Haken. Allerdings verdunkelte der völlig abwegige Vergleich zwischen der Katastrophe von Tschernobyl und dem Absturz von „Challenger" dieses rhetorische Propagandafeuerwerk.

Der erste Mann der Sowjetunion nahm seinen Fernsehappell wahr, um indirekt eine Antwort auf Ronald Reagans Brief zu geben, ohne daß er die vereinbarte Vertraulichkeit zwischen den beiden Supermächten verletzte. Gorbatschow sprach wiederum das Problem der chemischen Waffen und der chemiefreien Zone an und erinnerte an die Stockholmer Gespräche; und wie selbstverständlich erklärte er erneut die Bereitschaft der UdSSR zur Kontrolle und Inspektion von Abrüstungsmaßnahmen. Hier hat die Sowjetunion seit einiger Zeit eine öffentliche und pauschale Kehrtwendung nach jahrelanger Verweigerungshaltung vorgenommen, wie es jedenfalls auf den ersten Blick scheint – tatsächlich steckt hier der Teufel nach wie vor in den von Moskau eingewendeten Details; die Gespräche zu diesem entscheidenden Punkt stecken weiterhin in der Sackgasse.

Gleichzeitig versuchte Gorbatschow wieder, die US-Regierung von ihrer Opposition und die USA von der übrigen Welt zu isolieren. Wieder zog er alle Register von Krieg und Frieden, verwies auf seine diversen „Friedensoffensiven" – angefangen vom Januar dieses Jahres bis zuletzt seinem Auftritt in Wladiwostok. Und da der Vorschlag eines Atomstopps weltweit populär ist, baute der sowjetische Generalsekretär diesen Vorteil geschickt aus, um die „Gruppe der Militaristen" in der Umgebung des US-Präsidenten, die seiner Meinung nach allein für alles Unheil verantwortlich ist, ins Abseits zu stellen; sein Gesprächspartner selbst kommt dabei gut weg. So reklamiert Gorbatschow das Vertrauen der Dritten Welt und der Staatengruppe der sechs unter Führung Indiens; er zitiert Stimmen aus den NATO-Ländern und beruft sich auf ebensolche skeptischen Stimmen in den USA selber.



Das Ergebnis des Ministertreffens vorweggenommen: Gorbatschow FOTO: AP

Das interessante an diesem Versuch, wieder einmal allein den USA die Schuld und die Schurkenrolle zuzuschieben, ist allerdings, daß erstmals ein sowjetischer Führer öffentlich nicht nur an die Gegner der Washingtoner Politik in aller Welt appelliert, sondern auch – an die Gegner seiner Politik in seinem Land.

Diese Opposition im eigenen Lande – die der Abrüstungsgegner; die Opposition der Systemgegner bleibt natürlich unerwähnt – war zweifellos immer vorhanden, Gorbatschow aber bringt sie zum ersten Mal ins Gespräch. Und zwar in der Form, daß er „besorgte" Briefe nennt, die ihn täglich erreichten; Briefe, deren Verfasser nach der Sicherheit des eigenen Landes fragen. Er wiegelte sie gekonnt mit dem Hinweis auf die ganze übrige Welt ab.

Bemerkenswert an diesem Fernseh-Auftritt Gorbatschows ist weiterhin die Tatsache, daß er bereits jetzt seine Reise nach Washington zum erneuten Gipfeltreffen längst fest einkalkuliert, das positive Ergebnis der anstehenden Außenministerkonferenz im September bereits vorwegnimmt.

Mit diesem Extraschritt prescht Gorbatschow weit vor. Er spielt ein gewagtes Spiel. Denn dieses Mal darf er nicht mit leeren Händen in den Kreml zurückkehren. Deshalb malte er auch dramatisch die „historische Chance" aus, daß er und Reagan ein Abkommen über den beiderseitigen Teststopp unterzeichnen würden.

Doch wie immer stand hinter diesem Wortgeklingel über Abrüstung und Frieden die „Vision", den Amerikanern zuzumuten, auf SDI zu verzichten. Oder wie die Kreml-Strategen präzisieren: Verzicht auf Entwicklung, Erprobung und Indienststellung des SDI-Systems. SDI bedeutet der Sowjetunion sehr, sehr viel – deshalb setzt Gorbatschow dieses Mal in Amerika alles auf eine Karte.

IM GESPRÄCH Violeta Chamorro

Die mutige Witwe

Von Werner Thomas

Neulich hat Präsident Ortega mit dem Gefängnis gedroht. Das Verhalten der „La Prensa"-Führung grenze an Landesverrat, sagte er. In den USA wären solche Personen längst hinter Gitter gekommen. Violeta Chamorro schrieb ihm prompt einen Brief und erklärte sich bereit, eine Haftstrafe anzutreten.

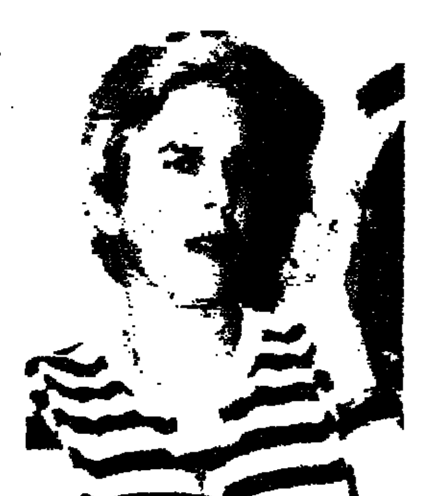
Sie bekam keine Antwort.

Diese Frau ist unantastbar. Auch die sandinistischen Comandantes, die selbst den Kardinal Miguel Obando Bravo rüpelhaft behandeln, zollen ihr Respekt. Über „Doña Violeta" schwebt ein Heiligenschein.

Während der siebziger Jahre kämpfte Violeta Chamorro gegen Anastasio Somoza, der im Januar 1978 ihren Mann Pedro Joaquin ermorden ließ, den Verleger der „Prensa" und prominentesten Oppositionspolitiker. Heute bekämpft sie die damaligen Revolutionäre, die Sandinisten. Diese hätten eine „marxistisch-leninistische Zwangsherrschaft" errichtet, die in mancher Beziehung noch schlimmer sei als die Somoza-Ära. „Jetzt müssen wir neun Somozas erdulden." Das sandinistische Politbüro „Direccion Nacional" umfaßt die neun ranghöchsten Comandantes.

Seit die „Prensa" im Juni von der Regierung des „Freien Nicaragua" für unbestimmte Zeit geschlossen wurde – was Somoza nie gewagt hatte –, eskalierte Violeta Chamorro ihr Engagement. Sie empfängt im „Prensa"-Gebäude an der Carretera Norte Besucher und erläutert, was sie von den Sandinisten hält. Im Gegensatz zu Señora Chamorro sind die anderen Widersacher des Regimes zurückhaltender geworden, ein Ergebnis der wachsenden Repression. Die Ausweisung des Bischofs Pablo Antonio Vega Anfang Juli stimmte selbst den Kardinal vorsichtiger.

Violeta Chamorro, eine stattliche, attraktive Frau mit markanten Gesichtszügen, weiß, wovon sie spricht. Sie war von Juli 1979 bis März 1980 Mitglied der ersten sandinistischen Junta und konnte beobachten, wie die Weichen in östlicher Richtung gestellt wurden. Sie mußte aber auch erfahren, daß viele Landsleute ihre Warnungen mißachten und auf die Comandantes hören.



Sogar für die Sandinisten unantastbar: Violeta Chamorro FOTO: AP

Die Differenzen über diese Revolution gehen durch die eigene Familie. Die ältere Tochter Claudia dient dem sandinistischen Nicaragua als Botschafterin in Costa Rica. Der jüngere Sohn Carlos Fernando steuert die Propaganda-Zentrale der FSLN und das Parteiorgan „Barricada". Der ältere Sohn Pedro Joaquin, einst Chefredakteur der „Prensa", mobilisiert wiederum von Costa Rica aus die Öffentlichkeitsarbeit der Opposition. Die jüngere Tochter Laura assistiert der kränkelnden Mutter und chauffiert sie in einem betagten Volvo durch Managua.

Dennoch herrscht kein offener Streit. „Wir kommen gut miteinander aus", berichtet Violeta Chamorro, „ich telefoniere täglich mit Claudia." Sie meint: „Die Politik ist eine Sache, das Familienleben eine andere. Jeder soll seinem Gewissen folgen."

Daran hält auch sie sich. Am Verlagsgebäude der „Prensa" verkündet ein Transparent: „Zum Schweigen gebracht, aber nicht unterworfen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung bemerkt zu Gorbatschows Vorschlägen:

Zu sagen, daß Gorbatschow einen Propagandasieg errungen hat, hieße die Überlegungen abwerten, die dem Testmoratorium und eigentlich dem Technologieproblem in seiner Gesamheit zugrunde liegen ... Er bringt keine Opfer, denn wenn er es täte, wäre er sein Amt bald los.

Hamburger Abendblatt

Es beschäftigt sich mit der Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika:

Es gibt keine schlechtere Politik als die, die nach dem Grundsatz handelt: Weil es die anderen machen, machen wir es auch ... Wer eigentlich sagt uns, daß Wirtschaftssanktionen an diesen himmelschreienden Verhältnissen (dort) etwas ändern würden?

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zum Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß:

Ob jemals Licht in das verfilzte Dickicht von Kumpanei und parteipolitischer und gewerkschaftlicher Vetternwirtschaft gelangen wird, darf bezweifelt werden. Geld zum Klagen scheint der Konzern noch zu haben. Er will beim Bonner Untersuchungsausschuß mitbeteiligt sein. Die drei leeren Stühle für Beobachter seiner Wahl reichen ihm nicht. Zwar hat die erste Instanz des Verwaltungsgerichts in Köln dieses Verlangen zurückgewiesen und von sich aus den Streitwert auf 100 000 Mark festgelegt. Doch die Neue Heimat vermag die Aussichtslosigkeit ihres Begehrens nicht einzusehen. Sie klagt bei der nächsthöheren Instanz und will bis zum Bundesverwaltungsgericht gehen. Doch den Untersuchungsausschuß kann sie damit nicht stoppen.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt meint zu vergeblichen Gemeinsamkeiten:

Aus welchen Gründen auch immer: Kohl spricht sich für gemeinsame Lösungen in der Asylfrage aus, Brandt und Rau plädieren für einen „Konsens der großen Parteien in der Energiepolitik", Blüm und die Sozialexpertin der SPD, Anke Fuchs, entdekken Parallelen bei dem komplexen Problem der Alterssicherung und der Harmonisierung der sehr unterschiedlichen Systeme (Arbeiter, Angestellte, Beamte). Bei näherem Hinsehen wird man hinter den Worten von der Übereinstimmung noch erhebliche Unterschiede, ja schroffe Gegensätze entdecken.

Le Monde

Sie geht auf die Bevölkerung in Sudan ein:

Die Streitkräfte Khartums zögern nicht, in den ländlichen Gebieten, die die Rebellen unterstützen, die Politik der verbrannten Erde anzuwenden. Die Rebellen ihrerseits bedienen sich immer häufiger der wirtschaftlichen Blockade, um den Gegner in die Knie zu zwingen. Unter diesen Umständen wird es zunehmend schwieriger werden, die internationalen Hilfsleistungen bis zu den notleidenden Menschen gelangen zu lassen.

Wer gibt, dem wird gegeben – bei Staatsaufträgen

Wundersame Parteienfinanzierung à la française / Von Joachim Schaufuss

Wird die „Affäre Christian Nucci" zum politischen Skandal? Diese Frage stellt man sich in Frankreich, nachdem die Staatsanwaltschaft den sozialistischen Abgeordneten und früheren Entwicklungsminister wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel zur Verantwortung ziehen will.

Ein gewöhnliches Strafverfahren scheidet wegen der parlamentarischen Immunität Nuccis aus. Außerdem verwendete er die Mittel wohl nicht für sich persönlich, sondern zugunsten seiner Partei. Demnach müßte er nach Artikel 68 der Verfassung vor den Haute Cour gestellt werden – ein von beiden Häusern des Parlaments gewähltes Sondergericht.

Dies wäre das erste solche Ausnahmeverfahren in der V. Republik. Schaden müßte es nicht nur der Sozialistischen Partei. Auch die Finanzierung der anderen Parteien dürfte zur Sprache kommen. Diese ist aber bei allen zweifelhaft.

Das jedenfalls behauptet die frühere Umweltministerin Huguette Bouchardeau. In einem Interview mit „La Croix" erklärte sie, daß in Frankreich keine Partei nur von den Mitgliederbeiträgen und von uneigennützigen Geschenken lebe. Jede erhalte überdies von interessierter Seite Geld, das sich der Kontrolle entziehe. Während sich die Rechte dabei vor allem auf die Geschäftswelt stütze, wende sich die Linke vorwiegend an die von ihr kontrollierten Gemeinden, die zur Aufbesserung der Parteikasse inoffizielle Abgaben erhöben.

Dabei geht man davon aus, daß, wer einen höheren Obolus entrichtet, sich größere Chancen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausrechnen darf – und bei dem in Frankreich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Großflächengeschäften. Das wäre, wenn erwiesen, die Verbindung von Spende und Geschäftsvorteil, die in Deutschland, etwa im Fall Flick, eben nicht nachweisbar war. Und in den departementalen Genehmigungskommissionen geben die Gemeindevertreter den Ton an. Zu ihnen gehörte auch Nucci; wie viele französische Minister ist er nebenher Bürgermeister (von Beaurepaire, Departement Isère). Daß Briefumschläge auch in Frankreich eine Rolle spielten – die Minister bekamen regelmäßig fünfstellige Summen auf diesem Wege vom Premier –, regt die Phantasie zusätzlich an.

Die Kommunistische Partei dagegen stützt sich vor allem auf Zuwendungen aus Moskau, obwohl auch sie in der Wirtschaft ihre Gönner hat. Ausländische Hilfe sollen auch die französischen Umweltschützer erhalten, vor allem von den deutschen Grünen. Näheres ist dazu nicht bekannt; gesprochen wird viel; in einem Land wie Frankreich ist schon das bloße Gerücht, jemand werde vom Ausland finanziert, politisch sehr nachteilig.

Aber „Affären" werden daraus allenfalls in der sommerlichen Sauregurkenzeit. Sobald sich die Wellen wieder geglättet haben, gilt das Thema als tabu. Dann werden die Parteien wieder im Trüben fischen. So schildert es „Le Monde".

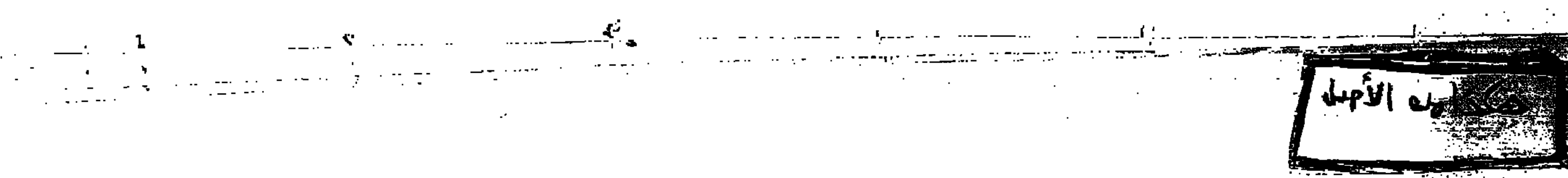
Flick-Affäre hin, Nucci-Affäre her; über Beziehungen zwischen Geld und Politik sprechen die Franzosen ungern, weil sie überhaupt von Geldangelegenheiten ungern sprechen. Deshalb hat die hiesige Presse auch eine ganz andere Einstellung zu solchen Affären als etwa die amerikanische. Selbst die kommunistische „Humanité" hüllt sich – was die Parteifinanzierung betrifft – in Schweigen, während der „Figaro" die damit zusammenhängenden Probleme für schlicht „unlösbar" hält.

Der Regierung kommt der Fall Nucci zwar zustatten. Aber sie vermeidet Attacken auf die Sozialisten – im Interesse der „Cohabitation" mit Staatspräsident Mitterrand? Oder weil man nie weiß, wann der Blitz im eigenen Lager einschlägt? So dürften die Dinge wieder im Sande verlaufen. Es sei denn, daß die Regierung, wie sie angekündigt hat, den Parteien erlauben sollte, das ganze Jahr im Fernsehen zu werben.

Das nämlich müßte bezahlt werden. Woher aber sollen die Parteien das Geld dafür nehmen, wo ihre Mitgliederbeiträge doch ständig zurückgehen? Schon wird überlegt, daß der Staat dann die Kosten für die teuren Werbespots wenigstens teilweise erstatten müßte. Gegenwärtig übernimmt er nur einen kleinen Teil der Wahlkampfauslagen, im wesentlichen der für Plakate und Broschüren.

Deshalb wurden in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge zu einer korrekten Parteifinanzierung gemacht. Am weitesten ging 1979 die Regierung Barre, die jeder Partei im Verhältnis zur Zahl ihrer Abgeordneten und Senatoren staatliche Subventionen zukommen lassen wollte. Aber dieses bisher einzige Gesetzesprojekt wurde noch vor der Debatte in der Nationalversammlung auf Kommissionsebene verworfen, weil es die Parteien als Gegenleistung verpflichten sollte, über ihre Finanzen dem Staat Rechenschaft zu legen.

Warum lehnen sie das ab – weil alle etwas zu vertuschen haben? Oder weil man sich in Frankreich prinzipiell ungern ins Portemonnaie schauen läßt? Parteienfinanzierungsprobleme gibt es quer durch die demokratischen Länder, hier lauter, dort leiser, hier perfektionistischer, dort lockerer „gelöst". Aber ein Patentrezept hat, wie man wieder sieht, keiner.



Alkohol in Polen: Das blaue Wunder an der Weichsel

Der Griff zur Flasche hat sich in Polen zu einer Seuche entwickelt. Kirche und Regime sind alarmiert.

Von CARL G. STRÖHM

Die Geschichte liest sich, als stamme sie aus einem schlechten Filmdrehbuch – und trotzdem ist sie aus dem Leben gegriffen: Als im Februar dieses Jahres ein Bürger der polnischen Hauptstadt Warschau einen schweren Herzanfall erlitt, mußte er nicht nur sieben Stunden warten, bis endlich ein Rettungswagen erschien, der ihn ins Krankenhaus brachte. Als er im Hospital eingeliefert wurde, waren dort sowohl der Portier als auch die diensthabenden Krankenwärter sinnlos betrunken. Der Patient starb, bevor ein Arzt geholt werden konnte.

„Polen entfernt sich durch seinen grassierenden Alkoholismus immer weiter von der Zivilisation und von einem menschenwürdigen Leben." Diese Feststellung stammt nicht etwa aus Oppositionskreisen oder aus der Untergrund-„Solidarität", sondern aus einem regimetreuen Kommentar von Radio Warschau. Die polnischen Kommunisten versuchen auf diese Weise, Anschluß an die Anti-Wodka-Kampagne des sowjetischen Genossen Gorbatschow zu finden. Was aber an Einzelheiten über das Ausmaß des Alkoholmißbrauchs an der Weichsel bekannt wird, steht den Zuständen kaum nach, wie sie an der Moskwa und Wolga auf diesem Gebiet üblich sind.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben besondere Kontrollgruppen in Polen 22 000 Personen angehalten, die im betrunkenen Zustand an den Toren ihrer Arbeitsstätten erschienen. Das Problem der Trunkenheit am Arbeitsplatz und des Trinkens während der Dienstzeit werde in Polen von Jahr zu Jahr gravierender, heißt es in der Sendung des Warschauer Rundfunks. 1984 wurden – abgesehen von jenen Personen, die bereits an den Werks- und Büroeingängen in betrunkenem Zustand abgefangen worden waren – in den Betrieben selber, also bereits an den Maschinen und Drehbänken, 35 000 Alkoholisierte durch den Werkschutz ausfindig gemacht und aus dem Verkehr gezogen. 1985 war die Zahl der Arbeitsplatz-Trinker bereits auf 38 000 gestiegen. Dabei dürfte die wirkliche Zahl um vieles höher liegen: Denn nicht alle polnischen Betriebe verfügen über interne Sicherheitskräfte, die sich um die Nüchternheit der Arbeitnehmer kümmern. Und, so Radio Warschau, nicht alle Werkschutz-Funktionäre packen das Problem „auf prinzipielle und kompromißlose Weise an". Anders gesagt: Viele Aufsichtsorgane lassen beim Auftauchen eines Beschwipsten am Arbeitsplatz alle Fünfe gerade sein – wenn sie nicht sogar selber aktiv an der Sauferei beteiligt sind.

Das Trunkenheitsproblem nimmt in manchen Fällen komische oder – wenn man so will – tragikomische *Formen* an. So *wird* von *einem* Direktor eines großen landwirtschaftlichen Betriebes berichtet, der jahrelang seine Untergebenen für gute Arbeit auf den Feldern mit Wodkaflaschen zu belohnen pflegte. Die Sache wäre nicht ans Tageslicht gelangt und der Direktor würde noch heute seine Schnapsflaschen an die Landarbeiter verteilen, wäre es über eine dieser „Alkohol-Preisverleihungen" nicht zu einer Schlägerei gekommen, bei der die Miliz (Polizei) eingreifen mußte. So aber flog die Geschichte auf. Um die Sache vollends zu einer volksdemokratischen Groteske werden zu lassen: Es stellte sich heraus, daß der Direktor 1985 für 80 000 Zloty – das sind umgerechnet rund 1150 Mark – Alkoholika zu Belohnungszwecken für seine Untergebenen angeschafft hatte. Die dazu notwendigen Geldmittel hatte er dem Sozialfonds seines Betriebes entnommen.



Alkoholismus als Flucht aus der Misere des Alltags: Schlange vor einem Laden in Warschau FOTO: CAMERA PRESS

Die polnische Bevölkerung hat 1985 73 Milliarden Zloty mehr für Alkohol ausgegeben als im Jahr zuvor, heißt es in offiziellen Angaben. Wegen der weitverbreiteten schweren Trunksucht – in Polen werden in erster Linie „harte Sachen" wie Wodka *konsumiert – seien „Arbeitskultur* und Arbeitsdisziplin" in der Volksrepublik auf einem niedrigen Niveau, *sagt Radio Warschau.*

Inzwischen hat sich auch der polnische Klerus des Alkoholproblems angenommen und die Gläubigen zur Nüchternheit aufgerufen – bisher allerdings mit kaum größerem Erfolg als die staatlichen Stellen. Diese wiederum können – nach dem Vorbild Gorbatschows im sowjetischen Bruderland – zwar die Symptome bekämpfen und die Betrunkenen, so sie ihrer habhaft werden, bestrafen. Sie können auch den Schnaps durch Preiserhöhungen oder Produktionsdrosselungen schwerer zugänglich machen. An den Kern des Problems kommen sie aber nicht heran, weil dieser *im System* selber liegt: *auf den* nationalen Aufschwung des Jahres 1980 und auf die kurzlebige *„Solidaritäts"-Ära. Und:* Den betrogenen Hoffnungen auf ein besseres Leben, die in der Gierek-Zeit aufgekeimt waren, ist nach der Verkündung des Kriegsrechts durch Jaruzelski ein schwerer Katzenjammer, eine tiefe Enttäuschung gefolgt. Sie hat zu einer Flucht vieler Polen aus der Gesellschaft und aus der Politik geführt. Die einen haben sich in den kleinen Kreis der Familie zurückgezogen (daher der in Polen zu beobachtende Baby-Boom), die anderen betäuben die Perspektiv- und Aussichtslosigkeit *durch den Griff zur* Schnapsflasche und neuerdings auch zu Drogen.

Nicht nur die enttäuschte Hoffnung *auf Freiheit und ein wenig „nor*malen" Wohlstand hat zu dieser Fluchtbewegung nach innen wie *nach außen geführt* (die Zahl der bei Touristenreisen in den Westen abspringenden Polen geht inzwischen in die *Tausende*). Auch die tristen Zustände im Lande selber animieren dazu, alles zu vergessen und sich angesichts der zerstörten Umwelt, besonders in den polnischen Industriegebieten und Großstädten – Oberschlesien etwa gehört zu den ökologisch am meisten verwüsteten Gebieten Europas – einen Rausch anzutrinken. Das Saufen wird zu einer Art inneren Emigration, aber auch zu einer Verweigerung gegenüber einem System, das, angefangen von der Industrieproduktion bis zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung, nicht einmal halbwegs funktioniert. An drastischen Beispielen fehlt es nicht: So berichten Fachleute von „katastrophalen" Zuständen im polnischen Gesundheitswesen, von chronischem Medikamentenmangel in den Krankenhäusern – sogar Aspirin und Vitamin C seien schwer zu bekommen – und von unterbezahltem und überfordertem Gesundheitspersonal. Die betrunkenen Krankenwärter, die den Infarktpatienten auf dem Gewissen haben, sind nur die Spitze eines Eisberges von systembedingten Unzulänglichkeiten.

Blau zur Arbeit, blau an der Drehbank: Werkschutz und Miliz haben in diesem Jahr schon 22 000 Betrunkene aus dem Verkehr ziehen müssen FOTO: CAMERA PRESS

Wenn der Zoll Jagd auf Raubfischer macht

Holländer und Dänen fischen alles, was sich in der Nordsee bewegt – und oft mehr, als ihre EG-Quote erlaubt. Die deutschen Fischerei-Schützer sind häufig machtlos.

Von GEORG BAUER

Der Anblick des auf eine Lafette montierten leichten Maschinengewehres, dessen Lauf drohend auf die holländischen Fischer gerichtet war, beeindruckte diese herzlich wenig. „Steckt das Ding weg, wir haben nicht 1945", mußten sich die deutschen Zollbeamten sagen lassen. Die spöttische Bemerkung offenbarte das ganze Dilemma der Ordnungshüter auf hoher See. Sie hatten das PS-starke Boot der Holländer zwar aufgebracht, doch nun standen sie vor der Frage: Wie können wir den Kapitän dazu bewegen, Beamte zur Kontrolle des Fanggeschirrs und des Fangs an Bord zu lassen?

Der Einsatz der Waffe, mit der die Zollboote 1980 auf Anweisung des Bundesfinanzministeriums nach wiederholten Zwischenfällen auf hoher See ausgerüstet worden waren, verbot sich. Im Widerstreit der Rechtsgüter, hier Fischerei-Schutz, da Schutz des Lebens, schiebt die in der Bundesrepublik Deutschland gültige Rechtsauffassung dem Waffengebrauch einen Riegel vor.

Die Frage, wie die Fischerboote auf Nord- und Ostsee kontrolliert werden können, stellt sich den Beamten des Zolls und der Fischereiaufsicht mit Beginn jeder Fangsaison im April. Die Zahl der Verfolgungsjagden auf holländische, aber auch dänische oder deutsche Fischer, die zu Beginn der 80er Jahre bundesweit für Schlagzeilen sorgten, ist dank verstärkter Kontrollen zwar zurückgegangen, *doch beendet ist das Spektakel* mit seinen auch diplomatischen Verwicklungen nicht.

Zwei Beamte wurden einfach gekidnappt

Der jüngste Vorfall bewies das einmal mehr. Zwar hatte der Kapitän des holländischen Kutters „Twee Gebroeder" noch zwei Beamte des Fischereischutzbootes „Eider" an Bord gelassen, doch dann war er mit seinen beiden „Neuzugängen", die ihn zur Kontrolle nach Büsum lotsen wollten, Richtung Helgoland auf und davon gebraust. Die PS-schwache „Eider" hatte das Nachsehen. Und erst die zu Hilfe gerufene „Alfeld", ein Schiff des Bundesgrenzschutzes, nahm von Helgoland aus die Verfolgung auf. Nach einer wilden Jagd in bester Wildwest-Manier konnte der Kutter schließlich gestoppt werden. Folge: Die Netze wurden beschlagnahmt und der Laderaum versiegelt.

Ein Punkt bringt die deutschen Fischer auf die Palme. Mit ihrem kettenbeschwerten Geschirr reißen die Holländer den Meeresgrund auf und scheuchen die Plattfische – den Edelfisch Seezunge und die Scholle – auf und in die Netze. Ein Entkommen der Fische ist wegen der hohen Geschwindigkeit der Kutter nicht möglich. Die Maschen der Netze sind so eng, daß selbst die Jungtiere, deren Fang *erst* ein Jahr später erlaubt ist, sich in den Netzen verfangen. In der nächsten Saison haben dann die *Deutschen das Nachsehen.*

Wie lukrativ gerade der Verkauf der Seezunge ist, zeigte das Verhalten eines Holländers, dessen Fang von den Behörden in der Bundesrepublik beschlagnahmt worden war. Er kaufte *den Fang kurzerhand wieder auf.*

Bei der Jagd nach den „Räubern" macht eine Waffe allerdings Eindruck: die chemische Keule. „Wenn wir die einsetzen, macht der Fischer alles, was wir sagen", meint Uwe Hansen, Kapitän auf dem Zollboot „Helgoland" mit Stützpunkt in Büsum. Dann sei es auch leichter, Beamte überzusetzen.

In oft halsbrecherischen Manövern müssen die Großkutter der Holländer mit ihren bis zu 2400 PS, neben denen sich die meisten deutschen Boote wie Nußschalen ausnehmen, Richtung Heck angesteuert werden, um möglichst ohne Gefahr für Leib und Leben des Beamten ein Springen an Bord des anderen Bootes zu ermöglichen.

Gefälschte Zertifikate, versiegelte Räume

Doch schon an Bord beginnen die Tricks. Nur Kutter bis zu einer bestimmten Bruttoregistertonnenzahl oder einer bestimmten Brems-PS-Zahl dürfen in der Zwölfmeilenzone fischen. Aber stimmen die von holländischen Behörden ausgestellten *Zertifikate mit der tatsächlichen* Größe des Kutters überein? Mit Blick auf versiegelte Räume und gedrosselte *Motoren* begegnet *so mancher* Beamte den Papieren mit einer gehörigen Portion Mißtrauen.

Wenn der Fischereiaufsicht oder dem Zoll freilich ein Räuber ins Netz geht, wird es teuer. Der Fang wird einkassiert und das Geschirr in einem deutschen Hafen demontiert. Das kann bis zu 250 000 Mark kosten.

Einem Übelstand im EG-Fisch-Scharmützel wurde hingegen endgültig abgeholfen. Nach dem Fang dürfen die Fische nicht mehr auf den Booten verarbeitet werden. Gerade die dänischen Fischer hatten sich hier hervorgetan. Noch auf den Schiffen oder Booten verarbeiteten sie den Fang. Bei der Überprüfung standen die Zollbeamten hilflos vor der „Suppe": Die einzelnen Zutaten dieser Fischmischung konnten sie nicht mehr identifizieren.

Doch der Zoll sieht besseren Zeiten entgegen. In den kommenden Jahren wird die Flotte mit moderneren Booten ausgerüstet. Ein schnelles Absetzen der Fischer mit schlechtem Gewissen wird dann erschwert werden. Oft konnten die Beamten nur am Radarschirm verfolgen, wie sich beim Nähern ihres Bootes ein Pulk von Kuttern flugs nach Westen absetzte. Die zur Beweisführung vor Gericht entscheidende Frage, ob die Fischer mit ihren Großkuttern nun in der Zwölfmeilenzone geräubert oder außerhalb der Zone gefischt hatten, ließ sich bisher bei Grenzfällen nur schwer beantworten. „Ohne klare Positionsbestimmungen aber kommen wir vor Gericht nicht durch", sagt Uwe Hansen. Entscheidend aber ist nach dem übereinstimmenden Urteil aller an der Aufsicht beteiligten Kräfte die permanente Präsenz der Boote auf See. Deren Einsatz wird von einer zentralen Stelle in Cuxhaven so koordiniert, daß die Einsatzzeiten der Boote für Uneingeweihte nicht erkennbar sind. Schließlich dürften sich die Raubfischer nie in Sicherheit wiegen.

Damen-Quintett oder Nostalgie in der „DDR"

Von H. R. KARUTZ

„Heinzelmännchens Wachtparade" schallt aus der jüngsten Nische der „DDR"-Gesellschaft: Fünf Musikerinnen aus der alten Residenzstadt Meiningen in Thüringen gründeten das erste Damen-Salonorchester der „DDR". Das Profi-Quintett nennt sich „Bonbonnière" – ein weiteres Indiz für die *Sehnsucht* nach neuer, geselliger Gemütlichkeit.

Der „Meininger Theaterbericht", Künder der Musen im ehemaligen Hoftheater-Städtchen der Herzöge von Sachsen-Meiningen, spricht von der „DDR"-Nouveauté: „Bonbonnière – wer bekommt bei diesem Wort nicht Appetit auf leckere Süßigkeiten", heißt es da. Und: „Wer würde sich dazu nicht gern in ein kleines Café einladen lassen, wo man leise, unaufdringliche Musik ... hören kann?" So gerät der Autor des Berichts über die *einfallsreichen Damen* an Klavier, Klarinette, Geige und Cello ins Schwärmen.

Das „Glühwürmchen" ist nicht totzukriegen

Da es eine Frauen-Rockband schon zu ansehnlichen Umsätzen bei der *staatlichen „Amiga"-Plattenpreß-Ge*sellschaft gebracht hat, mag das bürgerliche Gegenstück auf der Hand gelegen haben. Die „DDR" nimmt auch bei den Noten-Amazonen den Wettbewerb *mit* westlichen Damen-Bands auf. In TV-Talkshows hiesiger Machart sind Damenorchester bekanntlich längst zu einem wohlklingenden Ausstattungsstück avanciert.

Der *Noten-Schlüssel zum Erfolg* der „Bonbonnière" mit ihren zuckrigen Zauber-Melodien à la Paul Linckes „Glühwürmchen flimmre", den „Schlössern, die im Monde liegen" oder Johann Strauß' „G'schichten aus dem Wienerwald" lag in der Meininger August-Bebel-Straße. Dort befindet sich das Stadttheater – ein rühmliches Haus europäischer Tradition.

Denn die „Meininger", später zu *Unrecht bespöttelt, prägten* in Wilhelminischer Zeit durch ihren detailgetreuen Stil und beträchtlichen Aufwand eine ganze Theater-Epoche. *Die* fünf Damen stehen dort beim Theater-Orchester unter Vertrag.

Die Idee zu einer – unterdessen zwischen Saßnitz und Schmalkalden bekannten – reinen Frauen-Band, spezialisiert auf zart arrangierte Ohrwürmer aus der guten alten, unsozialistischen Zeit, kam der Orchester-Chefin: Petra Link, Arzt-Ehefrau und Mutter eines Töchter-Trios, spielt im klassischen Sinne des Wortes bei den musikalischen Bonbon-Fabrikantinnen die erste Geige.

Die alte Schlager-Bitte „... und geben Se dem Mann am Klavier, noch'n Bier, noch'n Bier" läßt sich bei Viola Jelinek nicht beherzigen – sie ist die *Jüngste im „Bonbonnière"-Bunde.* Zu den schwierigsten Anfangs-Problemen der Neuschöpfung aus Thüringens Künstler-Klausen gehörte es, passendes Notenmaterial zu bekommen. Ohnedies schwierig in der „DDR", war in diesem Falle guter Rat besonders teuer – denn die Spielart der Damen gehörte bisher nicht zur gängigen kulturpolitischen Tonlage.

Der Meininger Theaterzettel notiert den bissigen Hinweis von Petra Link, daß Salonmusik im gängigen Jugendlexikon über Musik von 1985 mit dem Hinweis verdammt wird, derartige Stücke hätten in der sozialistischen Gesellschaft „ihre Existenzbedingungen verloren".

Gänzlich anders sahen dies die Urlauber in den staatlichen Erholungshotels in Oberhof (Thüringer Wald): Dort fiedelten die Damen zur Premiere, und es gab das, was im Angelsächsischen „standing ovations" heißt. Die Gäste mußten ihr gesamtes Repertoire vom Blatt spielen. Denn Petra Link, Carmen Vlas, Renate Kubisch und Carole Beyer geben keine Wunschkonzerte. Redlich und ordentlich läuft ein vorher sorgfältig einstudiertes Programm ab – Ehrensache für die Nachfahren von Musikern, die ehedem unter Hans von Bülow, Richard Strauss und Max Reger in der Hofkapelle konzertierten. Zur Erinnerung: Die Berliner Philharmoniker wurden seinerzeit gegründet, damit man den Meiningern etwas entgegenzustellen hatte.

Philharmonischer Ehrgeiz plagt die liebenswürdigen Kaffeehaus-Spielerinnen aus dem „DDR"-Süden nicht. Sie „tingeln" fleißig von Betriebsfest zu LPG-Fête, vom Fernsehauftritt zur schwungvoll-schmalzigen „Toselli"-Serenade vor den Potsdamer Delegierten des 11. SED-Parteitages. Da kommen bei den Genossen ganz neue Seiten zum Klingen.

Walzerseligkeit – kein ideologischer Sündenfall

Die Damen mit dem Flair verflossener Zeiten absolvierten bereits ihren 50. Auftritt. Manchmal mögen sie vom volkseigenen Luxusliner „Arkona" träumen, dem Ex-„Traumschiff". Wer wollte nicht einmal eine fünfwöchige Reise in Richtung Kuba absolvieren?

Walzerselige Strauß-Melodien, aber auch ein schmucker Blues oder der Ragtime der „roaring twenties" sind bei den Interpretinnen aus dem Städtchen, das noch heute über ein Etablissement „Sächsischer Hof" verfügt, in besten Händen.

Auch ideologisch scheint ihr fröhlicher Rückzug ins „Chambre Séparée" sinnvoll und einsehbar. Im kleinen Ratgeber „Kunst der Vergangenheit – Last oder Lust?" aus dem SED-eigenen Dietz-Verlag räumt Autor Horst Haase jedenfalls ein: „Denn wegen Beethoven tu ick keen Schritt loofen" – dies sei ein weit verbreitetes *Motto der Werktätigen.*



Ovationen schon zur Premiere: Das Damen-Salonorchester „Bonbonnière" aus Meiningen FOTO: JÜRGENS

„Harte Arbeit" steht auf dem ersten Platz

Von RAINER NOLDEN

Die aufmüpfige Jugend von einst, die Blumenkinder und Rebellen der endsechziger und siebziger Jahre, sie sind zum größten Teil ihrer Welt abhanden gekommen und sorgen sich nun hübsch bürgerlich darum, die Familie zu ernähren und das Eigenheim abzuzahlen. Es ist still geworden an den Universitäten, nicht nur hierzulande, sondern auch in Amerika. Die Ruhe an den Hochschulen ist manchem gar unheimlich geworden, was das Magazin „California" (Los Angeles) zu einer Umfrage an 30 kalifornischen Universitäten bewogen hat.

Das Bild, das dieser Test zeichnet, kann Väter und Mütter, kann auch *die Politiker ruhig schlafen* lassen. Denn Vorbild für die meisten sind Eltern und Großeltern; Jesus Christus liegt an *dritter Stelle* noch vor Ronald Reagan.

88 Prozent glauben an Gott oder an ein anderes „höheres Wesen"; und ein Drittel gab „Die Bibel" als beliebtestes Buch an, gefolgt von Salingers Aufbruchroman der fünfziger Jahre, „Der Fänger im Roggen". Präsident *Reagan wird sich freuen, daß er im*merhin von 58 Prozent der Befragten unterstützt wird; der Rest bezeichnete sich als den Demokraten nahestehend. Selbst der Angriff auf Libyen wurde von 36 Prozent als das Ereignis beurteilt, das sie auf ihr Land „überaus stolz" macht.

Was ist der größte Garant für den Erfolg im Beruf? „Harte Arbeit" steht an erster Stelle, gefolgt von Intelligenz. Beziehungen nehmen den dritten Platz ein; ein Abschlußzeugnis der „richtigen" Universität steht an *vierter Stelle; „Glück" spielt im Beruf* die geringste Rolle. Auslandserfahrungen interessierten die Befragten überhaupt nicht.

Für die Legalisierung von Kokain sprachen sich 10 Prozent aus; knapp die Hälfte (41 Prozent) kannte Leute, die Drogen nehmen. Beim Sex heißt die Devise: entweder reichlich oder gar nicht. 27 Prozent behaupteten, noch keine Erfahrungen auf diesem *Gebiet gemacht zu haben; 19 Prozent* hatten einen, zwölf Prozent zwei Partner vorzuweisen. Aber 42 Prozent gaben an, drei oder mehr *Verhältnisse* genossen zu haben. Und knapp die Hälfte erlebte „das erste Mal" erst jenseits der Volljährigkeit. Auch sonst bleiben die Mädels und Jungen sauber in „God's Own Country": Nur zwei Prozent lesen den „Playboy".

Amerikas Jugend – eine brave angepaßte Gesellschaft in der Gesellschaft? Man mag einwenden, daß 617 kalifornische Studenten (von insgesamt mehr als 12 Millionen im ganzen Land) nicht repäsentativ sind für die Jugend einer ganzen Nation, vielleicht nicht einmal für den Bundesstaat. Aber der Trend ist eindeutig: Er führt nicht nur in die konservative Richtung; er macht Anstalten, eine ganze Weile dort zu bleiben.

Arbeitgeber: Aussichten für Jugend besser

DW. Köln

Die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten Jugendlicher haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Darauf wies die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hin. Die Zahl der jüngeren Arbeitslosen sei seit Mitte 1984 um über 100 000 zurückgegangen und läge jetzt erheblich unter 500 000. Der generelle Arbeitsplatzzuwachs sei somit Jugendlichen mehr zugute gekommen als anderen Altersgruppen. Entspannungstendenzen zeigten sich auch auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Nach DGB-Schätzungen wird die Zahl der Jugendlichen ohne Lehrstellen 1986 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Viertel auf 241 000 zurückgehen. Angesichts dieser Tendenzen gingen die angekündigten Herbst-Aktionen des DGB gegen die Jugendarbeitslosigkeit an der Wirklichkeit gänzlich vorbei, so die Arbeitgeber.

Bremer Abgeordneter kandidiert nicht

dpa, Bremen

Der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltemathe hat seine Kandidatur für den Landesvorsitz zurückgezogen. Die Vorstandsmitglieder des Bremer SPD-Unterbezirks Ost hatten sich am Vorabend mit acht zu zwei Stimmen für Gesundheitssenator Herbert Brückner ausgesprochen. „Da ich selbst für die SPD in den Wahlkampf ziehe, wollte ich nicht zu einem parteiinternen Wahlkampf beitragen", sagte Waltemathe.

Mohnhaupt und Klar verweigern Aussage

dpa, Stuttgart

Die ehemaligen RAF-Führer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt haben trotz Zwangsandrohung im Boock-Prozeß in Stuttgart-Stammheim ihre Zeugenaussage verweigert. Sie sollten sich im Revisionsverfahren gegen ihren früheren Komplizen Boock zu dessen Drogenabhängigkeit äußern.

Dormagen legt Beschwerde ein

dpa, Düsseldorf

Die Stadt Dormagen wird beim Oberverwaltungsgericht Münster Beschwerde gegen den Eilbeschluß des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 4. August einlegen, durch den die Stadt gezwungen ist, eine Gesamtschule einzurichten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ein neuer Patriotismus auf der Suche nach Formen der Einheit

Von AXEL SCHÜTZSACK

Die Diskussion über die ungelöste deutsche Frage hat in der Bundesrepublik an Intensität zugenommen, seitdem behauptet worden ist, daß sie nicht mehr offen sei. Kurt Sontheimer, Professor für politische Wissenschaften, hat Krisensymptome einer verunsicherten Republik entdeckt, die in der Diskussion über die deutsche Frage und die Identität der Deutschen sichtbar werden. Die Virulenz des ungelösten Deutschlandproblems offenbart sich derzeit in einer zweidimensionalen Auseinandersetzung über die deutsche Frage.

Während das Auseinanderdriften der beiden großen politischen Parteien in ihren Grundvorstellungen über die Problematik der deutschen Teilung mit Akribie von den Medien der Bundesrepublik registriert wird, werden, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit, auf deutschlandpolitischen Tagungen und in den Hörsälen deutscher Universitäten Gedanken und Modelle zur Überwindung der Teilung entwickelt, die eine nationalstaatliche Lösung ausschließen. Zahlreiche Hochschullehrer berichten übereinstimmend über eine im Sinne von Sontheimer in beträchtlichem Umfang verunsicherte Universitätsjugend, deren Unbehagen an der deutschen Teilung sich in neutralistischen Konföderations- und Staatenbundmodellen offenbart.

Dem Konföderations- wie auch dem Staatenbundmodell liegt die These zu Grunde, daß im Blick auf die geopolitische Lage Deutschlands und den geschichtlichen Erfahrungen mit dem deutschen Nationalstaat eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage weder möglich noch wünschenswert sei. Obwohl der Nationalstaat in den osteuropäischen Staaten als Gegengewicht zur sowjetischen Hegemonialmacht in den letzten Jahren unverkennbar an Gewicht gewonnen hat und auch in Westeuropa trotz europäischer Integrationsbemühungen nirgendwo nationalstaatliche Auflösungserscheinungen zu erkennen sind, wird in Teilen der deutschen Universitätsjugend und in deutschlandpolitischen Seminaren eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage in wachsendem Maße als geschichtlich überholt abqualifiziert.

Auf einer Tagung, die dem Generalthema „Denkmodelle und rechtliche Perspektiven einer Wiedervereinigung" gewidmet war, wurde davor gewarnt, das Problem der deutschen



Greifbar nahe und doch so fern erscheint diesen Ost-Berlinern der freie Teil Deutschlands. FOTO: DPA

Einheit aus der „Verengung des historischen Blickwinkels auf die Reichsidee Bismarcks" zu betrachten. In einem Referat des Hamburger Historikers Wolf-Dieter Gruner über „Die Verfassungsstruktur des Deutschen Bundes als Modell einer Wiedervereinigung" sprach sich der Referent dafür aus, auf der Suche nach neuen Formen der staatlichen Einheit nicht an den Bismarck-Staat anzuknüpfen. Unter Berücksichtigung des „natürlichen Sicherheitsbedürfnisses" der Nachbarstaaten Deutschlands müsse man sich vielmehr auf föderative Modelle konzentrieren, die nach Einschätzung von Gruner seit den 70er Jahren wieder deutlicher in die deutschlandpolitische Debatte einbezogen worden sind. Gruner sprach in diesem Zusammenhang von einem „neuen Patriotismus", der sich in der Modellvorstellung von einem blockfreien aber nicht neutralistischen Europa als Ansatzpunkt für die Überwindung der deutschen Teilung niederschlage.

Der Deutsche Bund war nach Auffassung von Gruner ein wichtiger Schritt zum Einbau in ein europäisches Staatensystem. Die Frage, ob dieser Bund auch als Lösungsmodell für die deutsche Teilung dienen könne, ließ Gruner zwar offen; da jedoch die Nachbarstaaten Deutschlands kein Interesse an einer Wiedervereinigung hätten, und eine Lösung der deutschen Frage gegen deren Willen nicht möglich sei, werde ein nationalstaatliches Modell auch keine Aussicht auf Erfolg haben, sondern nur eine „bündische Form", die ein erster Schritt zur Überwindung der Teilung sein könnte.

Ähnliche Vorstellungen werden offenbar auch in politischen Zirkeln an der Berliner FU kultiviert. Herbert Ammon, der am Studienkolleg der FU für Auslandsstudierende lehrt, hat in einem Beitrag im „Deutschland-Archiv" die „bequeme Status-quo-Orientierung" in der deutschen Frage scharf kritisiert und in diesem Zusammenhang als Alternative auf einen Beitrag des ungarischen Friedensforschers Ferenc Miszlivetz zum Thema eines deutschen Staatenbundes auf der „Europäischen Friedenskonferenz" in Amsterdam hingewiesen.

Miszlivetz plädiert für einen Austritt der „DDR" und der Bundesrepublik aus dem Warschauer Pakt und der NATO bei unveränderter Mitgliedschaft im RGW beziehungsweise in der EG und für die Bildung eines Staatenbundes. Allein schon die aus dieser Föderation resultierenden politischen Sachzwänge auf beide Staaten würden eine internationale Annäherung herbeiführen. Die Gründung dieses neutralen lockeren deutschen Staatenbundes werde den Kern des Supermachtkonflikts in Europa beseitigen.

Die politische Sachzwangtheorie ist auch das Argument, das die Befürworter einer Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten ins Feld führen. Auf einer Tagung des Göttinger Arbeitskreises befaßte sich der Heidelberger Völkerrechtler Theodor Schweisfurt mit den Konföderationsplänen und Vorschlägen Ost-Berlins in den fünfziger Jahren. Schweisfurt bezeichnete zwar die von Walter Ulbricht präsentierten Konföderationskonzepte als unannehmbar, da sie einem Unterwerfungsvertrag der Bundesrepublik unter das Herrschaftssystem der SED gleichgekommen wäre. Doch Schweisfurt bedauerte zugleich, daß die Bundesrepublik nicht auf die späteren Konföderationsvorschläge von Otto Grotewohl eingegangen sei. Bonn habe damit die Möglichkeit ausgeschlagen, Einfluß auf die Politik Ost-Berlins zu nehmen. Der Heidelberger Völkerrechtler, der sich als engagierter Befürworter des Konföderationsmodells bezeichnet, sieht in der Verwirklichung eines solchen Konzepts eine Möglichkeit zur Überwindung der Spaltung. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Gedanke an ein neutrales föderatives Deutschland eine beträchtliche Anhängerschaft in der studentischen Jugend habe.

Der entscheidende Einwand gegen eine deutsche Staatenkonföderation wurde von dem renommierten Ostexperten Boris Meissner erhoben. Zwar sei eine Konföderation mit einem Einparteienstaat möglich, nicht aber mit einem totalitären Staat, wie das bei der „DDR" der Fall sei. Auch die Frage, was aus Berlin bei einer Konföderation der beiden deutschen Staaten wird, bringt offenbar die Verfechter des Konföderationsmodells in Verlegenheit. Meissner, der die Frage gestellt hatte, gab auch gleich die Antwort: „In einer deutsch-deutschen Konföderation verschwindet Berlin in einem schwarzen Loch."

Wohin steuern die Deutschen? Dies ist eine Frage, die von ausländischen Teilnehmern deutschlandpolitischer Tagungen immer wieder gestellt wird. Die Furcht vor einem auf Neutralismus zusteuernden Deutschland ist beträchtlich.

Union will Akten über NH beschlagnahmen

lor. Bonn

Der Unions-Obmann im Bonner Neue Heimat-Untersuchungsausschuß, Johannes Gerster, will die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) mit einer gerichtlichen Beschlagnahme zur Herausgabe der Geschäftsunterlagen zwingen. Zusammen mit dem Obmann der FDP-Fraktion legte Gerster gestern dem Untersuchungsausschuß einen entsprechenden Beschlußantrag zur Durchsuchung der Frankfurter BGAG-Geschäftsräume vor. Gerster zur WELT: „Die BGAG, die zu 96 Prozent Eigentümerin der Neuen Heimat ist, hat sich bisher geweigert, dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages die zur Durchführung seines Untersuchungsauftrages erforderlichen Unterlagen vorzulegen." Dies sei umso bemerkenswerter, wenn man bedenke, „daß die Verantwortlichen des DGB immer wieder verkündet haben, sie seien an der Aufklärung des Neue Heimat-Skandales interessiert". Das SPD-NH-Ausschußmitglied Sperling verwies auf die unklare Rechtslage angesichts der BGAG-Klage gegen den Beweisbeschluß der Bonner Parlamentarier. Deshalb habe man gestern nicht über den CDU/FDP-Antrag entscheiden können.

Engelhard warnt vor Jura-Studium

dpa, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat vor der Aufnahme eines Jura-Studiums „aus Verlegenheit" gewarnt. Jeder Abiturient sollte sich vor einem rechtswissenschaftlichen Studium überlegen, ob er sich den „besonderen Anforderungen dieses Fachs gewachsen fühlt", meinte Engelhard. Aktuelle Statistiken zeigten, daß die jungen Juristen immer länger studierten. Im vergangenen Jahr seien etwa 29 Prozent der Kandidaten durch die erste Prüfung gefallen. Die zweite Prüfung hätten rund 11 Prozent nicht bestanden. Auch sei der Arbeitsmarkt für Juristen inzwischen weitgehend gesättigt.

KWU-Betriebsrat enttäuscht über SPD

DW. Mülheim

Der Gesamtbetriebsrat der Kraftwerk Union hat in einem Brief an SPD-Chef Brandt seine Enttäuschung über den „energiepolitischen Kurswechsel der SPD" zum Ausdruck gebracht. Bei den Arbeitnehmern „unserer Betriebe" habe sich eine „beunruhigende Mißstimmung" ausgebreitet. Mit Blick auf die Teilnahme von Brandt an der Veranstaltung „Rock gegen Atom" auf der Loreley heißt es in dem Schreiben, die SPD ließe „die Nähe zur Arbeitnehmerschaft" vermissen.

„BZ" zeigt Rudolf Hess in der Zelle

DW. Berlin

Mit mehreren Farb- und Schwarzweiß-Fotos aus der Zelle des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess überraschte gestern Berlins größte Zeitung, die „BZ", die Öffentlichkeit. Die Aufnahmen waren auf unbekannten Wegen an die Zeitung gelangt. Sie sind offenkundig sehr jungen Datums. Wahrscheinlich wurden sie in diesem Jahr aufgenommen.

Eines der Fotos zeigt die Wachstube in dem Gefängnis, das von den vier Alliierten im monatlichen Wechsel bewacht wird. In dem Bericht ohne Quellenangabe heißt es dazu, Hess leide unter Muskelschwund am rechten Bein und einer Wirbelsäulenverkrümmung. Seine linke Schulter hänge herab. Außerdem habe er ein schweres Magenleiden, geschwollene Beine und könne nur mit Mühe gehen. Ein Schlaganfall vor neun Jahren habe seine Sehkraft stark beeinträchtigt. Auf dem rechten Auge sei Hess fast blind; die Sehkraft des linken Auges sei stark eingeschränkt.

Zweimal am Tage komme ein Sanitäter, um Medikamente zu verabreichen und den Blutdruck zu messen.



Der 92jährige Hess in seiner 2,7 mal 2,2 Meter großen Zelle. An der Wand eine Satellitenaufnahme des Mondes FOTO: DPA

Seit sechs Wochen werde Hess nicht mehr von seinem französischen Seelsorger besucht. In dem Bericht heißt es, dafür seien die Sowjets verantwortlich.

Über die Herkunft der Fotos gab die Chefredaktion der „BZ" keine Auskunft. Die britische Militärregierung erklärte, man wisse nicht, wie sie zustande gekommen sind. Der Sohn von Hess, Wolf-Rüdiger Hess, und sein Anwalt Alfred Seidel erklärten auf Anfrage, sie wüßten ebenfalls nichts über die Herkunft der Bilder.

Rudolf Hess, der 1946 in den Nürnberger Prozessen wegen „Verschwörung gegen den Weltfrieden" und „Planung eines Angriffskrieges" zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, ist seit 1966 der einzige Insasse des Spandauer Gefängnisses. Er wird unter der Bezeichnung „Häftling Nummer sieben" geführt. Erst vor wenigen Wochen hatte Bundeskanzler Helmut Kohl den sowjetischen Parteichef Gorbatschow schriftlich um eine Begnadigung von Hess gebeten.

„Dann kann man gehen"

Dänisches Fernsehen entlarvt „DDR"-Asylantentaktik

hrk. Berlin

Zum erstenmal legte jetzt ein hoher „DDR"-Funktionär offen die Absicht der SED-Führung dar, durch den weiterhin ungehinderten Asylbewerber-Strom nach West-Berlin die drei Schutzmächte zu zwingen, die Stadt durch eine westliche „Kontroll-Mauer" zu teilen.

Zu einem solchen Grenzregime forderte jetzt der Chefredakteur des SED-Organs „Neues Deutschland", Herbert Naumann, in einem Interview mit dem Dänischen Fernsehen die „Westmächte", wie er sagte, offen auf. Das ZDF-„Heute-Journal" strahlte am Montag abend Ausschnitte aus dem Gespräch aus, das vom Dänischen Fernsehen angeboten worden war. Es spricht für sich.

Dänisches TV: ... aber die DDR hat eine Verantwortung, daß so viele Asylanten über die Sektor-Linie gehen ...

Naumann (wütend): Die DDR hat überhaupt keine Verantwortung! Sie ist doch nicht der Grenzbeamte für West-Berlin!

Wenn die Westmächte es wünschen, daß ... sozusagen ... über diese Sektorengrenze kein Asylant kommt, dann sollen sie doch eine ordentliche Grenzkontrolle dort durchführen?

Dänisches TV: Aber kann ein Ost-Deutscher so leicht über die Sektor-Linie gehen wie ein Asylant?

Naumann (stutzt): Ein Ost-Deutscher ... ich meine ein Bürger der DDR, von dem Sie wahrscheinlich sprechen, kann, wenn er im Besitz der nötigen Papiere ist, ungehindert und genauso wie jeder Asylant nach West-Berlin gehen.

Dänisches TV: Aber er kann nicht die Papiere so leicht bekommen wieein Asylant ...

Naumann (versteht nicht): Was kann er nicht? Die Papiere so leicht bekommen?

Dänisches TV: Ja, als ein Asylant.

Naumann (erstaunt): Wieso, ein Asylant braucht doch keine Papiere ...

Dänisches TV: Aber ein DDR-Bürger braucht ...

Naumann: Ja, die bekommt er von uns. Weil ... wir haben ja eine ordentliche ... ja ... auf dem Gebiet ... sozusagen ... zu Berlin-West. Und die passiert man nach den bei uns gültigen ... äh ... Anordnungen mit einem entsprechenden (Pause) ... Paß. Und wenn man den hat, kann man gehen.

Lafontaine hält an Rotstift-Politik fest

UR. Bonn

Trotz zahlreicher Proteste aus den Reihen der Opposition will die saarländische Landesregierung an ihren Plänen zur Schließung von Krankenhäusern und weiteren Schulen festhalten. Ministerpräsident Lafontaine (SPD) begründete die Schließungen – im nächsten Jahr sollen 54 Schulstandorte zur Disposition stehen – mit dem Zwang, zu sparen. Mit Beginn des neuen Schuljahres waren bereits 22 kleinere Schulen dem Rotstift zum Opfer gefallen. Die SPD-Regierung plant, 31 Krankenhäuser zu schließen und damit 1500 Betten abzubauen.

Statt Karten

Am 16. August 1986 entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater und Opa

Adolf Flint

im Alter von 72 Jahren.

Wir trauern um ihn
Brunhilde Flint geb. Friebel
Gisela Wegener geb. Flint
Harm Schmoldt und Frau Sigrid geb. Flint
Uwe Jertrum und Frau Elke geb. Flint
Hans-Werner Eckelmann und Frau Jutta geb. Flint
Christoph, Katrin, Philip, Kerstin, Claudia, Nina, Christina, Anna und Dana

2000 Hamburg 76
Uhlenhorster Weg 33

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 25. August 1986, um 11 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.
Anschließend erfolgt die Beisetzung im Familiengrab.

Prof. Dr. Janpeter Kob

Universität Hamburg

* 20. Dezember 1927 † 12. August 1986

Wir werden Dich nicht vergessen.

Osa Lübeck-Kob
und **Julius Janpeter**
Gabriele Kob-Hart
Hanno und Linn Alice Hart
Cornelius Kob
Volker und Gabriele Starke
geb. Kob
Dr. med. Karsten Kob und Marlies
Barbara Kob geb. Zeller

2000 Hamburg 65
Saseler Chaussee 238
Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. August 1986, um 14.00 Uhr in der Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.

Statt Karten

Leuchtende Tage!
Nicht weinen, wenn sie vergangen,
lächeln, daß sie gewesen.

Nach einem vollendeten Leben entschlief

Dora Müller

geb. Kähler

* 3. 2. 1892 † 13. 8. 1986

Else Heinen geb. Kähler
Irmgard Grimm
Erika Wedler
im Namen aller Angehörigen und Freunde

Soltau, Lüneburger Straße 130

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Trauerfeier in aller Stille stattgefunden.
Ausführung: Institut Wellner, Soltau

Shamir lobt Gespräche mit den Sowjets

DW. Jerusalem

Der israelische Außenminister Shamir hat die Gespräche zwischen Moskau und Jerusalem trotz des Abbruchs nach 90 Minuten als einen „guten Beginn" bezeichnet. Shamir sagte: „Wir haben einen Weg engerer und substantiellerer Beziehungen eingeschlagen." Er betonte, daß die Frage der sowjetischen Juden keine Vorbedingung der Gespräche war. Es sei aber unvorstellbar, daß es eine Verbesserung in dem Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Israel geben könne, ohne einen Wechsel in dem bilateralen Verhältnis und in der sowjetischen Haltung gegenüber den sowjetischen Juden.

UNO-Großverdiener sollen gehen

dpa, New York

Ein Komitee aus 18 hochrangigen Experten hat vorgeschlagen, aus Kostengründen den Mitarbeiterstab des UNO-Sekretariats um 15 Prozent über drei Jahre einzuschränken. Außerdem sollten weniger Konferenzen und Sitzungen stattfinden.

In dem Sekretariat sind mehr als 11 000 Mitarbeiter beschäftigt. Am härtesten würden die 480 Großverdiener des Sekretariats betroffen, von denen 25 Prozent entlassen würden.

Wissenschaftler greifen in US-Schulstreit ein

DW. Washington

72 amerikanische Nobelpreisträger haben die biblische Schöpfungsgeschichte für pseudowissenschaftlich erklärt. In einer Eingabe an den Obersten Gerichtshof in Washington betonen sie, die Evolutionstheorie sei die einzige Erklärung für die Entwicklung des Menschen. Sie sollte deshalb an den Schulen nicht lediglich als eine von mehreren Möglichkeiten zusammen mit der biblischen Schöpfungsgeschichte gelehrt werden.

Anlaß für die Stellungnahme der Wissenschaftler ist ein Verfahren, das zur Zeit beim Obersten Gerichtshof als höchster Berufungsinstanz anhängig ist. Dabei geht es um die Frage, ob ein Gesetz des Bundesstaates Louisiana verfassungsmäßig ist, das den Lehrern vorschreibt, die Evolutionstheorie und die Lehre von der göttlichen Schöpfung gleichberechtigt nebeneinander darzustellen.

Dänisches Plädoyer für atomwaffenfreie Zone

AP, Berlin

Der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten, Anker Jörgensen, hat in einem Interview mit der Ostberliner Tageszeitung „Berliner Zeitung" für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien plädiert und die Chancen dafür als gut bezeichnet. Jörgensen sagte, dies werde aber ein langer Prozeß sein, da beide Großmächte und beide Militärbündnisse eine solche Übereinkunft garantieren müßten.

Adenauer-Stiftung weist Vorwürfe zurück

DW. Bonn

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wehrt sich gegen Berichte, wonach Gelder der Stiftung an die bewaffnete Linke in Chile geflossen sein sollen (WELT v. 4. 8.). Der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Bruno Heck, erklärte gegenüber der WELT: „Richtig ist, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung bei ihren Partnern strikt die vereinbarungsgemäße und sachgerechte Verwendung der von ihr gewährten Mittel kontrolliert. Sie kann deshalb ausschließen, daß diese Gelder an die bewaffnete Linke Chiles gelangt sind."

Reagans Idee von dritter Amtszeit

Parteien für eine Verfassungsänderung / Der Präsident selbst hegt keine Ambitionen

FRITZ WIRTH, Washington

Ronald Reagan erlaubte sich einen Scherz, und das Publikum tat das Schlimmste, was einem „Entertainer" widerfahren kann: Es nahm ihn ernst. In diesen Vorwahlkampftagen nimmt der Präsident häufig Einladungen zu Dinners an, um die Wahlkampfkassen der Republikaner durch jene füllen zu lassen, die sich solche Essen 2000 bis 3000 Dollar kosten lassen. Bei einer solchen Gelegenheit hatte Reagan laut darüber nachgedacht, ob es nicht besser sei, wenn amerikanische Präsidenten künftig so lange im Amt bleiben könnten, wie die Wähler es wünschen, und nicht nach spätestens acht Jahren das Weiße Haus räumen müssen.

Das Publikum interpretierte es spontan als den expliziten Wunsch Reagans nach einer dritten Amtszeit und forderte in Sprechchören „vier Jahre mehr". Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses Guy Vander Jagt hörte aus diesen Sprechchören sogleich ein Plebiszit heraus und brachte unverzüglich im Kongreß einen Antrag zur Verfassungsänderung ein.

Angst vor der Popularität

Zugleich startete er eine öffentliche Kampagne mit dem Ziel, Reagan ernsthaft zu einer dritten Amtszeit zu bewegen, versandte 300 000 Flugblätter, inszenierte Demonstrationen vor dem Weißen Haus und sandte Kälteschauer über die Rücken der Demokraten. Denn Reagan hat nach der letzten Umfrage 68 Prozent der Wähler hinter sich und würde mit seiner gegenwärtigen Popularität leicht eine dritte Wahl gewinnen.

Reagan ließ unverzüglich offiziell vom Sprecher des Weißen Hauses mitteilen, daß er nicht an einer dritten Amtszeit interessiert sei. Vander Jagt ließ sich dadurch jedoch nicht in seiner Kampagne stoppen, während die Presse die ganze Sache als eine Inszenierung aus dem Washingtoner Sommertheater wertete.

Tatsache ist: Reagan denkt nicht an eine dritte Amtszeit. Es fehlt ihm dazu die Zustimmung der First Lady. In fünf bis sechs Jahren könnte das Gesundheitsbild des Ronald Reagan sehr anders aussehen, und sie möchte, daß Amerika ihren Mann als einen großen und nicht als einen kranken Präsidenten in Erinnerung behält.

Abgesehen davon jedoch ist sein Vorschlag, die Amtszeit eines Präsidenten künftig nicht mehr auf acht Jahre zu beschränken, durchaus ernst gemeint. Und das bemerkenswerte ist: Eine beträchtliche Anzahl von Demokraten stimmen darin mit ihm überein. Denn der Zusatzartikel 22 der Verfassung, der die Regierungszeit amerikanischer Präsidenten seit dem 27. Februar 1951 auf zwei Amtsperioden limitiert, war seinerzeit das Ergebnis einer Roosevelt-Furcht der Republikaner. Sie wollten mit diesem Antrag verhindern, daß sie noch einmal einer politischen Durststrecke wie unter Franklin D. Roosevelt ausgeliefert würden, der viermal zum Präsidenten gewählt worden war. Der Zusatzartikel 22 läuft deshalb populär unter dem Kodewort eines Anti-Roosevelt-Paragraphen.

Die Befürworter einer unbegrenzten Amtszeit für amerikanische Präsidenten argumentieren, daß der Wähler und nicht ein Gesetz darüber entscheiden solle, wie lange ein Präsident im Amt bleiben kann. Außerdem hoffen sie, damit jenes Phänomen aus der Welt schaffen zu können, das Präsidenten in der zweiten Amtszeit nach etwa zwei Jahren zu befallen droht, die Phase der „Lame-Duck"-Politik, die vor Toresschluß seiner Amtszeit einen Macht- und Autoritätsverfall signalisiert.

Eine schwierige Prozedur

Die Gegner dieser Kampagne für eine unbefristete Präsidentenzeit haben jedoch mit einem Gegenvorschlag geantwortet, der die Amtsperiode eines Präsidenten auf sechs Jahre ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl begrenzt. Zu den Befürwortern dieser Idee, die als Verfassungsänderungsantrag dem Kongreß vorliegt, gehörten in der Vergangenheit immerhin die Präsidenten Eisenhower, Johnson und Carter.

Doch selbst wenn Reagan ernsthaft an einer Verlängerung seiner Amtszeit interessiert gewesen wäre, der Wunsch wäre an verfassungstechnischen Realitäten gescheitert. Denn ein entsprechender Änderungsantrag müßte nicht nur von einer Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Kongresses, sondern auch von drei Vierteln der 50 Bundesstaaten gebilligt werden. Die mühselige Prozedur, den Zusatzartikel 22 nach dem Kriege zum Gesetz zu machen und amerikanische Präsidentschaften auf höchstens acht Jahre zu begrenzen, dauerte seinerzeit vier Jahre.

Im Südsudan eskaliert die Rebellion gegen den Islam

Hunger und Chaos / Nach Flugzeugabschuß Hilfe unterbrochen

ACHIM REMDE, Bonn

Das Juba-Hotel, im englischen Kolonialstil erbaut, beherbergte in den 50er Jahren die Passagiere der berühmten „Flying Boats" der Luxus-Linie „Imperial-Airways", die von Southampton nach Kapstadt flogen. Heute ist es verdreckt und verkommen. Die Möbel sind verrottet, die Wände rissig. Von oben betrachtet gleicht Juba, Hauptstadt der südsudanesischen Provinz Equatoria, einem Paradies. So üppig ist die Vegetation. Doch bei näherem Hinschauen zeigt sich das Elend einer Stadt im Niedergang: baufällige und vernachlässigte Häuser, leprakranke und halbverhungerte Bettler.

Es fehlt an allem, besonders an Nahrung und Medikamenten. „Wer hier eingeliefert wird, kommt lebend nicht mehr heraus", heißt es vom örtlichen Krankenhaus. Wegen Strommangels liegt die Stadt abends in fast vollkommener Dunkelheit.

Trotz Landflucht ist die Bevölkerung innerhalb weniger Jahre von 150 000 auf 90 000 gesunken. Juba, einst Hauptstadt der gesamten Südregion des Landes und Sitz eines Regionalparlaments, ist Opfer der Aufteilung des Südens in drei Provinzen und mit der fortschreitenden Eskalation des Guerrillakampfes der Südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLA des John Garang praktisch unzugänglich geworden. Das trifft auch auf Wau und Malakal zu, Hauptstädte der beiden anderen Südprovinzen.

Streitpunkt Sharia

In Malakal wurde am Wochenende eine Verkehrsmaschine der Sudan Airways mit 60 Personen von Rebellen abgeschossen. Seitdem ist die Luftverbindung zur Außenwelt unterbrochen. Auch dringend benötigte Nahrungsmittelhilfe kommt nicht mehr in die Region.

Anders als ihre Vorgängerinnen steht die demokratisch gewählte Regierung Sadiq al-Mahdis in Verhandlungen mit Garang. Ende Juli trafen sich beide Kontrahenten in Addis Abeba erstmals persönlich zu Gesprächen. Doch wiederum kam es in der Kernfrage, der Abschaffung der islamischen Gesetzgebung – der Sharia – nicht zu einer Einigung. Die grausamen „Hudud-Strafen" – Amputation der Hand für Diebstahl, Steinigung für Ehebruch, Auspeitschung für Alkoholkonsum – hat al-Mahdi verboten, weil sie mit einer orthodoxen Interpretation des Koran nicht in Einklang zu bringen seien.

Sowjets auf Distanz

Doch der Islam ist die Religion der Mehrheit der Sudanesen und in der Regierung al-Mahdis sitzen auch die Moslembrüder, die darauf bestehen, daß Sudan ein islamischer Staat bleibt. Darin werden sie auch von der Mehrheit der Regierungskoalition unterstützt. Garang fordert dagegen einen Säkularstaat. Selbst wenn er wollte, könnte al-Mahdi dem nicht zustimmen.

So treiben beide Seiten die militärische Eskalation vorerst weiter, obwohl sie wissen, daß dieser Kampf militärisch nicht zu gewinnen ist. Dabei hat er auch wichtige außenpolitische Implikationen, die vor allem al-Mahdi konsequent zu verfolgen scheint. Er hat Mitte August nach einem Besuch in Tripolis seine erste außerafrikanische Reise nach Moskau unternommen und damit die Beziehungen zur Sowjetunion normalisiert, die sich unter dem gestürzten Numeiri drastisch verschlechtert hatten. Trotzdem wurde er von Gorbatschow nicht empfangen. Die sowjetische Führung ist offenbar nicht geneigt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt in dem Konflikt Stellung zu beziehen.

Libyen, das früher ebenfalls Garang unterstützte, hat einen radikalen Seitenwechsel vollzogen und versorgt nun die Regierung al-Mahdis mit kostenlosen Öllieferungen. Auf die ist al-Mahdi auch angewiesen; denn dem Land droht der wirtschaftliche Bankrott.

Warnke rät SPD: Nicaragua-Politik überdenken

DW. Bonn

Bundesentwicklungsminister Warnke hat Forderungen der SPD, die Entwicklungshilfe für Nicaragua wieder aufzunehmen, zurückgewiesen. Warnke wies darauf hin, daß mit der Schließung der letzten freien Zeitung des Landes „La Prensa" und der Ausweisung von Bischof Vega weitere entscheidende Schritte zu einem totalitären Staat vollzogen worden seien. Hinzu kämen die hohen Zahlen der politischen Gefangenen, das Blockwart-System, die Ausschaltung der demokratischen Opposition und die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Miskito- und Sumo-Indianern. Es sei heute nahezu einhellige Meinung in Lateinamerika, daß es keinen Frieden in der Region geben könne, solange Nicaragua sich nicht einem demokratischen System öffne. Unter der gegenwärtigen Regierung Nicaraguas lebten die Staaten Zentralamerikas in ständiger Invasionsgefahr. Der Grundsatz der Blockfreiheit sei einer klaren Orientierung auf die Achse Moskau–Havana gewichen.

Warnke forderte die SPD auf, ihre Nicaragua-Politik zu überdenken. Mit der politischen und personellen Unterstützung der Sandinisten fördere sie die Gegner der Freiheit in Zentralamerika. Das gelte insbesondere für die Entsendung sogenannter Brigadisten. Ihre Umbenennung in „Aufbauhelfer" solle die deutsche Öffentlichkeit über das politische Ziel ihres Einsatzes täuschen. Warnke stellte fest, die Anzeichen mehrten sich, daß die „Aufbauhelfer" auch eine Waffenausbildung erhielten.

Es gelte jetzt, alle Kraft auf den Beistand für die demokratischen Regierungen in Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala zu konzentrieren. Wenn die SPD in ihrer Unterstützung der Marxisten-Leninisten in Nicaragua fortfahre, setze sie sich dem Verdacht aus, marxistische Solidarität über eine freiheitssichernde Politik für Zentralamerika, aber auch für Deutschland selbst zu setzen.

Schweizer Technologie fasziniert die Ost-Spione

ALFRED ZÄNKER, Genf

Wenn bei Schweizer Unternehmen das Telefon klingelt und am Ende der Leitung ein scheinbar potentieller Kunde nähere Informationen über die Produktpalette begehrt, ist häufig Vorsicht angebracht. Denn allzu oft handelt es sich bei dem Anrufer nicht um einen mutmaßlichen Käufer, sondern um das „Ausbaldowern" eines lohnenden Spionageobjekts. Die meisten „Interessenten" an Spitzentechnologie aus der Schweiz kommen, so die Sicherheitsbehörden der Eidgenossen, aus dem Ostblock.

Die umfangreiche Spionagetätigkeit des Ostblocks auf Schweizer Boden bereitet den Behörden in Bern Sorgen. Besorgt wird aber registriert, daß in jüngster Zeit vor allem die Wirtschaftsspionage an Bedeutung gewinnt. „Die Schweiz ist in allen wichtigen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft unverändert intensiven Ausspähungsbemühungen fremder Nachrichtendienste ausgesetzt", heißt es in einer Stellungnahme der Bundesanwaltschaft. In den vergangenen 15 Jahren entfielen von insgesamt 143 bekanntgewordenen Spionagefällen nicht weniger als 97, also mehr als zwei Drittel, auf Nachrichtentätigkeit zugunsten des Ostblocks und nur 46 auf andere Länder.

In rund der Hälfte aller Fälle interessierten sich die östlichen Agenten sowohl für politische als auch wirtschaftliche oder militärische Objekte. Bei 29 Prozent ging es ausschließlich um politische Informationen; meistens Bespitzelung von Emigranten, bei 13 Prozent ausschließlich um industrielle Objekte.

Es gibt auch Probleme mit westlichen Ländern. Hier überwiegt bei weitem – mit 59 Prozent – die Wirtschaftsspionage. Vor einigen Jahren wurden zwei französische Zollfahnder verhaftet und verurteilt, weil sie sich bei Schweizer Banken Unterlagen über Nummernkonten französischer Steuerflüchtlinge zu beschaffen suchten.

Das heutige große Interesse des Ostens an wirtschaftlichen Geheimnissen steht offenbar in engem Zusammenhang mit dem amerikanischen Technologie-Embargo für die Staaten des Warschauer Paktes. „Die westliche Welt wird heute von östlichen Organisationen systematisch nach Informationen, Mustern und Dokumenten für Spitzenprodukte durchkämmt", meint Roland Hauenstein, Sprecher der Bundesanwaltschaft.

Zur Zeit erhalten zahlreiche schweizerische Unternehmen Anfragen östlicher Amtsstellen und anderer Organisationen, Bibliotheken und auch von Privatpersonen, dabei geht es um Prospekte, Muster und Produktbeschreibungen. Diese scheinbar harmlosen Unterlagen machen es den östlichen Nachrichtendiensten leichter, gezielt vorzugehen und die Spitzentechnologie zu beschaffen.

Dafür werden dann häufig als Diplomaten getarnte Geheimoffiziere eingesetzt, die es immer wieder verstehen, ihre schweizerischen Ansprechpartner mit Gefälligkeiten zu unerlaubten Lieferungen zu veranlassen, um sie später unter Druck zu setzen.

Die Bundesanwaltschaft hat deshalb kürzlich wieder Betriebe und Institutionen ersucht, sich bei der Beantwortung solcher Anfragen besonders aus dem Osten möglichst zurückzuhalten. Auch werden Reisende, die sich häufiger im Osten aufhalten, zur Vorsicht gemahnt.

Die Hauptbedrohung geht von den in der Schweiz legal lebenden östlichen Diplomaten und von den Funktionären internationaler Organisationen in Genf aus. Von diesen rund 1350 Personen sind wahrscheinlich mehr als 400 für die Nachrichtendienste ihrer Länder tätig. Seit 1970 wurden 26 Ostdiplomaten ausgewiesen, weitere 26 reisten vor der Ausweisung freiwillig ab.

Der frühere Schweizer Bundesrat und ehemalige Chef der Bundesanwaltschaft, Rudolf Friedrich, erklärte kürzlich, daß nach seinen Erfahrungen Dreiviertel aller Fälle der Wirtschaftsspionage auf osteuropäische Staaten entfielen. Dabei werde nur jeder fünfte bis zehnte Fall aufgedeckt. Von einem abgesprungenen „DDR"-Agenten wisse man, daß die „DDR" mit einem Spionageaufwand von fünf Millionen Mark jährlich 300 Millionen D-Mark an industriellen Forschungs- und Entwicklungskosten einspare.

Besondere Schwierigkeiten bereitet der Schweizer Abwehr der Umstand, daß die zahlreichen Ostrepräsentanten bei den internationalen Behörden in Genf schwer zu überwachen sind. Dadurch ist die Schweiz heute wahrscheinlich das mit Spionen und Agenten aus aller Welt am dichtesten bevölkerte Land.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eine „geschwätzige Kirche"

„Das Mandat der Kirche"; WELT vom 14. August

Jede mutige, offene und sachverständige Stimme ist heute nötig, wenn wir noch die Hoffnung fassen wollen, daß sich die modernistischen Irrtümer, die heute in der Kirche herrschen, abstellen lassen. Auf die Synoden, Kirchenleitungen und Pfarrer ist in weitem Umfang nicht mehr zu hoffen. Die ermüdeten, weithin schweigenden Kirchenglieder müssen sich ermannen.

Von Loewenstern skizziert einen Sachverhalt, den kürzlich der Herrenmeister des Johanniterordens mit dem Stichwort „geschwätzige Kirche" gekennzeichnet hat: Denkschriften über Denkschriften, Einmischung in politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen verraten Arroganz bei Pastoren und Synodalen, und sie legen klar, daß der eigentliche Auftrag der Kirche versäumt wird.

Wo steht in der Heiligen Schrift, unserer alleinigen Regel und Richtschnur, auch nur eine einzige Ermächtigung zu politischem Reden und Handeln? Woher nehmen heute der Rat der EKD und Synoden wie Pastoren ihre Ermächtigung, sich um alles und jedes, von den Grenzen im Osten bis zur Kernkraft und zum Asylantenproblem, ratend und lenkend zu kümmern? Woher kommt die Sachkunde? Woher beziehen diejenigen, die Barmen und die alten Bekenntnisse mißachten, ihre Getrostheit und ihren Mut zu weltlichen Aktionen, wo das eigene Haus brennt, Abertausende aus Enttäuschung die Kirche verlassen und die suchenden Menschen klagen, die kirchliche Predigt sei für sie nicht mehr der Trost, den sie brauchen. Gewiß, es gibt noch treue Diener und Hörer. Aber die Denkschriften der Leitung verraten nicht den Gehorsam, den die Kirche ihrem Herrn schuldet. Sie entzweien die Kirchenglieder.

Pastor Heinrich Höhler, Superintendent i. R. Bensheim 3

Wie wird gehascht?

„Drogen – Moskau schlägt Alarm"; WELT vom 7. August

Aber Frau Borngäßer! Haschisch wird nicht geschnüffelt oder gespritzt, sondern geraucht!

Harald Mittmann, Hemer

Wien und Bayern

„Wir riskieren Kopf und Kragen – und nichts passiert"; WELT vom 12. August

Die aggressive Haltung der Wiener Bundesregierung gegenüber dem Freistaat Bayern ist für viele Österreicher unverständlich und wird mit Mißmut zur Kenntnis genommen.

Alois Wechselberger, Stumm/Zillertal

Schreiter-Fenster

„Kirchenfenster von Schreiter in Wörth"; WELT vom 28. Juli

Schön, daß Sie die Notiz über die neuen Fenster in Wörth/Rhein brachten.

Leider wurde irgendwo in der Redaktion ein „Denk-Cocktail gemixt": Diese neuen Schreiter-Fenster (übrigens erstmals mit Fingerabdrücken) sind natürlich für die Friedenskirche in Wörth (1983) entworfen worden und waren nicht zuerst für Heidelberg bestimmt.

Richtig ist: Die Gesamtkirchengemeinde Heidelberg hat Schreiter-Entwürfe für die Heiliggeistkirche abgelehnt, während die Wörther Gemeinde ihren Schreiter-Fenstern zustimmte.

Edith Schreiter-Diedrichs, Langen

Phosphor im Wald

„Ein Nährstoff als Totengräber?"; WELT vom 5. August

Als an der Ursachenforschung Beteiligter habe ich in meinen letzten Veröffentlichungen die Stickstoff-Anreicherung im Waldhumus unserer Waldböden der Mittelgebirge nachgewiesen. Die Regressionsgleichungen für die Differenzen der N-Gehalte neuer 82er gegenüber alten 60er Proben erwiesen sich als statistisch hochsignifikant. Gleichzeitig hat eine bislang gänzlich unbekannte Phosphor-Anreicherung stattgefunden.

Dr. E. v. Zezschwitz, Krefeld

Pastor Hausmann

„Weg in der Dämmerung"; WELT vom 7. August

In der Würdigung des Dichters Manfred Hausmann bleibt eine Unklarheit: Er gehörte nicht der evangelischen (lutherischen) Kirche an, sondern der reformierten Kirche, übrigens wie Pastor Martin Hausmann, Sohn des Schriftstellers, der einige Jahre in Altona amtlicher Pastor war.

Dr. Ernst Fugmann, Hamburg 70

Wort des Tages

„Der Idealist: ein Wesen, welches Grund hat, über sich dunkel zu bleiben."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Mehr Durchblick

„Deutscher Patriotismus und europäisches Denken"; WELT vom 8. August

Wir müssen Bundeskanzler Kohl, Ministerpräsident Späth und der CDU Baden-Württemberg dankbar sein, weil sie sich voll dafür eingesetzt haben, daß die großen Erfahrungen Herbert Czajas auch in der kommenden Periode des Bundestages unserem Land wieder zur Verfügung stehen. Sie haben mehr politischen Durchblick gezeigt als jene, die aus kleinlich-provinziellen Gründen ei-



Otto von Habsburg

nem anderen bewährten Heimatvertriebenen, dem Sprecher der Schlesier, Herbert Hupka, eine neue Kandidatur für den Bundestag verweigerten. Der Beifall, den die CDU Nordrhein-Westfalen dafür von seiten derjenigen erhalten hat, die sich in der Regel als Vorkämpfer und Vordenker der sowjetischen Westpolitik betätigen, war mehr als bezeichnend.

Otto von Habsburg, MdEP, CSU

*

Übereinstimmung

Der Herr Bundeskanzler (CDU) stimmt in der Deutschland- und Außenpolitik mit dem Herrn Außenminister (FDP) übrigens überein!

Hans-Günther Nieusela, Köln 41

Karrieremütter

„Frauen scheuen oft die Karriere"; WELT vom 15. August

Leider stehen die beruflichen Möglichkeiten, die Sie aufgezeigt haben, im Gegensatz zu den Erfahrungen. Solange Männer die Berufstätigkeit der Mutter ihrer Kinder selten aktiv unterstützen, stehen viele Frauen vor der Wahl Karriere oder Familie!

Beate Stumpf, Pulheim

Ressentiment

Eine Änderung des Asylverfahrensrechts ist dringend notwendig, um Ressentiment und Unruhen in der Bevölkerung abzuwenden.

Rita Rasch, Lübeck 1

Personen

BERUFUNG

Der Rektor der Ruhruniversität in Bochum, Professor Dr. **Knut Ipsen**, wurde vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) zum ehrenamtlichen Bundeskonventionsbeauftragten berufen, zu dessen Aufgaben es gehört, für die inhaltliche Verbreitung der Genfer Konventionen Sorge zu tragen. Der international bekannte Völkerrechtler Professor Ipsen gehört seit vielen Jahren dem DRK-Präsidialausschuß Humanitäres Völkerrecht an. Er war Berater der Bundesregierung in der Diplomatischen Konferenz, die 1977 in Genf zu der Verabschiedung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen führte.

ABSCHIED

In der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz wird am 4. September der bisherige Direktor der Grenzschutzdirektion Koblenz, **Horst Eisel**, vom Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, **Hans Neusel**, verabschiedet. Gleichzeitig wird sein Nachfolger **Hilmar Dinglreiter** in sein Amt eingeführt. Horst Eisel, Jahrgang 1935, wird Leiter des Referates Grenzpolizeilicher Einzeldienst im Bundesministerium des Innern. Hilmar Dinglreiter, Jahrgang 1938, ist Chef des Stabes im Grenzschutzkommando Süd in der Position eines stellvertretenden Kommandeurs.

GEBURTSTAGE

Der frühere Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG (1968–1971) in Berlin und München, Dr. **Gerd Tacke**, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Der gelernte Buchdrucker und Buchhändler hat in Leipzig, Berlin, Chicago und Kiel Nationalökonomie studiert. Bereits 1932 trat er bei der Zweigniederlassung Berlin der Siemens-Schuckert-Werke AG in den Dienst. Als Siemens nach dem Krieg sein gesamtes Auslandsvermögen verloren hatte, baute der gebürtige Schlesier als „Außenminister" des Unternehmens zäh und zielstrebig eine weltumspannende, Vertrieb, Werkstätten und Fabriken umfassende Auslandsorganisation auf. Nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand wählte die Hauptversammlung Dr. Tacke 1972 in den Aufsichtsrat, dessen stellvertretender Vorsitzender er wurde und in dem er bis 1978 mitarbeitete.

*

Sie ist Laiin, und bei ihrem „Beruf" handelt es sich ausschließlich um ehrenamtliche Tätigkeiten, die aber im Laufe der Jahre zeitlich das Ausmaß eines „Vollberufes" angenommen haben: **Irmgard von Meibom**, seit 40 Jahren im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF) tätig und deren Bundesvorsitzende seit 1966, feiert morgen in Bonn ih-



Irmgard von Meibom

ren 70. Geburtstag. Für die gebürtige Berlinerin war der Eintritt in einen kirchlichen Frauenbund 1946 durch das Elternhaus vorprogrammiert. Die Mutter war der erste weibliche Vorsitzende des Gesamtverbandes der Evangelischen Reichsfrauenhilfe. Zu den zahllosen Funktionen, die Frau von Meibom in den letzten Jahrzehnten übernommen hat, gehört auch seit 1983 die Position der stellvertretenden Vorsitzenden der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland e. V. Seit 1952 ist sie Mitglied der CDU. Oft wurde sie gebeten, ein Parteimandat zu übernehmen, was sie aber ablehnte. „Ich habe die Entscheidung, weiter im vorparlamentarischen Raum ehrenamtlich tätig zu bleiben, nicht bereut."

EHRUNG

Der Hamburger Senat vergibt keine Orden, und es ist Sitte das Hanseaten, keine Orden annehmen. Doch Medaillen werden im Rathaus verliehen; so – für besondere kulturelle Leistungen – die „Senator-Biermann-Ratjen-Medaille" in Erinnerung an den FDP-Senator, der einmal Gustaf Gründgens nach Hamburg geholt hat. Morgen erhält der Journalist **Rene Drommert** diese Auszeichnung. Drommert (81) stammt aus Estland, er arbeitete nach dem Krieg bei der „Hamburger Freien Presse" und ging dann zur Wochenzeitung „Die Zeit", wo er Theater-, Film-, Tanz- und Fernseh-Kritiken schrieb. Drommert ist Mitglied der Deutschen Akademie für Darstellende Künste, er gehörte viele Jahre der Jury des Bundesinnenministers für Spielfilm-Drehbuchprämien an. „Der kulturellen Entwicklung" habe sich der Preisträger – so begründete der Senat die Verleihung – „mit viel intellektueller Kraft und liebenswürdigem, ausgleichendem Wesen" gewidmet.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Günter Schweikhart** ist auf Lebenszeit zum Professor auf dem Lehrstuhl für das Fach Kunstgeschichte ernannt und zum weiteren Direktor des Kunsthistorischen Instituts der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn bestellt worden.

GESTORBEN

Heinz Pauck, Drehbuchautor bekannter Spielfilme der 50er und 60er Jahre, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Pauck schrieb die Drehbücher zu „Das Wirtshaus im Spessart", „Wir Wunderkinder", „Das Spukschloß im Spessart", „Das Wunder des Malachias" und „Die Brücke".

*

Nikolaos Nissiotis, griechisches Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), ist am Montag bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt. Nissiotis war Professor für Theologie an den Universitäten von Athen und Genf und Präsident der griechischen olympischen Akademie. In seiner sportlichen Karriere war Nissiotis in den 40er Jahren als Spielmacher der griechischen Basketball-Auswahl hervorgetreten, die er in den 50er Jahren als Trainer betreute.

WELT-Serie Große Testamente (II): Die Konstantinische Schenkung

Wer ein Testament braucht, erfindet sich eines. Ein Jahrtausend lang behauptete die katholische Kirche, Konstantin der Große habe den Päpsten die Macht in Rom übertragen. Die „Konstantinische Schenkung" – eine Fälschung des 8. Jahrhunderts – übte Einfluß aus mit dem



Glauben an die Geschichte und die Kraft der Legenden. Mit dieser „Urkunde" begannen die Abgrenzung Westeuropas gegen den Osten und die Unterordnung der westlichen Kaiser unter das Papsttum. Testamente haben also auch Wirkungskraft ohne „reale" Stützen.

Rom begründete seine Herrschaftsansprüche mit einer Fälschung

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Vor dem römischen Kapitol, so sagt die Legende, trifft Kaiser Konstantin der Große auf eine Menge wehklagender Mütter. Erschrokken erfährt er, daß ihre Kinder getötet werden sollen, damit er, der Kaiser, durch ein Bad in ihrem Blute vom Aussatz geheilt werde. Der betroffene Kaiser sinnt auf Abhilfe. Und siehe da: Des heidnischen Opfers bedarf es nicht mehr. Papst Silvester kann eine Kraft ins Feld führen, die mächtiger ist als alle Götter zuvor: Der Gott der Christen heilt, durch päpstliche Fürbitte bewegt, den siechen Herrscher von seinem Leiden.

Eine harmlose Legende, so scheint es. Eine jener vielen Wunderheilungen, wie sie aus der Frühzeit des Christentums überliefert sind, um schlichte heidnische Gemüter von der übermächtigen Kraft des neuen Gottes zu überzeugen. In diesem Falle freilich handelt es sich um die Grundlage für eines der geschichtsmächtigsten „Testamente", die es je gegeben hat: die berühmt-berüchtigte „Konstantinische Schenkung". Fast ein ganzes Jahrtausend hat das Papsttum sich darauf berufen, hat Völker damit in den Krieg getrieben, religiöse Auseinandersetzungen damit bestimmt, ja, seine eigenen Herrschaftsansprüche in Rom damit begründet. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine ebenso raffinierte wie schamlose Fälschung.

Der Inhalt dieser „Urkunde", die um 760 nach Christus entstanden sein dürfte – über die genaue Datierung streiten bis heute die Gelehrten –, besteht in einer Verknüpfung von Legende und staatsrechtlichem Konzept. Kaiser Konstantin der Große (274–337) bekundet darin angeblich, durch Papst Silvester vom Aussatz geheilt worden zu sein, worauf er sich habe taufen lassen. Zum Dank dafür, so besagtes Schriftstück, erhebt der Kaiser den Papst zum Fürsten über alle Bischöfe der Welt und zum Richter in allen Fragen des Glaubens und Gottesdienstes. Die römische Kirche stellt er über sein eigenes Kaisertum.

Überdies schenkt der Kaiser dem Papst den vornehmsten seiner Paläste, den Lateran, verleiht dem obersten Bischof die Abzeichen kaiserlicher Würde und überläßt der römischen Kirche die Stadt Rom und „alle Provinzen Italiens und der westlichen Lande". Der Kaiser selbst verlegt seinen Sitz in den Osten nach Byzanz; „denn es ist nicht recht, daß ein irdischer Herrscher dort Gewalt habe, wo vom himmlischen Herrscher der Fürst der Bischöfe und das Haupt der Christenheit eingesetzt ist".

Die Fälschung beginnt schon bei winzigen Details. Konstantin der Große bekannte sich zwar grundsätzlich zum Christentum, ließ sogar im Jahr 313 im Toleranzedikt von Mailand im ganzen Reich Religionsfreiheit garantieren. Er selbst aber fühlte sich keineswegs ans Christentum gebunden, huldigte wohl weiter dem Sonnengott, baute Tempel, ließ sich anbeten, mordete Frau und Sohn und war – entgegen der Legende – so diplomatisch, sich erst auf dem Totenbett taufen zu lassen.

Von Legenden freilich war sein geschichtliches Bild stets eingerahmt. So soll er vor der entscheidenden Schlacht gegen einen seiner Konkurrenz-Kaiser – teilweise hatte er deren sieben! –, den Maxentius, im Jahre 312 in den Wolken ein leuchtendes Kreuz gesehen haben, das von den Worten umgeben war: „In hoc signo vinces – In diesem Zeichen wirst du siegen." Jedenfalls ließ er auf seiner Kriegsfahne, dem Labarum, ein Kreuz anbringen, was aber nicht unbedingt christlichen Charakter haben mußte; denn auch der Sonnengott, dem er huldigte, wurde oft durch eine Art Kreuz symbolisiert.

Eine ebensolche Legende ist natürlich die Behauptung, Konstantin habe seine Residenz nach Byzanz (das fortan Konstantinopel hieß) verlegt, weil Rom ihm zu heidnisch gewesen sei. Schon lange vor seiner Übersiedlung in den Osten hatte Konstantin nicht mehr in Rom residiert. Er selbst war ja als Soldatenkaiser in Britannien gewählt worden, und die meisten seiner Konkurrenten saßen gleichfalls nicht in Rom. Seit Konstantin im Jahr 324 alleiniger Kaiser war, lebte und regierte er abwechselnd in Mailand, Trier und Arles.

Die Wahl Konstantinopels zur neuen Hauptstadt des römischen Reiches (im Jahr 330) hatte vorrangig strategische und verwaltungstechnische Gründe. Die Lage der Stadt erlaubte ihm eine bessere Überwachung der reicheren, aber auch gefährdeten orientalischen Provinzen und der Donaugebiete.

Christliche Grundsätze in der Gesetzgebung

Insofern lag ihm nichts ferner als die Begründung eines päpstlichen *Herrschaftsanspruchs*. Das Christentum spielte zwar eine gewisse taktische Rolle in den Überlegungen des Kaisers, der noch immer den Titel eines Pontifex maximus (Hoherpriester) trug, aber ein Machtfaktor war der Bischof von Rom mitnichten für ihn.

Wohl gestattete er es ihm, sich im Lateranpalast niederzulassen. Auch erhielten die Basiliken St. Peter und San Paolo fuori le mura sowie die heiligen Stätten in Palästina reiche Schenkungen. Und einige christliche Grundsätze bereicherten die Gesetzgebung des römischen Reiches: Die Scheidung wurde verboten, die Sonntagsruhe eingeführt, das Leben der Sklaven garantiert. Aber Konstantin selbst war eben „Dominus et Deus – Herr und Gott". Wozu sollte er sich da einem Papste beugen?

Gleichwohl eignete sich dieser Konstantin für das heraufziehende Mittelalter vorzüglich als eine der großen Lichtgestalten, als legendäre Autorität in den Fragen der Rollenbestimmung von Christentum und Papsttum. Nach den schrecklichen Christenverfolgungen des Diokletian (245–313) mußte allein sein Toleranzedikt wie eine Erlösung wirken. Und seine mythenumwobene „Bekehrung" zum Christentum war in den Jahrhunderten einer immer stärkeren Christianisierung geradezu ein beispielgebendes Ereignis.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 8 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Es war also nur konsequent, wenn die Kurie ihn vier Jahrhunderte später sozusagen in den Zeugenstand rief, um die eigenen Herrschaftsansprüche zu begründen. Was lag für die bedrängten Päpste des Mittelalters näher, als sich auf eine Art Vermächtnis aus der Frühzeit des Christentums zu berufen?

Zudem hatte sich ja die Idee des Prinzipats Roms überhaupt erst entwickeln können, weil Rom nicht mehr Kaiserresidenz war. Man brauchte jetzt nur noch eine kleine historische Korrektur anzubringen: Der Kaiser war nach Konstantinopel ausgewichen, weil das Prinzipat Roms bereits bestand.

So berichtigt man Geschichte. Man vertauscht Ursache und Wirkung und entwickelt daraus Zukunftsperspektiven. Geschichtliche Autorität hat Wirkungsmacht. Das wußten schon die Päpste des Mittelalters.

Aber es gab auch ganz konkrete, ja, tagespolitische Notwendigkeiten für ein solches „Politisches Testament". Die „Konstantinische Schenkung" ist mit einiger Sicherheit in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts entstanden. Historische Fakten und der vermutete Entstehungsort der Fälschung legen den Schluß nahe, daß um das Jahr 760, also zu Zeiten Papst Stephan II. und des Frankenkönigs Pippin, diese „Urkunde" zubereitet wurde.

Papst Stephan II. nämlich sah sich in Rom immer massiver durch den Langobarden-König Aistulf bedrängt, der sich nicht nur mehr und mehr päpstliches Besitztum aneignete, sondern sogar soweit ging, von der Bevölkerung des römischen Dukats Kopfsteuer zu erheben – ein Recht, das bestenfalls dem (freilich fernen) Kaiser in Konstantinopel zustand.

Was aber sollte der Papst tun? Der Kaiser in Konstantinopel hatte militärisch – bis auf einige Gebiete in Süditalien – ohnehin keine Macht auf der Halbinsel. Überdies lag er mit Rom in einer religiösen Fehde. In eigener Machtvollkommenheit hatte er im sogenannten Bilderstreit wieder einmal die Anbetung Christi als gleichberechtigt in der Dreifaltigkeit verboten. Das war nun ein massiver Eingriff in päpstliche Rechte und schon gar in die Vorstellungen der römischen Kurie.

Massiver Eingriff in päpstliche Rechte

Von Konstantinopel war also keine Hilfe zu erwarten. Und die Langobarden, die seit zwei Jahrhunderten weite Teile Italiens beherrschten, waren zwar oberflächlich christianisiert, aber die Herrschaft des Papstes anzuerkennen – dazu wollten sie sich keineswegs bereitfinden. Ein gewisser Wunderglaube hinderte sie lediglich daran, dem Papst direkt zu Leibe zu rükken. An seinem Besitz vergriffen sie sich gleichwohl.

Außerdem litt die römische Bevölkerung stark unter der langobardischen Bevormundung. Immer wieder zogen die Besatzer plündernd und brandschatzend durchs Land. Auch von daher, also sozusagen innenpolitisch, stand der Papst unter einem massiven Druck. Und schließlich schreckte Aistulf noch nicht einmal mehr vor

So malte Raffael die Schenkung, die nie stattfand: Kaiser Konstantin bietet Papst Sylvester I. Rom dar. Das Gemälde hängt im Vatikan.

einem direkten Angriff auf Rom zurück.

Wohin also sollte er sich wenden, wenn nicht zu den Franken? Für sie galt die alte (und ewig junge) Regel: Je weiter von Rom entfernt, um so frommer. Aber warum wiederum sollten die Franken, als Reich noch kaum in sich gefestigt und mit eigenen Problemen beschäftigt, für den Papst in einen fernen und ganz und gar weltlichen Krieg ziehen? Zudem gegen die Langobarden, die ihnen vor noch gar nicht so langer Zeit gegen die Araber beigestanden hatten?

Die Herrschaft über Italien verschenkt

Der Papst mußte schon einiges in die Waagschale werfen, um die Franken zu militärischem Beistand zu bewegen. Er reiste selbst über die Alpen. Er machte Pippin zum Protektor Italiens. Er salbte ihn als ersten fränkischen Erbkönig. Und es erscheint nur logisch, daß er die besagte „Konstantinische Schenkung" als starkes religiöses wie historisches Argument einbrachte.

Zweimal mußte Pippin über die Alpen ziehen, um die Langobarden vernichtend zu schlagen. Er leitete nicht nur deren Untergang ein, er legte auch, ohne es zu wissen, den Grundstein für das Ende der Herrschaft der Ost-Kaiser in Rom. Daß hier ein elementarer Zusammenhang mit der „Konstantinischen Schenkung" besteht, scheint evident, zumal Pippin in einer eigenen „Schenkung" (zu der er gar nicht berechtigt war) dem Papst die Herrschaft über ganz Italien einräumte.

Schon der theoretische Charakter der „Pippinischen Schenkung" – real konnte der Franken-König nur die von den Langobarden eroberten Gebiete dem Papst übereignen – zeigt, daß hier ein politisches Konzept entstanden war, das noch viele Jahrhunderte lang die Geschichte bestimmt hat: Abgrenzung Roms (mit Frankenreich) nach Osten und die Entstehung einer Doppelgewalt – der Papst als dem Kaiser übergeordnet und der Kaiser als Protektor des Papstes.

Es hat, von Stephan II. aus gesehen, kaum 40 Jahre gedauert, bis in Rom der Papst einen „eigenen" West-Kaiser krönte: Karl den Großen. Und auch wenn es sich hier um eine Verlegenheitslösung handelte – die Fälschung hatte, zum erstenmal, ihre Geschichtsmacht erwiesen. Wie wichtig sie für das Papsttum war, erhellt schon die Tatsache, daß Rom erst im 19. Jahrhundert zugab, die „Konstantinische Schenkung" sei eine Fälschung gewesen, obwohl bereits das 15. Jahrhundert die Urkunde als das entlarvt hatte, was sie war: Eine historische Konstruktion.

Samstag in der WELT:

Der Kaiser, der mehr Kriege führte, als kaum ein anderer vor und nach ihm, beschwor in seinen Testamenten den Sohn, alles Erdenkliche zu tun, den Frieden zu bewahren. Karl V. hatte allerdings wenig Glück mit seinen Ratschlägen.

HOCKEY

Die lange Zeit des Wartens vor dem Spiel

dpa, Amstelveen

Wenn sich die Familie Moser in Berlin auf das Abendessen vorbereitet, beginnt in diesen Tagen für ihre Tochter Christina die Arbeit. Anpfiff 19.00 Uhr heißt es von Montag bis Mittwoch für sie und ihre Mannschaftskameradinnen bei der Hokkeyweltmeisterschaft der Damen in Amstelveen. Diese langen Stunden des *Wartens – eine Zerreißprobe für* die Nerven.

Trainer Strödter *nimmt* die Anfangszeit gelassen. „Bei Hitze ist die Zeit besser als 12.00 Uhr." Doch in Amstelveen regnet es seit Dienstag. Die Spielerinnen sind zwar nicht begeistert über die tägliche Spätschicht, aber sie sind erstaunt, wie schnell der Tag herumgeht. Mannschaftsküken Caren Jungjohann hat keine Schwierigkeiten ihre zwei Stunden Mittagsschlaf zu halten. Mannschaftsführerin Hella Roth aber bekommt dann kein Auge zu. Was ist, wenn Neuseeland und Argentinien wirklich beide Gruppenspiele noch gewinnen? Dann kann die deutsche *Mannschaft in ihren letzten beiden* Spielen so hoch siegen wie sie will und hat das Halbfinale dennoch verpaßt; zum ersten Mal bei einer Weltmeisterschaft. Eine Vorstellung, die die Spielerinnen verdrängen. Bei 3:3 Punkten und Platz vier in der Gruppe B ist noch alles *möglich, vom Abstieg* bis zum Titel. (Das Ergebnis vom Spiel gegen die USA lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

Die Zeit überbrücken, um die Nerven ruhig zu halten. Bis 9.30 Uhr müssen alle gefrühstückt haben. Um 11.00 Uhr ist Abfahrt zum Joggen, um 13.00 Uhr ein *leichtes Mittagessen: Kalbs*ragout mit Kartoffelgratin und Gemüse hatten Wolfgang Strödter (Bundestrainer), Siegfried Aberle (Präsidiumsmitglied) und Damenwartin Ulrike Diehl in einem nahen Restaurant für gestern ausgewählt. Nach dem Essen Besprechung in kleinen Gruppen, bis 16.00 Uhr dürfen die jungen *Damen zwischen 18 und 28* dann schlafen oder sich von Evi Roquette massieren lassen. Um 16.00 Uhr ist die große, gut einstündige Mannschaftsbesprechung bei Kaffee und Kuchen. 17.45 Uhr: Der Bus fährt ins Wagener-Stadion. Spätestens eine Viertelstunde vor der Abfahrt hält es keine mehr auf ihrem Zimmer.

SCHWIMMEN / Rückschläge haben das deutsche Team schwer deprimiert – Erlebte „Albatros" nur einen Schwächeanfall?

Groß: „Keine Niederlage, sondern schmerzliche Erfahrung"

dpa, *Madrid*

Es klang wie ein Versprechen. „Jetzt müssen wir es in zwei Jahren wieder versuchen", sagte Michael Groß. Denn auch bei den Schwimm-Weltmeisterschaften in Madrid hat sich der *Star des deutschen Teams* seinen Traum mit der 4 x 200-m-Freistilstaffel nicht erfüllen können. Vor zwei Jahren bei den Olympischen Spielen in Los Angeles waren die Amerikaner vier Hundertstelsekunden schneller. Diesmal schlug „DDR"-Schlußschwimmer Sven Lodziewski nach 7:15,91 Minuten um fünf Hundertstel früher an als das Quartett des Deutschen Schwimm-*Verbandes (DSV).*

Nach Madrid kommt Seoul. Die *Niederlage in der spanischen Haupt*stadt ist für Michael Groß die Verpflichtung zur Olympia-Teilnahme 1988 in Südkorea. Er kann noch nicht aufhören. In seiner Sammlung fehlt WM- oder Olympia-Gold mit der Staffel aller Staffeln. Über ihm muß an diesem Tag *in Madrid* der Himmel zusammengestürzt sein. Auch wenn er seine Gefühle zu überspielen versuchte. Groß: „Das ist keine Niederlage, das muß ich sagen, sondern eine schmerzliche Erfahrung."



Ausgelaugt und in seinem Innern tief getroffen: Michael Groß nach der Niederlage FOTO:AP

Wie ein Roboter war er schon nach dem Finale über 100 Meter Schmetterling dem Wasser entstiegen. Die *Beine bewegten sich automatisch.* Weg vom Ort des Geschehens. Aber sie schienen schwer, trugen einen in seinem Innersten getroffenen Athleten. Pablo Morales aus den USA hatte sich für seine Olympia-Niederlage gegen Groß revanchiert. Gut, das hatte Groß einkalkuliert. So etwas konnte passieren. Aber Groß hatte auch noch dessen Landsmann Biondi und den Briten Jameson an sich vorbeiziehen lassen müssen.

Zwei Stunden später war er dann völlig am Ende. Um einen Wimpernschlag hatte das DSV-Quartett mit Rainer Henkel, Michael Groß, Alexander Schowtka und Thomas Fahrner den WM-Titel über 4 x 200 Meter Freistil verpaßt. Das Gesicht verzerrt, brachte Groß seinen Gefühlszustand mit einem kurzen, kräftigen Fluch zum Ausdruck.

Schowtka war als Erster bei Schlußschwimmer Fahrner, tröstete ihn, strich ihm über den Kopf. Eine Geste, die auch den zuschauenden Michael Groß von weit her wieder in die Wirklichkeit zurückholte. Vor den Fernsehkameras redete der Frankfurter anschließend wie ein Buch, lachte gequält. „Reinster Galgenhumor", befand nicht nur DSV-Delegationsleiter Wilhelm Schmidt.

Freude herrschte dagegen im „DDR"-Lager. Amerikaner und DSV-Schwimmer hatten Gold und Silber schon vor dem Rennen sicher. In Gedanken. Uneinig waren sie sich nur, wer denn nun auf Rang eins und zwei stehen würde. Die „DDR" hatten sie nicht auf der Rechnung.

Das Rennen war ein Thriller vom *Niveau und der Dramatik des* Olympiafinales vor zwei Jahren. Nach dem ersten Wechsel waren die Deutschen (West) nur Vierte. Startschwimmer Rainer Henkel (1:51,13) hatte das Rennen wohl schon verloren. Die Deutschen (Ost) Zweite hinter Australien. Mit der schnellsten jemals in der Staffel geschwommenen Zeit (1:46,73) brachte Groß das DSV-Quartett in Führung, eine ganze Körperlänge voraus. Die Taktik mit Groß auf Platz zwei *statt Schlußschwimmer wie* bei den Olympischen Spielen schien aufzugehen. Schowtka und Fahrner schlugen die Wellen der Konkurrenz nicht ins Gesicht. Beide schwammen Bestzeiten. Doch vergeblich.

„Wenn ich schneller gewesen wäre, dann hätten wir gewonnen", sagte Rainer Henkel. Aber kein Wort der *Kritik von den anderen. Nur Worte* wie Sieg, Weltmeister und Weltrekord mag kaum noch jemand aussprechen. Die beiden Niederlagen, eine von Groß und eine mit Groß, haben nicht nur Michael Groß selbst getroffen.

STAND ● PUNKT

Ausreden?

Es war sicher ein Stück Flucht vor der Realität, als sich Michael Groß über die äußeren Umstände im „Centro de Natacion" von Madrid beschwerte. Groß schimpfte. Das Wasser zu stark gechlort, die Leinen zu schwach gespannt – das alles ist von Sofia 1985 bekannt, wo es ähnlich war. *Und da wurde Groß immerhin* sechsmaliger Europameister. Und *schwamm Weltrekord über 200 m* Schmetterling. Warum also meckern? Die anderen hatten exakt die gleichen Probleme, und trotzdem waren sie schneller.

Es muß also an anderen Faktoren gelegen haben. Aber woran? Ist dem „Albatros" nur kurz die Luft ausgegangen? Ein kleiner Schwächeanfall? *Oder steckt mehr dahinter?* Er wird es in Madrid noch zeigen müssen.

Für *Michael Groß ist die* Niederlage jetzt eine Verpflichtung. Er muß jetzt im Prinzip bis 1988 in Seoul schwimmen, was er ja schon oft gesagt hat. Doch so richtig dran glauben wollte eigentlich keiner. Nur, wenn er wirklich so ein Mannschaftsteil ist, wie ihm das attestiert wird, dann kann er als Deutschlands bester Schwimmer sein Team bei Olympia in Südkorea nicht im Stich lassen. Denn bis dahin wird es keinen Ersatz für ihn geben.

DF

Immer wenn es ernst wird, macht sich im Wasserball-Team Angst breit

dpa/sid, Madrid

Frank Hofmeister aus Bochum schwimmt über 200 m Rücken bei der Weltmeisterschaft in Madrid für den Deutschen Schwimm-Verband (DSV) auf Medaillenkurs. In ausgezeichneten 2:02,69 Minuten qualifizierte sich der 20jährige, der aus der „DDR" in die Bundesrepublik kam, als *Dritter* für das Finale gestern abend (das *Ergebnis lag bei Redaktionsschluß die*ser Ausgabe noch nicht vor).

Überraschend verpaßte sein früherer Mannschaftskamerad, 100-m-Rücken-Weltmeister Dirk Richter aus Dresden, den Endlauf. Mit 2:04,18 gelang ihm nur die neuntbeste Zeit.

Die 19jährige Hamburgerin Svenja Schlicht sorgte in ihrem Vorlauf über 100 m Rücken als Viertbeste für den ersten DSV-Rekord. *Sie erzielte* 1:03,16 Minuten und war damit um vier Hundertstelsekunden schneller als im Olympia-Finale von Los Angeles, wo sie Sechste geworden war.

Die DSV-Staffel über 4 x 100 m Freistil der Damen qualifizierte sich in *3:47,28 Minuten als Dritte hinter* der „DDR" und den USA für das *Finale. Als 14. und 16. der Vorläufe* verpaßten dagegen der deutsche Meister Andre Schadt aus Darmstadt (51,16) und der Hamburger Alexander Schowtka (51,19 Sekunden) den Endkampf über 100 m Freistil.

*

5:2 gegen den Olympiazweiten USA geführt, dann ein 8:9-Rückstand, 18 Sekunden vor Schluß der *Ausgleich zum 9:9, in der Schlußse*kunde das 9:10 – dieses Tor des Amerikaners Robertson traf ins Mark der deutschen Wasserball-Männerauswahl. Torwart Peter Röhle ging beim Schlußpfiff des WM-Spiels im Wasser des Stadions „Centre de Natacion" in *Madrid erst einmal auf Tauchstation.* Als er wieder auftauchte, sah er nichts als jubelnde Amerikaner im schwachen Schein des Flutlichts und schimpfte wie ein Rohrspatz.

Dabei hatte die neue Sieben des DSV gegen die eingespielten Amerikaner lange Zeit glänzend ausgesehen. Doch eigene Fehler leiteten die Spieler von Bundestrainer Nikolai Firoiu nach der 5:2-Führung Mitte des zweiten Viertels noch auf die Verlie*rerstraße. Als die Amerikaner aufhol*ten, offenbarten sich unter Druck die psychischen Schwächen im DSV-Team, das spielerisch jederzeit mithalten konnte. Ein Unentschieden hätte die Tür zum Halbfinale weit aufgestoßen. Doch Aufregung macht *sich breit,* wenn es *ernst* wird. Schon in Los Angeles beim Olympia-Turnier war die Mannschaft in ähnlichen Situationen unfähig gewesen, die Chance auf Silber oder Gold entschlossen wahrzunehmen. Diese Schwäche ist auch in Madrid noch nicht ausgeheilt.

*

Weitere Ergebnisse: Herren: 100 m Schmetterling: 1. Morales 53,54 Sekunden, 2. Biondi (beide USA) 53,67, 3. Jameson (Großbritannien) 53,81, 4. *Groß (Deutschland) 53,87; 400 m La*gen: Darnyi (Ungarn) 4:18,98 Minuten, 2. Jarostschuk (UdSSR) 4:22,03, Baumann (Kanada) 4:22,58, ... 8. Bermel (Deutschland) 4:26,46; 4 x 200 Freistil: 1. „DDR" 7:15,91 Minuten (Jahres-Weltbestzeit), 2. Deutschland (*Henkel, Groß, Schowtka, Fahrner*) 7:15,96, 3. USA 7:18,29. – Damen: 200 m Freistil: 1. Friedrich 1:58,26 Minuten, 2. Stellmach (beide „DDR"), 3. Meagher (USA) 2:00,14; B-Finale: 3. Zscherpe (Deutschland) 2:03,33; 200 m Brust: 1. Hörner („DDR") 2:27,40 Minuten (Weltrekord), 2. Bogomilova (Bulgarien) 2:27,66, 3. Higson (Kana*da*) 2:31,34; B-Finale: 3. Dahm (Deutschland) 2:36,34.

NACHRICHTEN

Erfolg für Holighaus

Uvalde (dpa) – Der 46jährige Segelflieger Klaus Holighaus (Kirchheim), zweimaliger Europameister und ehemaliger WM-Zweiter, wurde bei den Internationalen Amerikanischen Meisterschaften *in Uvalde/Texas in der* 15-m-Rennklasse mit 8785 Punkten *zum zweiten Mal nach* 1981 US-Meister vor den beiden Amerikanern Robert Robertson (8594) und dem WM-Dritten Eric Moser (8562). Sechster wurde der amerikanische Weltmeister Douglas Jacobs.

Becker bleibt Dritter

Hamburg (dpa) – Wimbledonsieger Boris Becker bleibt in der Tennis-Weltrangliste hinter Ivan Lendl (CSSR) und Mats Wilander (Schweden) Dritter. John McEnroe rutschte *auf den neunten Platz zurück. Nach* Lendl, der bislang 718 207 Dollar verdiente, ist Becker mit 489 989 Dollar Zweiter der Geld-Rangliste.

Basketball: Im Halbfinale

Vocklabruck (sid) – Die deutschen Basketball-Junioren haben das Halbfinale der Europameisterschaft in Vocklabruck (Österreich) erreicht. Gegner ist am Donnerstag Jugoslawien, das zu den Favoriten des Turniers zählt.

Kubaner Weltmeister

Gausdahl (dpa) – Der Kubaner Walter Arencibia ist Schach-Weltmeister der Junioren. Er gewann in Gaus*dahl (Norwegen) das Turnier* vor dem Norweger Simen Adgestein. Matthias Wahls (Hamburg), einziger deutscher Teilnehmer, kam auf den 19. Rang.

ZAHLEN

FUSSBALL

Turnier in Zürich, Halbfinale: Grasshoppers Zürich – FC Fluminense 0:0, 5:3 nach Elfmeterschießen, AS Rom – Bayern München 3:2 (2:0).

TENNIS

Herren-Turnier in Cincinnati, erste Runde: Wilkinson (USA) – Schwaier (Deutschland) 6:3, 6:2, Perez (Uruguay) – Westphal (Deutschland) 6:2, 6:0. – **Damen-Turnier in Mahwah/New Jersey, erste Runde:** Temesvari (Ungarn) – Pfaff (Deutschland) 6:4, 7:5.

RADSPORT

Mehretappen-Rennen „Coors Classic", 11. Etappe: 1. Ducrot (Holland) ... 5. Hinault (Frankreich) 13 Sek. zurück ... 19. Gölz 1:57 Min. zurück ... 49. Thurau (beide Deutschland) 7:57. – Gesamt: 1. Hinault, 2. Pierce (USA) 1:16 ... 60. Thurau 1:07:50.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei *Zustellung* durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. *Der Preis des Luftpostabonnements* wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 *gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausga*be: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner *Börse*, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Mit eigenen Sanktionen will Reagan Kongreß umstimmen

Pretoria stellt sich auf „wirtschaftlichen Belagerungszustand" ein

rtr/AP, Washington

US-Präsident Ronald Reagan plant, auf dem Wege eines Präsidialdekrets mit eigenen Maßnahmen gegen Südafrika vorzugehen. Damit will er die wesentlich einschneidenderen Sanktionen unterlaufen, die beide Kammern des Kongresses beschlossen haben, aber noch nicht Gesetzeskraft besitzen. Die „Washington Post", die sich auf nicht näher bezeichnete Quellen im Weißen Haus beruft, berichtet, der Nationale Sicherheitsrat arbeite eine Liste von möglichen Maßnahmen aus. Dazu gehörten ein Landeverbot für die Fluggesellschaft „South African Airways" (SAA), ein Einreiseverbot für Regierungsangestellte sowie ein Einfrieren südafrikanischer Konten. Reagan werde seine Entscheidung am 8. September nach den Parlamentsferien bekanntgeben.

Der Senat hatte zahlreiche Einfuhrverbote, ein Verbot von Investitionen und ein Landeverbot für die SAA beschlossen; das Repräsentantenhaus verlangt ein totales Wirtschaftsembargo sowie den Abzug bestehender Investitionen. Ein Schlichtungsausschuß beider Kammern muß nun einen Kompromiß ausarbeiten, der dann dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt wird.

Reagans Taktik zielt darauf, nicht zu seinem bereits angekündigten Veto greifen zu müssen, da es vom Senat durch eine Zweidrittelmehrheit umgestoßen werden könnte. Er könnte jedoch auf einen milderen Kompromiß im Kongreß hoffen, wenn er in der Zwischenzeit von sich aus ausreichend strenge Sanktionen vorschlüge. Die gleiche Taktik hatte er schon einmal erfolgreich angewandt, als er im vergangenen Jahr unter anderem den Verkauf von Krügerrand-Münzen in den USA stoppte.

Die Regierung in Südafrika bereitet sich unterdessen auf eine Art „wirtschaftlichen Belagerungszustand" vor. Die Verstärkung der Handelsbeziehungen zu Ländern vor allem im Fernen Osten läuft auf Hochtouren, damit Importlücken geschlossen werden können. Insbesondere erhofft man sich die Lieferung moderner Maschinen und Computer von Südkorea und Taiwan. Der britische „Economist" spekulierte, daß andere Importe über das benachbarte Swasiland und über den Nahen Osten abgewickelt werden könnten. Die SAA soll bereits einige Boeing-747-Jets im Wert von 120 Millionen Dollar an internationale Banken verkauft haben.

Durch die Importausfälle wird Südafrika die Produktion im eigenen Lande entwickeln müssen. Das könnte dazu führen, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Sanktionen werden voraussichtlich Zehntausende von Bergleuten und Stahlarbeitern arbeitslos werden.

Bayern zieht Konsequenzen aus Tschernobyl

dpa, München

Die Rechtsvorschriften des Bundes für den Normalbetrieb und für Störfälle kerntechnischer Anlagen haben sich nach Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß als ungenügend herausgestellt.

Ohne verbindliche bundeseinheitliche Richtwerte und ohne die Ergänzung des Bundesrechts sowie der organisatorischen Maßnahmen bei Störfällen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sei nicht mehr auszukommen, antwortete Strauß auf ein Schreiben des Starnberger Landrats Rudolf Widmann (FDP).

Strauß wies darauf hin, daß die bayerische Staatsregierung das Meßstellennetz für die automatische, kontinuierliche Radioaktivitätsüberwachung verdichten und die Laborkapazitäten für Einzelnuklidmessungen erweitern werde. Die ortsnahe Messung der Gammadosisleistung soll mit tragbaren Geräten in Bayern sichergestellt werden. Mit diesen Aufgaben sei eine eigene Koordinierungsgruppe zwischen Landwirtschafts-, Innen- und Umweltministerium befaßt.

Zur Verunsicherung der Bevölkerung nach dem sowjetischen Reaktorunfall ist es nach Strauß auch deshalb gekommen, weil die Empfehlungen der Strahlenschutzkommission für die Länder nicht bindend sind.

Zuversicht bei KVAE-Treffen

Es geht um die gegenseitige Ankündigung und Beobachtung von Manövern / Signale Moskaus

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die letzte und entscheidende Sitzungsrunde der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) hat gestern in Stockholm begonnen. Bis zum 19. September müssen die Delegationen aus 33 europäischen Ländern aus Ost und West sowie den USA und Kanada ein Schlußdokument fertigen, wenn die KVAE nach rund dreißig Monaten Arbeit nicht ergebnislos scheitern soll. Alle Seiten äußerten kurz vor Beginn der 12. Verhandlungsrunde vorsichtigen Optimismus, nachdem die Sowjetunion in der voraufgegangen 11. Sitzungsperiode im vergangenen Juni Bereitschaft zu Zugeständnissen signalisiert hatte.

Positives Signal für Ost-West-Beziehungen?

Die KVAE hatte ihr Verhandlungsmandat vor mehr als drei Jahren von der damals in Madrid tagenden KSZE-Folgekonferenz erhalten, die in periodischen Abständen überprüfen soll, welche Fortschritte nach Abschluß der KSZE-Schlußakte von Helsinki für den Entspannungsprozeß in Europa erreicht worden sind. Die Stockholmer KVAE verfolgt das Ziel, die Ankündigung von militärischen Manövern von einer bestimmten Truppenstärke an in Ost- und Westeuropa zur Pflicht zu machen und durch obligatorische Übungsbeobachter sowie Verdachtskontrollen vor Ort allmählich das Klima politischen Mißtrauens abzubauen. Das Ergebnis der Stockholmer Konferenz soll der am 4. November in Wien beginnenden nächsten KSZE-Nachfolgekonferenz vorliegen und dann, wenn möglicherweise ein Abschlußdokument über vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Streitkräfte verabschiedet ist, ein positives Signal für den Stand der West-Ost-Beziehungen geben.

Bonns KVAE-Delegationsführer, Botschafter Klaus Citron, äußerte gestern im Deutschlandfunk zum Auftakt der letzten Sitzungsrunde eine „gewisse Zuversicht" und nannte es möglich, daß ein Konferenzergebnis erzielt werde. Sollte es dazu kommen, würde das nach Citrons Worten bedeuten, daß „vom 1. Januar nächsten Jahres an alle größeren militärischen Aktivitäten angekündigt, beobachtet und bei Bedarf auch inspiziert werden können". Auch die Sowjetunion, die sich von Beginn der Konferenz an gegen Kontrollen vor Ort gewandt hatte und diese als Spionage abtat, hat sich nach den Worten Citrons vor kurzem dazu im Grundsatz positiv geäußert. Es komme jetzt in der letzten Verhandlungsrunde darauf an, dafür Modalitäten zu vereinbaren, die „diese Inspektionen wirklichkeitsnah" werden lassen, sagte der Botschafter.

In einer Erklärung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zur jüngsten Rede des KP-Generalsekretärs Gorbatschow hieß es, notwendig sei, daß an allen Verhandlungstischen in Genf, Wien und Stockholm die westlichen und sowjetischen Vorschläge einander angenähert und möglichst in Übereinstimmung gebracht würden. Dazu aber stünden wichtige Antworten der Sowjetunion noch aus.

NATO: Austausch von Daten ist nötig

Ähnlich lautete eine Erklärung des Weißen Hauses aus dem kalifornischen Santa Barbara, wo US-Präsident Reagan Urlaub macht. Mit Hilfe sowjetischer Zusammenarbeit werde es möglich sein, im September ein KVAE-Abschlußdokument zu vereinbaren, wodurch ein Kriegsrisiko in Europa, das aus Fehleinschätzungen herrühre, gemindert würde.

Eine Abschlußvereinbarung muß nach Ansicht der NATO-Staaten einen zuverlässigen Austausch wesentlicher Daten der in Europa stationierten Land- und Luftstreitkräfte der KVAE-Staaten versprechen, darüber hinaus eine jährliche Vorankündigung von Manöveraktivitäten aller Seiten, die Verpflichtung zur Inspektion vor Ort in Zweifelsfällen sowie den obligatorischen Austausch von Manöverbeobachtern.

USA gehen über die Grenzen von SALT 2 hinaus

AP, Washington

Die US-Luftwaffe hat damit begonnen, ihren 131. Langstreckenbomber für die Aufnahme von Marschflugkörpern umzurüsten und damit die im SALT-2-Vertrag mit der Sowjetunion vereinbarte Obergrenze strategischer Atomrüstung überschritten. Im Mai hatte US-Präsident Reagan angekündigt, er werde sich längerfristig nicht mehr an das Abkommen halten, das von den USA nicht ratifiziert worden ist.

Der Vertrag sieht vor, daß beide Supermächte nicht mehr als 1320 strategische Waffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen aufstellen dürfen. Da die USA jetzt über 131 Bomber mit Cruise Missiles verfügen, haben sie 1321 Waffensysteme, die die Sowjetunion erreichen können. Die von Reagan angekündigte Verschrottung zweier Unterseeboote ist bisher nicht durchgeführt worden. Sie sollte das strategische Atomwaffenarsenal der USA zunächst unter der SALT-2-Grenze halten.

20 Tote bei Bombenanschlag

rtr, Teheran

Bei einem Bombenanschlag während des morgendlichen Berufsverkehrs im Zentrum der iranischen Hauptstadt Teheran sind gestern mindestens zwanzig Menschen getötet und zahlreiche verletzt worden. Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA meldete, „Agenten des Imperialismus" seien für den Anschlag verantwortlich. IRNA erinnerte daran, daß durch „den von den USA unterstützen Staatsstreich" am 19. August 1953 der Schah wieder an die Macht gekommen war.

Die Rufe nach Zias Rücktritt werden lauter

AP, Islamabad

Die Kraftprobe zwischen Staatsmacht und Opposition in Pakistan spitzt sich weiter zu. Nach den schweren Ausschreitungen vom Montag, bei denen neun Menschen starben, rief die vereinigte Opposition gestern zu neuen Kundgebungen gegen die Regierung und den Staatspräsidenten, General Zia ul-Haq, auf. Die Opposition hat angekündigt, daß sie die Aktionen so lange fortsetzen werde, bis Zia zurücktrete und freie Wahlen zulasse.

Oppositionssprecher Salman Taseer sprach von „politischer Verzweiflung" der Regierung. „Sie haben die politische Schlacht verloren und greifen nun auf Gewalt und Brutalität zurück", sagte Taseer. Heftige Auseinandersetzungen gab es am Montag in den südlichen Provinzen Pakistans. Demonstranten setzten zahlreiche Behörden-, Bank- und Geschäftsgebäude in Brand und legten vielerorts den Straßen- und Schienenverkehr lahm. Eisenbahnbeamte in Karachi sagten, am Montag sei der Zugverkehr von und nach der größten Stadt des Landes völlig zum Erliegen gekommen. Wegen der Unruhen verlängerte die Regierung der südostpakistanischen Provinz Sind die Schul- und Universitätsferien bis zum 2. September.

Die größte Demonstration fand in Lahore statt, wo an die 10 000 Menschen den Rücktritt des Präsidenten Zia ul-Haq, freie Wahlen und die Freilassung der Oppositionsführerin Benazir Bhutto forderten.

China: 60 Millionen unter Armutsgrenze

AFP/dpa, Peking

60 Millionen Chinesen haben ein Einkommen von weniger als 40 Dollar im Jahr und leben damit unter der offiziellen Armutsgrenze. Vor fünf Jahren seien es noch 70 Millionen gewesen, hieß es jetzt bei der ersten nationalen Konferenz zum Thema wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in den Armutsregionen. Offenbar soll nun statt der bisherigen staatlichen Nothilfe die Wirtschaft in den ärmsten, zumeist ländlichen Gebieten stärker entwickelt werden. Bis 1990 sind im Staatsbudget für die Entwicklung dieser Regionen rund 500 Millionen Mark vorgesehen.

Hakenkreuze auf Zionisten-Gräbern

dpa, Jerusalem

Die Gräber der Begründer des Zionismus und des jüdischen Staates in Jerusalem sind mit Hakenkreuzen beschmiert worden. Schwarz gemalte Nazi-Symbole wurden unter anderem auf dem Grab des ehemaligen Staatspräsidenten Schazar entdeckt. In der Nähe tauchten Parolen der ultraorthodoxen und antizionistischen „Kesbet"-Gruppe auf, die den israelischen Staat grundsätzlich ablehnt.

Der Vatikan schuf einen „Fall Küng" in Amerika

wth. Washington

In einer aufsehenerregenden Entscheidung hat der Vatikan einem der angesehensten und zugleich umstrittensten amerikanischen Moraltheologen den Lehrauftrag an der katholischen Universität in Washington entzogen. Der 52jährige Charles Curran ist der erste amerikanische Theologe, der auf diese Weise vom Vatikan diszipliniert wurde. „Angesichts Ihrer wiederholten Weigerung, die Lehrmeinung der Kirche zu akzeptieren, betrachten wir Sie nicht länger als geeignet, die Funktion eines Professors der katholischen Theologie auszuüben", heißt es in einem von Kardinal Ratzinger unterschriebenen Brief des Vatikans. Curran ist besonders bei seinen Studenten ein populärer Priester und Lehrer gewesen.

Die seit 1979 andauernde Auseinandersetzung hat innerhalb der katholischen Kirche in den USA eine deutliche Kluft zwischen dem liberalen und dem konservativen Flügel aufgerissen. Die jüngste Entscheidung des Vatikans dürfte diese Spannungen noch weiter verschärfen.

Umstrittene Sexualethik

Die Auseinandersetzung konzentriert sich vorrangig auf sexualethische Fragen. Curran hat immer wieder die Meinung vertreten, daß der Widerstand der katholischen Kirche gegen Scheidung, Geburtenkontrolle, Schwangerschaftsabbruch und Homosexualität nicht absolut sein dürfe und das Ausnahmen möglich sein sollten. Diese sexualethischen Entscheidungen des Vatikans fielen nicht unter das Prinzip der Unfehlbarkeit und deshalb müsse einem Theologen Dissens in dieser Frage erlaubt sein, argumentierte Curran.

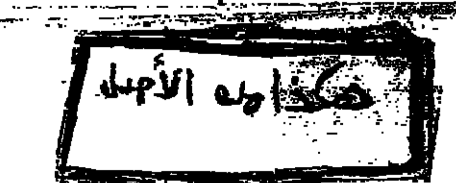
Der Vatikan hatte Curran im März dieses Jahres nach Rom eingeladen und ihm mitgeteilt, daß seine Ansichten in sexualethischen Fragen unakzeptabel seien. Da Curran sich weigerte, sie zurückzuziehen oder zu korrigieren, war seine Entlassung als Theologie-Professor absehbar. Sie traf Curran deshalb nicht überraschend. Er erklärte gestern: „Ich bleibe bei meinem Glauben und ich bleibe katholischer Priester." Es ist zur Stunde noch ungewiß, ob Curran in anderer Funktion weiter an der katholischen Universität bleiben kann oder will.

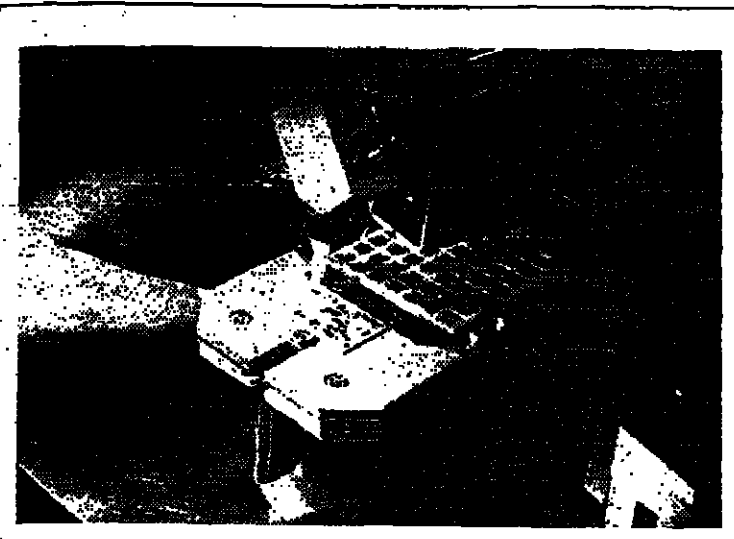
Schriften sind Ankläger

Der Vatikan hatte Curran bereits 1979 eine 16seitige Liste mit „Irrtümern und Abweichungen" in seinen Schriften zugesandt und ihn zum Widerruf aufgefordert. Kardinal Ratzinger ließ Curran in seinem gestern veröffentlichten Entlassungsschreiben wissen, „Ihr einziger Ankläger in dieser Affaire sind Ihre Schriften".

Der katholische Bischof von Chicago, Kardinal Bernadin, hatte in den letzten Monaten vergeblich versucht, einen amerikanischen „Fall Küng" zu verhindern und einen Kompromiß zwischen Curran und dem Vatikan zu finden. Curran war lange Jahre Präsident der „Katholischen Theologischen Gesellschaft Amerikas" und besitzt in der amerikanischen katholischen Kirche eine große Anhängerschaft.

Einer dieser Anhänger, Professor Richard McBrien, Präsident der theologischen Fakultät der Universität Notre Dame, betrachtet den „Fall Curran" als den bisher größten Schnitzer des Vatikans im Umgang mit der katholischen Kirche Amerikas. Der direkte Vorgesetzte Currans, der Washingtoner Erzbischof Hickey, stellte sich dagegen voll hinter die Entscheidung des Vatikans.





Unternehmen der Spitzentechnologie in Großbritannien und Frankreich sehen in dem Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften ein Hindernis für die weitere Expansion. Besonders stark sei der Fachkräfte-Mangel im Computer-Bereich. (S. 10) FOTO: MANFRED VOLLMER

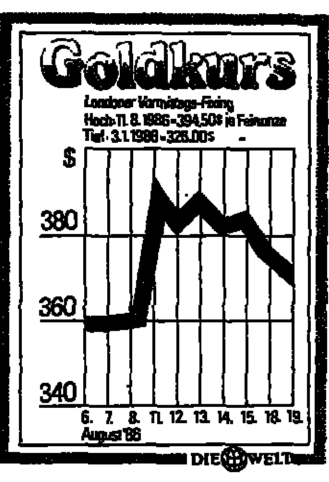
WELTWIRTSCHAFT

USA: Das Bruttosozialprodukt stieg im zweiten Quartal - berichtigt – nur noch um 0,6 Prozent. Die industrielle Kapazitätsauslastung hat sich im Juli um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat verringert und betrug damit 78,2 Prozent.

Frankreich: Um 2,3 Prozent nahm die Industrieproduktion von Mai bis Juni zu.

Finanzskandal: In Kenia mußten gleich zwei Banken in den vergangenen Wochen wegen akuter Liquiditätsrisiken schließen.

FÜR DEN ANLEGER



Frankfurt: Die Zentralbankgeldmenge ist im Juli um 1,5 Mrd. DM gestiegen.

Bremer Vulkan: Das Land Bremen wird den größten Teil seines MBB-Pakets bei der Werft einbringen. Damit soll eine engere Kooperation beider Unternehmen ermöglicht werden. (S.11)

Tokio: *Die Hausse bringt immer* weitere Kursrekorde. Die Stock Exchange wird ihre Börsenzeiten um eine halbe Stunde verkürzen. (S. 10)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 284,11 (279,62); Chemie: 164,29 (160,25); Elektro: 335,03 (329,55); Auto: 742,97 (731,63); Maschinenbau: 153,11 (151,11); Versorgung: 166,40 (164,41); Banken: 430,03 (422,44); Warenhäuser: 171,99 (169,83); Bauwirtschaft: 502,71 (502,63); Konsumgüter: 186,64 (184,73); Versicherung: 1537,49 (1520,89); Stahl: 160,24 (159,73).

Nachbörse: Weiter fest.

MÄRKTE & POLITIK

Aufkauf: Nachdem der US-Konzern Textron sein Angebot auf 1,03 Mill. Dollar erhöht hatte, nahm Ex-Cell-O, Zulieferer der Raumfahrtindustrie, dessen Übernahmeangebot an.

Handel: Die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe erwartet auch für das zweite Halbjahr eine günstige Preisentwicklung. (S. 11)

„DDR“: Die neuentwickelten „Simson-Motorroller“ werden ein Verkaufsschlager, teilte der Generaldirektor des Kombinats für Zweiräder mit.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	18. 8. 86	15. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0.15 g Bleigehalt	185,50	184,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	124,50	123,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	66,50	62,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Versicherungen: 1985 nahmen die Versicherer in der Bundesrepublik insgesamt 107,9 Mill. DM aus den Beiträgen ihrer Kunden ein, etwa 11,5mal soviel wie 1960. (S. 11)

Allianz: Die australische Tochter wurde *ohne Nennung* einer Kaufsumme verkauft.

Werften: Die Nobiskrug GmbH hat beim Amtsgericht Vergleich beantragt.

NordLB: Die Inflation wird sich nach Ansicht der Bank beschleunigen. (S. 11)

Autovermietung: Avis Europe will sich um die Einführung ihrer Aktien an der Londoner Börse bewerben.

Bayer: Der Chemiegigant will die *Mehrheit an dem chemisch-me*tallurgischen Unternehmen Hermann C. Starck übernehmen.



Airbus: Die europäische Airbus Industrie hat in der ersten Hälfte dieses Jahres für 63 Flugzeuge von neun internationalen Luftverkehrsgesellschaften Festaufträge erhalten. (S. 10)

NAMEN

München: Gerd Tacke, von 1968 bis *1971 Vorstandsvorsitzender* der Siemens AG, wird heute 80 Jahre alt. Tacke trat 1932 bei Siemens ein und wurde 1951 in den Vorstand berufen. Von 1972 bis 1978 war er im Aufsichtsrat.

Frankfurt: Als Leiter der Repräsentanz der Deutschen *Bundes*bank in New York, die noch im September eröffnet werden soll, ist Bundesbankdirektor Stefan Schönberg vorgesehen.

WER SAGT'S DENN?

Fortschritt allein ist noch keine Leistung, es kommt auf die Richtung an.

Jean Giono

Steuerreform bringt deutlich mehr als 20 Milliarden Mark Entlastung

Stoltenberg: Abbau der Grenzsätze vor allem für mittlere Einkommen dringlich

ARNULF GOSCH, Bonn

Die für die kommende Legislaturperiode vorgesehene „weiterreichende“ Steuerreform wird zu Steuerausfällen von etwa 40 Milliarden Mark führen, erklärte Bundesfinanzminister *Gerhard Stoltenberg gestern* vor der Presse in Bonn. Dabei sollen die „echten Steuerentlastungen“ deutlich spürbar über 20 Milliarden Mark liegen. Die steuerpolitischen Vorschläge der SPD wurden von Stoltenberg als eine „Weichenstellung in die falsche Richtung“ zurückgewiesen.

Wie Stoltenberg im einzelnen erklärte, bestehe über die Grundsätze der Steuerreform, die wahrscheinlich in *zwei Stufen* realisiert würde, bereits heute zwischen den Koalitionsfraktionen Einvernehmen. Eine Reihe von Einzelpunkten sei noch näher zu präzisieren, insbesondere auch mit den unionsgeführten Ländern.

Gemeinsames *Ziel* sei die Verwirklichung eines linear-progressiven Tarifs. Der damit verbundene Abbau einer weit überhöhten Grenzbelastung sei vor allem für die mittleren Einkommensgruppen (Facharbeiter, Angestellte und Beamte und für die Selbständigen) von besonderer Dringlichkeit. Nicht zuletzt habe diese Grenzbelastung zu einem Ausweichen in die „Untergrundwirtschaft“ geführt. Hinzu kommen soll nach Stoltenberg insbesondere eine Erhöhung der Grund- und Kinderfreibeträge. Der Bundesfinanzminister widersprach damit eindeutig seiner niedersächsischen *Amtskollegin Birgit* Breuel, die sich um die Monatswende in Bonn noch für einen Verzicht auf alle Freibeträge ausgesprochen hatte.

Im Rahmen der Reform ist auch die Abschaffung der Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer vorgesehen, um die Bundesrepublik international als Zentrum moderner Dienstleistung attraktiv zu machen. Im Vordergrund der Neuordnung der Unternehmenssteuern sollen ferner die Reform der Körperschaftsteuer und eine weitergehende Entlastung bei der Betriebs*vermögensteuer stehen. Inwieweit* die Gewerbesteuer einbezogen werden könne, sei vor allem auch mit den Bundesländern und den *kommuna*len Spitzenverbänden zu erörtern.

Die Beratungen über eine Absenkung des Spitzensteuersatzes sind innerhalb der CDU/CSU noch nicht abgeschlossen. Er, Stoltenberg, hält aber eine solche Absenkung für erforderlich. Eine Anhebung einzelner indirekter Steuern will der Minister von vornherein nicht ausschließen. Die Eckwerte der Reform sollen möglichst schon zu Beginn der neuen Wahlperiode in den Koalitionsgesprächen *vereinbart werden können*, damit die Gesetzgebung relativ kurze Zeit danach eingeleitet werde.

Harte Kritik übte Stoltenberg an den Vorstellungen der SPD zur Finanz- und Steuerpolitik. Sie sei grundsätzlich gegen eine Absenkung der Steuerquote, weil sie sich den *Spielraum für hohe Staatsausgaben* erhalten wolle. Die SPD sei auch „sehr schöpferisch“ bei der Erfin*dung immer neuer Ansatzpunkte* für Steuererhöhungen. Offensichtlich habe sie den Zusammenhang von niedrigeren Steuertarifen und von steigenden, Arbeitsplätze schaffenden privaten Investitionen nicht verstanden. Eine Verwirklichung ihrer Konzeptionen würde zu bedrohlichen Investitionsverlagerungen aus der Bundesrepublik führen.

Hartes Ringen um bleifreies Benzin in Brüssel

Ha. Brüssel

Die Bundesregierung wird keinen leichten Stand haben, die EG-Partner von der Notwendigkeit eines sofortigen Verbots von bleihaltigem Normalbenzin zu überzeugen. Brüsseler Experten räumen allerdings ein, daß es bei der Interpretation der einschlägigen Gemeinschaftsrichtlinie auch Ermessensfragen gebe. Die erst zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretene EG-Regelung verpflichtet die Mitgliedstaaten, spätestens vom Oktober 1989 an *unverbleites Benzin anzu*bieten, schreibt jedoch gleichzeitig vor, daß „auf ihrem Hoheitsgebiet verbleites Benzin in ausgewogener Streuung zur Verfügung steht“.

Daneben wird in dem Text festgehalten, daß die Regierungen aus Gründen des Blei- oder Benzolgehalts den freien Verkehr und die freie Vermarktung von Benzin nicht verhindern oder begrenzen dürfen.

Vermutlich wird sich Bonn darauf berufen, daß in der EG-Bestimmung nicht zwischen Normal- und Superkraftstoff unterschieden wird. Ein Verbot des verbleiten Normalbenzins würde in- und ausländischen Käufern immerhin noch die Möglichkeit geben, auf das freilich teurere Superbenzin auszuweichen.

Noch schwieriger dürfte es sein, die von Bonn beantragte Ausnahmegenehmigung unter dem Gesichtspunkt des freien Warenverkehrs zu würdigen. Bonn müßte den Nachweis *erbringen, daß zwingende umweltpo*litische Gründe das Verkaufsverbot rechtfertigen. Warum aber hat die Bundesregierung dann dem EG-Kompromiß zugestimmt? Können auch andere Partner von der vereinbarten Regelung wieder abrücken?

Das Thema dürfte jedenfalls auf der Tagesordnung stehen, wenn die Umweltminister im September wieder in Brüssel zusammenkommen. Daneben wird die Diskussion über die zulässigen Emissionswerte von Dieselmotoren stehen. Auch hier ge*hen die Ansichten noch auseinander.*

AUF EIN WORT



»Es muß zum Selbstverständnis dieser Industrienation gemacht werden, daß Werbung eine wesentliche Quelle ihres Erfolges ist.«

Jürgen Schrader, Präsident des ZAW – Zentralausschuß der Werbewirtschaft, Bonn. FOTO: DIE WELT

Börsen machen Sprung nach oben

DW. Bonn

Die Umsätze an den deutschen Aktienmärkten haben sich am Dienstag nach dem recht freundlichen Wochenbeginn sprunghaft erhöht. Der WELT-Aktienindex stieg auf 284,11 (279,62). Durch lebhafte In- und Auslandskäufe hat sich die Hausse weiter *verstaerkt. Sie wird getragen von* Zinshoffnungen. So glauben die Börsianer, daß der Zentralbankrat im September *zumindest* den *deutschen* Lombardsatz zurücknehmen wird. Außerdem ist am Devisenmarkt doch eine gewisse Beruhigung zu registrieren. So wird spekuliert, daß der Dollarsturz bald beendet ist und die US-Währung nicht unter zwei Mark fallen wird. In Frankfurt wurde der Dollar mit 2,0705 (2,0628) Mark notiert.

Hohe Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt

sas. Bonn

Fast ein Drittel der insgesamt etwa *22 Millionen Arbeitsplätze in der* Bundesrepublik wird innerhalb eines Jahres neu besetzt. 6,5 bis 7,2 Millionen *sozialversicherungspflichtige* Beschäftigungsverhältnisse werden jährlich begonnen und zwischen 6,1 und 6,7 *Millionen* beendet. Diese beeindruckenden Zahlen gehen aus der Untersuchung „Die Fluktuation in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung“ hervor, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit für die Jahre 1976 bis 1981 erstellt wurde.

Der überwiegende Teil der Ein- und Austritte führt im Jahresverlauf *nicht zu einer Veränderung* des Beschäftigungsniveaus, sondern ist Bestandteil der Personalfluktuation. In knapp einem *Drittel der Fälle* wechseln die Arbeitnehmer innerhalb von wenigen Tagen von Arbeitgeber zu Arbeitgeber, ohne arbeitslos zu werden. Damit werde aber nur ein Teil der zwischenbetrieblichen Mobilität erfaßt, heißt es in der IAB-Studie.

Würde die Übergangsfrist nur von sieben auf 14 Tage ausgedehnt, entfielen bereits 36 anstatt 31,5 Prozent der Einstellungen auf Betriebswechsel. Das IAB verweist auf die Bedeutung dieser Größenordnung, da die Einstellung eines den Betrieb wechselnden Arbeitnehmers auch bedeute, daß Arbeitslose entweder keine Möglichkeit zur Bewerbung hatten oder *abgelehnt* wurden.

Insgesamt ist das Fluktuationsverhalten im Zeitablauf relativ stabil geblieben, meinen die IAB-Forscher. Die meisten Ein- und Austritte finden sich im verarbeitenden Gewerbe sowie in den saisonabhängigen Wirtschaftszweigen wie Land- und Forstwirtschaft und Baugewerbe, wo verstärkt Aushilfskräfte eingesetzt werden. Am niedrigsten ist die Fluktuation dagegen im Bereich Bergbau und Energie, wo nur etwa zehn Prozent der Arbeitsplätze jährlich neu besetzt werden.

Krankenhäuser treiben die Beiträge

Ortskrankenkassen denken über zweite Erhöhung der Sätze noch 1986 nach

tl./D. P. Bonn

Die Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibt in der Diskussion. Noch in diesem Jahr stehen möglicherweise weitere Anhebungen des Beitragssatzes zur Krankenkasse bevor. Der Bundesvorsitzende der Ortskrankenkassen, Wilhelm Heitzer, begründete dies mit anhaltenden Ausgabensteigerungen bei den Kasssen. Für 1986 sei wie für das letzte Jahr mit einem Fehlbetrag von einer Milliarde Mark zu rechnen. Erst Anfang dieses Jahres waren die Krankenkassenbeiträge um durchschnittlich *0,35 Prozent* von 11,85 auf rund 12,2 Prozent erhöht worden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer mußten 2,7 Milliarden Mark zusätzlich an die Kassen zahlen.

Hauptkostentreiber seien *in* diesem Jahr nicht die Ärzte und Zahnärzte, sondern die Krankenhäuser, sagte Heitzer. Schon vor wenigen Wochen war es zu einer Kontroverse zwischen den Spitzenverbänden der Gesetzlichen Krankenversicherung und dem Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Dr. Klaus Prößdorf, über die aktuellen Pflegesatzverhandlungen gekommen. Prößdorf hatte die An*bindung der Leistungsausgaben* für Krankenhauspflege an den Grundlohnsummenanstieg – nach Meinung *der Kassen eine Empfehlungsverein*barung aus der Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen – als „völlig abwegige und tollkühne Interpretation“ der Beschlüsse bezeichnet.

Pflegesatzsteigerungen von sechs und mehr Prozent würden nach Meinung der Kassen die Mehreinnahmen durch die Grundlohnsteigerung zu über 50 Prozent abschöpfen. Die Kassen gingen nach den Gesprächen der Konzertierten Aktion davon aus, daß sich nur ein Anstieg aller Leistungsausgaben von 3,25 Prozent ergäbe.

In der Abteilung V des Bundesarbeitsministeriums laufen derweil die Vorbereitungen für eine Strukturreform in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Bis heute will der Abteilungsleiter für Gesundheitssicherung und Gesetzliche Krankenversicherung von den zuständigen Referaten den erforderlichen Reformbedarf in vierzehn Punkten festgestellen: Vom *Krankenhaus über die Krankenversi*cherung der Rentner bis zum vertrauensärztlichen Dienst.

In einem vorgeschalteten Verfahren sollen auch der Zeitplan und das weitere Verfahren *für die* Strukturreform festgelegt werden. Kassenverbände, Länder, Anbieter, Sozialpartner und Sozialgerichtsbarkeit sollen sich dann im Herbst gegenüber dem Bundesarbeitsministerium grundsätzlich zur Reform äußern. Denn – so die Folgerung: eine bloß „interne“ Vorbereitung führt im Frühjahr 1987 zu zeitlichen Verzögerungen.

Mangel ja, aber?

Wb. – Den akuten Mangel an hochqualifiziertem Personal und Tausende unbesetzbarer Akademiker- und Techniker-Arbeitsplätze macht die „Financial Times“ in *Großbritannien* aus. *Und ihr* Schluß, daß sich dieses Defizit als Wachstumsbremse ausgerechnet in den expansivsten Wirtschaftszweigen auswirkt, ist zweifellos richtig.

Auch in der Bundesrepublik werden immer wieder Klagen einzelner Unternehmer laut, daß nur der Mangel an qualifizierten Kräften das Wachstum begrenzt habe. Das Szenario, vor dem solche Klagen *erhoben werden, sieht indessen völ*lig anders aus als jenseits des Kanals:

Denn was *fehlt*, sind Spitzen-Facharbeiter, die die Unternehmen selbst heranzüchten müssen. Denn einen Mangel an Akademikern gibt es nur punktuell. Was immer wieder fehlt, sind erfahrene Kräfte, Indiz, daß die Ausbildung auf den Fortschritts-Feldern nicht rechtzeitig in Angriff genommen wurde.

Denn die deutsche Wirtschaft, vertreten durch ihre (Branchen-) Verbände, versucht seit langem, durch rechtzeitige Information und Öffentlichkeitsarbeit die Studienanwärter auf absehbare Arbeitsmarktlücken hinzuweisen; nicht ohne Erfolg, wie eine Frühwarn-Aktion im Bereich der Elektroingenieure gezeigt hat. Denn Wirtschaft und Staat (Bundesanstalt) mobilisieren *gemeinsam das Potential* der Hochqualifizierten mit unverkäuflicher Fachausrichtung.

Dennoch gibt es natürlich in den expansivsten Bereichen rund um die Elektronik, aber auch auf anderen „High-Tech“-Gebieten, personelle Engpässe, kein Wunder bei jährlichen Wachstumsraten von 15 Prozent und mehr. Nur: Gigantische Zahlen offener Stellen kom*men dabei nicht mehr heraus.*

Kostentreiber

tl. – Stehen noch in diesem Jahr höhere Beiträge für die Krankenkasse ins Haus? Die Ortskranken*kassen haben den Schuldigen für* die anhaltende Ausgabenexplosion schon gefunden: die Krankenhäuser. *Der Bundesregierung mit dem* verantwortlichen Sympathieträger Norbert Blüm würde ein erneuter Anstieg – die *letzte* Anhebung zu Jahresbeginn ist noch nicht vergessen – so kurz vor den Wahlen überhaupt nicht passen. Als Resultat würde der anhaltende Aufschwung etwas von seinem Lack verlieren: Lohnnebenkosten steigen mehr, Realeinkommen steigen weniger. Um das zu verhindern hat Blüm einiges versucht. Die Ärzte merkten es am Honorar und bei der Niederlassungsfreiheit, die Pharmaindustrie rang sich zu einem wirksamen Preisappell durch. Daß die Krankenhäuser, bei den laufenden Pflegesatzverhandlungen in die Vollen gehen – extreme Forderungen lagen bei 30 Prozent – und alle Absprachen der Konzertierten Aktion über Bord werfen, bleibt wohl nicht nur *dem Arbeitsminister ein Rätsel.*

Der Osthandel lahmt

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Trittbrettfahrer haben es auf die Dauer schwer, merkte kürzlich ein deutscher Osthändler sarkastisch an. Er spielte dabei auf den *Umstand an, daß die Sowjetunion*, der größte Ölproduzent, gut zehn Jahre lang von der Preispolitik der Opec kräftig profitiert hat, jetzt aber gleichermaßen unter dem Preisverfall auf den internationalen Märkten leidet. Darunter leidet aber auch der deutsche Osthandel, heißt es gemeinhin. Immerhin entfällt auf den Warenaustausch mit der Sowjetunion immer noch mehr als die Hälfte dessen, was mit allen europäischen Staatshandelsländern abgewickelt wird. Und die Lieferungen der Sowjetunion in die Bundesrepublik bestanden im vergangenen Jahr *noch* zu 83 Prozent aus Erdöl, Ölprodukten und *Erdgas*.

Der Osthandel, vor allem der Warenaustausch mit der Sowjetunion, ist in diesem Jahr gesunken. Nicht nur wegen des *Ölpreisverfalls. Gesucht* werden neue Formen der Zusammenarbeit.

Kein Wunder also, daß die Bezüge aus der Sowjetunion in diesem Jahr, verglichen mit der gleichen Zeit 1985, um 17,9 Prozent auf 5,4 Milliarden Mark gesunken sind, nachdem bereits 1985 ein Rückgang um 5,2 Prozent registriert wurde. Allerdings nahmen auch die Käufe der Sowjets bei der deutschen Wirtschaft in den ersten *sechs Monaten dieses Jahres um 8,5* Prozent auf 4,9 Milliarden Mark ab, nachdem sie 1985 um 2,2 Prozent *abgenommen hatten.*

Ob hier tatsächlich ein so stringenter Zusammenhang mit den Ölpreisen besteht, ist fraglich. Immerhin erzielt die Sowjetunion im Handel mit der Bundesrepublik weiter recht beachtliche Überschüsse. Sicher dürfte die Ölpreisentwicklung die Planwirtschaftler zu einer gewissen Vorsicht veranlaßt haben. Für die Kaufzurückhaltung, die für *den Beginn einer neuen Planperio*de sonst unüblich ist, dürfte aber ebenso entscheidend gewesen sein, daß *die Diskussion* über die Prioritäten der sowjetischen Wirtschaftspolitik noch nicht abgeschlossen ist. Zwar wurde der neue Plan im Sommer abgesegnet. Aber manches muß noch ausgefüllt werden.

Zwar verbirgt sich hinter dem Schlagwort von der Modernisie*rung der Wirtschaft der Umstand*, daß die Ersatzinvestitionen gegenüber der Erweiterung und damit auch dem Kauf *schlüsselfertiger* Anlagen an Gewicht gewinnen sollen. Was das jedoch konkret bedeutet, wann was realisiert werden soll, das muß noch festgelegt werden. Und über manches, was jetzt wie die Dezentralisierung der Entscheidung oder dem Ausbau des agroindustriellen Komplexes diskutiert wird, wurde auch schon früher gesprochen, ohne daß sehr viel geschah, allein weil die politischen Konsequenzen schreckten.

*Und Tschernobyl dürfte die Un*sicherheit der Planer zusätzlich geschürt haben, nicht nur für die Energieversorgung. Schwer *kalku*lierbar bleibt der Einfluß auf die Ernte. Allerdings profitiert Moskau bei den Getreidekäufen nicht nur von dem Umstand, daß sich EG und USA die Preise wechselseitig in den Keller treiben, sondern im Gegensatz zum Erdöl auch von dem Kursrückgang des US-Dollar. Außerdem nutzen die Staatsbanken gegenwärtig die günstigen internationalen Kreditmöglichkeiten.

Das alles macht die Wachstumsdelle im Warenaustausch mit der Sowjetunion er*klärlich*. Allerdings rechnet der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, damit, daß die Schwäche über den gesamten Fünfjahresplan gesehen überwunden werden kann. Denn die deutschen Firmen haben mit ihrer Fähigkeit, „maßgeschneiderte Anzüge zu liefern“, gerade bei der Modernisierung *einen* Wettbewerbsvorsprung. Allerdings meint er auch, daß die normalen Handelsbe*ziehungen allmählich an die Decke* stoßen, daß über andere Formen der Zusammenarbeit nachgedacht werden müßte.

Eine Neuorientierung der technischen Kooperation bishin zu Joint-ventures mit westlichen Firmen? Auch nach den Ankündigungen Gorbatschows scheint hier etwas in Bewegung gekommen zu sein, möglicherweise aus der Ein*sicht, daß der Verkauf von Rohstof*fen gegen die Einfuhr von Investitionsgütern, wie sich beim Erdöl gezeigt hat, nicht sehr zukunftsträchtig ist, jedenfalls aus der Sicht der Sowjets. Und technologisch, also bei Fertigwaren, haben sie auf dem Weltmarkt nicht sehr viel zu bieten.

Für den Westen bleibt das militärische Problem. In diesem Bereich ist auch die Haltung der deutschen Wirtschaft *eindeutig: Was der so*wjetischen Rüstung dient, wird nicht geliefert. Die Abgrenzung ist *schwierig. Trotzdem bleiben noch* Möglichkeiten. Fraglich ist aber, in welchem Maße sich Moskau tatsächlich neuen Formen der Zusammenarbeit öffnen will, ob nicht wieder die Konsequenzen schrecken. Erst wenn darüber mehr Klarheit besteht, kann die Durststrecke im *Osthandel überwunden werden.*

Börse Tokio auf Rekordjagd

Nikkei-Index kletterte in diesem Jahr um 38 Prozent

FRED de LA TROBE, Tokio

Während der stürmischen Hausse an der Börse von Tokio in den letzten acht Tagen sind immer neue Kursrekorde gefallen. Der Nikkei-Dow-Jones-Index schnellte gestern auf 18 792,6 empor, von 17 479 am Dienstag der Vorwoche. Dabei ist diese Jahreszeit, in die das traditionelle Totenfest und die Hauptferienperiode fällt, normalerweise durch einen ruhigen Geschäftsverlauf gekennzeichnet. Seit Anfang dieses Jahres hat sich der Index inzwischen um nicht weniger als 38 Prozent erhöht.

Auch die Umsätze schwollen auf einen ungewöhnlichen Umfang an. Während der letzten Woche lagen sie an drei Tagen deutlich über eine Milliarde Aktien, obwohl weniger Händler als vorher am Markt waren. Als Anleger traten in erster Linie Banken und Investmenttrusts, aber auch Versicherungsgesellschaften, individuelle Käufer und vermehrt auch wieder ausländische Interessenten auf.

Der Anstoß zu der hektischen Aufwärtsbewegung in Tokio war die *Kurserholung an der Wall Street*. Grundsätzlich ist aber die sehr hohe Liquidität am japanischen Geld- und Kapitalmarkt für das spektakuläre Steigen der Kurse verantwortlich. Das Angebot an Mitteln übersteigt die Nachfrage der Kreditsuchenden noch bei weitem. Daneben spielten die Erwartungen auf das von der Regierung für den September angekündigte Stimulierungsprogramm eine Rolle. Drei Milliarden *Yen sollen für staatliche* Bauprojekte aufgewendet werden, und eine weitere Senkung des Diskontsatzes, der jetzt bei 3,5 Prozent steht, wird erwogen.

Der Yen, dessen Höhenflug in den letzten Monaten die japanische Exportindustrie verunsicherte, blieb in der letzten Woche bei ungefähr 153 zum Dollar unverändert. Unbeachtet von den Anlegern blieb die Verschlechterung der technischen Situation des Marktes: Die ausstehenden Salden aus Kreditkäufen sind erneut auf Rekordhöhe gestiegen. Auch der neue Höchststand an Insolvenzen in der Industrie konnte den Börsenverlauf nicht merklich beeinflussen. Das verlangsamte Konjunkturtempo und die ungewissen Wirtschaftsaussichten konnten bei den Anlegern ebenfalls keinerlei Zurückhaltung auslösen. Infolge der eher düsteren Aspekte haben die Anlageinvestitionen der Unternehmen im 1. Halbjahr 1986 schon um 2,4 Prozent abgenommen.

In den ersten sechs Monaten stagnierte das wirtschaftliche Wachstum, und für dieses Jahr sagen die meisten privaten Beobachter nur einen realen Zuwachs von 2,5 Prozent voraus, während es 1985 noch 4,5 Prozent waren. Die eindrucksvollen Exportüberschüsse geben wegen der zu erwartenden Handelskonflikte mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft auch keinen Anlass zu Optimismus.

Im Juli erreichte der japanische Aktivsaldo 8,2 Milliarden Dollar gegenüber 7,4 Milliarden im Juni. Die Exporte Japans stiegen im Juli um 23,4 Prozent, während die Importe um 0,4 Prozent schrumpften. Mit der geplanten Umstrukturierung der Wirtschaft von ihrer bisherigen Exportorientierung auf größere Abhängigkeit von der Inlandsnachfrage zeichnet sich an der Börse ein wachsendes *Interesse an binnenwirtschaft*lich orientierten Werten ab. Favoriten während der letzten Woche waren Titel der Elektrizitätswirtschaft, der Gasgesellschaften, der Bauwirtschaft und der Chemieindustrie. Auf der Seite der Verlierer waren dagegen in erster Linie Titel der Unterhaltungselektronik, die vom starken Yen am meisten betroffen ist. (SAD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Helmut Schäfer Metallverarb.; **Berlin:** Hoelscherpumpen Berlin GmbH; **Dortmund:** Nachl. d. Klaus Heinrich Karl Reidegeld; **Frankfurt:** Wolfgang Gobbert; **Fürth:** Wohn- u. Kurzentrum Beethoven Betriebsges. mbH; **Gelsenkirchen:** P. u. C. Rohrleitungsbau GmbH, Marl; **Hameln:** Humuswerk Weser-Grabbe GmbH & Co. KG; **Heidelberg:** Nachl. d. Werner August Karl Held; **Idar-Oberstein:** Sudau-Verlags-GmbH, Herrstein; **Koblenz:** E. S. T. GmbH, Lahnstein; **Landshut:** Paul Wackerbauer; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Arthur William Edward Short; **München:** Dr. Pankow Wohnungs- u. Gewerbebau GmbH & Co. KG; **Neuwied:** Reifen Becker GmbH i. L., Dierdorf; Nachl. d. Helmut Wilhelm Bleidt; **Westerstede:** Nachl. d. Luise Auguste Helene Achtzehn geb. Bergerhoff, Bad Zwischenahn; **Winsen:** JAMO Energietechnik GmbH, Marschacht; **Wuppertal:** Nachl. d. Günter Simons.

Computer-Fachleute besonders begehrt

High-Tech-Branchen in England und Frankreich beklagen Mangel an Spezialisten

fu./J. Sch. London/Paris

In Frankreich und Großbritannien leidet die Spitzentechnologie an einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Das zeigt nicht nur der Blick auf die Stellenangebote in der Fachpresse, auch von den einzelnen Unternehmen *und Industrieverbänden* werden Klagen geäußert.

In der französischen Informatik-Branche gibt es nach Auskunft des Branchenverbandes zwar zur Zeit 20 000 Arbeitslose. Dabei handelt es sich aber durchweg um Jugendliche mit geringer Qualifikation. An hochspezialisierten Spitzenkräften dagegen könnten die Unternehmen etwa doppelt soviel gebrauchen wie der Markt hergibt, nämlich 12 000 statt der vorhandenen 6000 bis 7000.

Dies sei ein wesentliches Handikap für die weitere Geschäftsentwicklung, heißt es. Allerdings ist der Personalmangel in der Informatikbranche nicht so groß ausgefallen wie eine Untersuchung aus dem Jahre 1980 befürchtet hatte. Darin war der Fehlbetrag bis zum vergangenen Jahr auf 65 000 Spitzenkräfte geschätzt worden.

In Großbritannien sind Tausende von Arbeitsplätzen unbesetzt, weil es an Facharbeitern und qualifizierten Kräften wie Wissenschaftlern und Technikern erheblich mangelt. Dies stellt die Manpower Services Commission, die der deutschen Bundes*anstalt für Arbeit* vergleichbar ist, in ihrem Jahresbericht fest. Gleichzeitig kommt die Londoner Zeitung „Financial Times" in einer eigenen Studie zu dem Ergebnis, daß der große Mangel an Wissenschaftlern und Technikern die Wachstumsaussichten für Großbritanniens technologieorientierte Unternehmen erheblich einschränkt.

Im Jahresbericht der Manpower Services Commission heißt es, daß Fachkräfte vor allem in den Berufsbereichen Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, Computer, Maschinenbau, Elektro- und Elektronik-Industrie sowie Metallverarbeitung händeringend gesucht werden. Am schlimmsten stelle sich der Fachkräfte-Mangel im Großraum London, im Südosten Englands, in den West-Midlands sowie in Schottland dar.

Der FT-Studie zufolge klagten 38 von 54 befragten kleinen bis mittleren Unternehmen auf dem Gebiet neuer Technologien darüber, daß das Problem, geeignete Fachkräfte zu finden, eine Barriere gegen eine weitere Expansion darstelle. Nur sechs der 54 Firmen behaupteten, die Einstellung von Wissenschaftlern und Technikern bilde keine Probleme. Alle anderen bezeichneten die Situation als schwierig oder sehr schwierig. Besonders erschreckend sei der Fachkräfte-Mangel in den Bereichen Computer, Elektronik und Telekommunikation.

Eine vor kurzem angefertigte Studie des National Computing Centre hat aufgedeckt, daß Londoner Banken sich inzwischen Computer-Spezialisten gegenseitig abjagen und ihnen das Dreifache der üblichen Bezüge anbieten. Die Universität von Sussex geht davon aus, daß die Nachfrage nach professionellen Spezialisten im Bereich Informations-Technologie um mindestens fünf Prozent pro Jahr wächst. Bis 1990 würde sich die Fachkräfte-Knappheit erheblich zuspitzen.

Neues Flugzeug erfolgreich

Airbus Industrie insgesamt mit verhalteneren Erwartungen

J. Sch. Paris

Die europäische Airbus Industrie hat in der ersten Hälfte dieses Jahres für 63 Flugzeuge von neun internationalen Luftverkehrsgesellschaften Festaufträge erhalten. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit, in der elf Gesellschaften 78 Aufträge vergeben hatten, bedeutet dies einen Rückgang um 19 Prozent. Von der Serie A 300 wurden nur noch sechs (18) Einheiten zum Preise von je 65 bis 70 Millionen Dollar verkauft. Noch stärker war der Einbruch von 29 auf 13 Einheiten bei der Serie A 310 (Stückpreis etwa 55 Millionen Dollar).

Dagegen hat die A 320, die erst im nächsten Jahr auf den Markt kommen wird, ihren Siegeszug fortgesetzt. Von diesem kleinen, 150sitzigen Airbus, der etwa 33 Millionen Dollar kostet, wurden 44 gegenüber zuvor 33 Stück fest bestellt und damit bisher bereits 134 Einheiten. Dazu kommen per Jahresmitte 133 Optionen. Bei Airbus Industrie zweifelt man jetzt nicht mehr daran, daß sich dieses Programm als rentabel erweisen wird.

Insgesamt allerdings werden die Marktaussichten etwas vorsichtiger als bisher eingeschätzt. Zwar könnte die Expansion des Luftverkehrs eher noch stärker ausfallen als erwartet. Aber die Luftverkehrsgesellschaften würden künftig ihre Flotten besser ausnutzen. Die Flugzeuge dürften häufiger zum Einsatz kommen und stärker besetzt sein.

Darunter zu leiden habe insbesondere die Nachfrage nach Kurz- und Mittelstreckenflugzeugen mit zwei Gängen. Für die nächsten 20 Jahre waren die Aufträge für diesen Sektor auf 3270 Einheiten veranschlagt worden. Jetzt erwartet man nur noch 3120 im Werte von 220 Milliarden Dollar.

Dagegen bleibt Airbus Industrie weiterhin sehr optimistisch hinsichtlich ihrer Marktchancen für die projektierten neuen Modelle A 330 und A 340, die Anfang der 90er Jahre fliegen sollen. Am Weltmarkt für Langstreckenflugzeuge könnte ihr Anteil mindestens 30 Prozent erreichen, heißt es. Eine definitive Entscheidung über die Durchführung dieses Projekts ist allerdings noch nicht gefallen.

Fischer in ruhigem Fahrwasser

Nach der Strukturanpassung Probleme mit Fanggründen

vos. Bonn

In der Sache gibt es zwar noch viele Probleme, doch es ist eine zufriedenstellende politische Grundlage erreicht, umreißt Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, die Lage der deutschen Fischerei. Ein langer und teilweise auch schmerzhafter Prozeß der Strukturanpassung sei zu Ende. Die große Hochseefischereiflotte ist auf 14 Schiffe mit 500 Mann Besatzung geschrumpft. Im vergangenen Jahr fingen sie 103 000 Tonnen Fisch, das sind 32 Prozent weniger als 1984, im Wert von 158,6 Mill. DM, 18 Prozent weniger als im Vorjahr. Sie leiden vor allem unter dem Verlust traditioneller Fanggründe wie Island.

Die Küstenfischerei wird auf 645 Schiffen (1975: 750) von 1500 Beschäftigten betrieben. Angelandet wurden 1985 102 300 Tonnen. Die Verarbeitung übernehmen zwei Gesellschaften in Bremerhaven und Cuxhaven statt früher vier, die von der EG in diesem und den beiden kommenden Jahren 35 Mill. DM für Strukturverbesserungen erhalten sollen. Die Bundesrepublik versorgt sich nur zu 31 Prozent selbst mit Fisch, der Rest *ist Importware*.

Probleme sieht von Geldern noch bei der Ostseefischerei: Hier soll die EG-Kommission mit den Ostblock-Anrainerstaaten über Fangrechte verhandeln, die allerdings als Gegenleistung Zugang zur Nordsee verlangen. Zudem verlangt die Bundesrepublik, die 14 Prozent der EG-Fangquoten bestreitet, härtere Kontrollen der anderen Mitglieder, die zum Teil ihre Gewässer überfischen.

Hier spielt auch der Bestandsschutz eine Rolle. Beim Hering habe sich gezeigt, daß die Natur sich selbst regenerieren könne, jedoch müsse in Zukunft schon vorbeugender Schutz geleistet werden. Beim Kabeljau und Dorsch kommen regionale Fangverbote in Frage.

Über den Unmut der Fischer über die EG ist von Geldern nicht beunruhigt: „Probleme sind kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen."

Butterberg wuchs um 40 Prozent

dpa/VWD, Brüssel

Die schwer verkäuflichen Agrar-Überschüsse der Europäischen Gemeinschaft sind in den letzten zwölf Monaten zum Teil erheblich angestiegen. Alleine der „Butterberg" der EG wuchs seit Ende Juli 1985 um knapp 40 Prozent auf 1,36 Mill. Tonnen. Dies teilte die EG-Kommission gestern in Brüssel mit. Bei Milchpulver stieg die Menge um 132 Prozent auf 988 000 Tonnen.

Die Gersten-Vorräte kletterten um 2,7 Mill. auf 4,7 Mill. Tonnen. Bei Roggen betrug der Zuwachs 35 Prozent auf 1,13 Mill. Tonnen. Prozentualer Spitzenreiter mit mehr als 300 Prozent Steigerung war Olivenöl: Der Olivenöl-„See" vergrößerte sich auf nicht weniger als 260 000 Tonnen.

Am deutlichsten – minus 16,4 Prozent auf 610 000 Tonnen – nahmen die Bestände von Rindfleisch ab. Im letzten Jahr gab die Europäische Gemeinschaft für Ankauf, Lagerhaltung und Exportsubventionierung aller Agrarprodukte rund 20 Mrd. ECU (42 Mrd. DM) aus.

Mehr Kredite von der EG

Vor allem die Eisen- und Stahlindustrie profitierte stärker

Ha. Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft leistet mit ihrer Darlehenspolitik einen beträchtlichen Beitrag zur Förderung der Investitionen und Beschäftigung. Über ihre verschiedenen Finanzierungsinstrumente gewährte sie 1985 Darlehen von über 16,5 Mrd. DM.

Wie aus einem Bericht der Brüsseler Kommission hervorgeht, betrug die Steigerung nominal acht Prozent und entsprach damit fast der Zunahme von 1984 (neun Prozent). Die höchsten Zuwachsraten waren mit 30 und 23 Prozent in den Jahren 1982 und 1983 erzielt worden.

Auch 1986 und in den kommenden Jahren ist mit einer weiteren Darlehensexpansion zu rechnen. Einerseits ist der Bedarf an Maßnahmen zur regionalen Entwicklung und zur Verbesserung der Infrastrukturen durch den Beitritt Spaniens und Portugals noch gewachsen. Auf der anderen Seite ermöglicht die angespannte Haushaltslage der Gemeinschaft nur noch eine bescheidene jährliche Aufstockung des Regional-, Sozial- und Agrarstrukturfonds.

Die EG-Regierungen haben den wachsenden Kreditbedarf vor allem durch eine *Verdoppelung des Kapitals* der Europäischen Investitionsbank (EIB) Rechnung getragen. Sie kann jetzt Gesamtdarlehen und -bürgschaften von 72 Mrd. Ecu (rund 154 Mrd. DM) vergeben. Im vergangenen Jahr erhöhte die Bank ihre Darlehen in der Gemeinschaft um 12,5 Prozent auf 5,64 Mrd. Ecu.

Stark angestiegen sind auch die im Rahmen des Montanvertrages vorgesehenen Darlehen für die Eisen- und Stahlindustrie (plus 22,4 Prozent) sowie die Energiedarlehen nach dem Euratom-Vertrag (plus 13,4 Prozent).

Insgesamt hat die EG im vergangenen Jahr zu strukturpolitischen Zwecken Anleihen in Höhe von 8,17 Mrd. Ecu (17,48 Mrd. DM) aufgenommen. 61,5 Prozent der Emissionen lauteten auf Gemeinschaftswährungen, rund 18,3 Prozent auf D-Mark, 23,4 Prozent auf Dollar und 12,9 Prozent auf Ecu.

Kapitalmärkte genutzt

Festzinsgeschäft der NordLB deutlich belebt

dos, Hannover

Die Norddeutsche Landesbank rechnet schon bald mit einem Ende des auf Senkung gerichteten Zinszyklus. Das vor diesem Hintergrund praktizierte „zurückhaltende Dispositionsverhalten" führte nach Angaben des Instituts im ersten Halbjahr 1986 zu einem Rückgang des Zinsüberschusses um rund fünf Prozent auf 294 Mill. DM. Weil aber die Erträge aus dem Handelsgeschäft stark angestiegen sind und der Provisionsüberschuß mit 26,5 Mill. DM wieder das Vorjahresniveau erreichte, weist die Bank ein Gesamtbetriebsergebnis aus, das dem anteiligen Vorjahresergebnis (197 Mill. DM) entspricht. Für 1986 erwartet der Vorstand ein wieder zufriedenstellendes Ergebnis.

Zur Jahresmitte stellt sich die Bilanzsumme auf 65,7 Mrd. DM; das entspricht einer Steigerung von 4,3 Prozent gegenüber Ende 1985. Das Geschäftsvolumen beläuft sich auf 68,7 Mrd. DM. Innerhalb des Konzerns wurde die Bilanzsumme um 4,8 Prozent auf 97 Mrd. DM ausgeweitet.

Das Kreditvolumen der Bank erhöhte sich im Berichtszeitraum um 752 Mill. DM auf 43,9 Mrd. DM. Ein noch stärkerer Anstieg sei durch die hohen Tilgungsleistungen verhindert worden.

Deutlich belebt zeigte sich das Festzinsgeschäft. So erhöhten sich die Zusagen im Hypothekengeschäft gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um knapp 90 Prozent. Gleichzeitig stieg das Neugeschäft mit der öffentlichen Hand um 83 Prozent. Bei den Darlehen an die Wirtschaft und private Kunden ergab sich ein Zuwachs von 35 Prozent. Einschließlich der Zusagen an Sparkassen und andere Banken verdoppelte sich das Zusagevolumen auf 4,6 Mrd. DM gegenüber dem Halbjahr 1985.

Die günstige Verfassung der Kapitalmärkte nutzte die NordLB zur verstärkten Begebung eigener Schuldverschreibungen. Dies führte zur Erhöhung des Umlaufs um 1,8 Mrd. DM auf 32,3 Mrd. DM. Der Spareinlagenbestand stieg um 5,1 Prozent auf 3,6 Mrd. DM, das gesamte Sparaufkommen um 6,5 Prozent auf 4,1 Mrd. DM. Durch die Begebung von Genußrechten wurden die Eigenmittel auf 1,78 Mrd. DM aufgestockt.

Sparkassen sind beim Ertrag weit zurückgefallen

Bundesbank analysiert die Ergebnisse aller deutschen Kreditinstitute: Gesamtprädikat ist „erneut sehr gut"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Sparkassen, von 1982 bis 1984 die mit Abstand ertragsstärkste Bankengruppe, sind im letzten Jahr hinter die Privatbankiers, die Teilzahlungsbanken und die Großbanken zurückgefallen. Diesen Eindruck, der sich aus Einzelveröffentlichungen ergab, bestätigt jetzt die Bundesbank in einer vergleichenden Ertragsanalyse aller deutschen Banken. Die größten Ertragssprünge (beim Jahresüberschuß vor Steuern) haben die Privatbankiers (plus 35 Prozent) und die Großbanken (plus 33 Prozent) gemacht.

Die Bundesbank bezeichnet die 85er Ergebnisse der Mehrzahl der deutschen Kreditinstitute als „erneut sehr gut", die von Instituten und Bankengruppen, die im Konsortialgeschäft sowie im Wertpapier- und Devisenhandel sehr aktiv sind, sogar als „hervorragend". Die deutschen Universalbanken hätten damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und Ertragsstärke in einer Zeit bewiesen, in der sich das traditionelle Bankgeschäft nur moderat entwickelt hat, weil mit der Tendenz zur Verbriefung (Wertpapiere) viele Kreditgeschäfte an den Bankbilanzen vorbeigingen. Nicht zuletzt im Zusammenhang damit seien jedoch die Effektenumsätze kräftig gestiegen, woran die Banken 1985 und auch in der ersten Hälfte dieses Jahres gut verdient hätten.

In ihrem Monatsbericht weist die Bundesbank darauf hin, daß die Jahresüberschüsse der Banken bei gleichzeitiger Aufstockung der Risikovorsorge nun schon seit sechs Jahren hintereinander gestiegen sind, wenn auch 1985 nur unwesentlich von 20,4 auf 20,6 Mrd. DM, wobei freilich das schon hohe Niveau berücksichtigt werden müsse. Die weitere Ertragsverbesserung kam – bei einer von 2,15 auf 2,06 Prozent gesunkenen Zinsmarge – nur zu einem ganz geringen Teil aus dem Zinsgeschäft (plus 2,5 Prozent); einen kräftigen Schub gab es dagegen bei den Erträgen aus dem Dienstleistungsgeschäft (plus 16 Prozent) mit Schwerpunkt im Wertpapierbereich und vor allem bei den Gewinnen aus dem Handel für eigene Rechnung.

Gleichzeitig sind auch Verwaltungsaufwand (plus 7,1 Prozent) und Geschäftsumfang (plus sieben Prozent) gestiegen. Daraus resultiert für den Jahresüberschuß vor Steuern ein leichter Rückgang von 0,68 auf 0,64 Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens. Wie gut diese Gewinnspanne ist, wird erst beim Blick auf das „Normalniveau" der Jahre 1971 bis 1980 sichtbar, das die Bundesbank mit durchschnittlich 0,58 Prozent beziffert.

Bei dieser günstigen Ertragslage konnten die Banken ihre „Deckungsquoten" für risikobehaftete Engagements weiter erhöhen, ohne die Reservendotierung und ihre Ausschüttungen schmälern zu müssen, schreibt die Bundesbank, die es im Hinblick auf die zunehmenden „außerbilanziellen" Risiken begrüßt, daß die Banken ihre Eigenkapitalausstattung aus eigener Kraft und durch Kapitalaufnahme von außen weiter verbessert haben. Ein Motiv für das „offene" Zeigen der Bonität ist es nach dem Urteil der Notenbank auch, daß die Banken auf diese Weise ihr Ansehen und damit die Geschäftsmöglichkeiten an den Finanzmärkten fördern wollen.

Die Ertragsentwicklung der einzelnen Bankengruppen war 1985 sehr unterschiedlich. Die der Großbanken qualifiziert die Bundesbank als überragend. Ihr Jahresüberschuß vor Steuern (3,5 Mrd. DM) stieg von 0,86 auf 1,05 Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens. Die Privatbankiers brachten es dabei sogar auf eine Steigerung von 1,06 auf 1,35 Prozent und die Teilzahlungsbanken auf 1,09 (1,03) Prozent. Eine leichte Verbesserung von 0,54 auf 0,56 Prozent zeigen auch die Regionalbanken. Im Gegensatz zu diesen Gruppen, die am stärksten von der Explosion des Wertpapiergeschäfts profitierten, verzeichnen die Sparkassen einen Rückgang von 1,18 auf 1,03 Prozent und die Kreditgenossenschaften einen Rückgang von 0,86 auf 0,71 Prozent.

Bei der im gesamten Gewerbe gesunkenen Zinsspanne sind diese beiden Gruppen immer noch Spitzenreiter. Die Sparkassen mit 3,31 Prozent und die Genossen mit 3,23 Prozent liegen noch deutlich vor den Großbanken (2,8 Prozent) und dem Gesamtdurchschnitt (2,06 Prozent).

Gute Nachrichten für Verbraucher von Lebensmitteln

hg. Bonn

„Der Aufschwung macht sich auch im Lebensmitteleinzelhandel langsam bemerkbar." Diesen Schluß zieht die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe (ALF), Bonn, aus ihrer jüngsten Konjunkturumfrage für das zweite Halbjahr 1986. Danach halten es elf von 39 Mitgliedsunternehmen für möglich, daß sie trotz des harten Wettbewerbs in diesem Bereich das zweite Halbjahr mit einem Umsatzplus abschließen.

Die Lebensmittelfilialbetriebe, zu denen neben Aldi zum Beispiel die Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser gehören, begründen ihren vorsichtigen Optimismus mit der Entwicklung des ersten Halbjahres, in dem einigen Mitgliedern des Verbandes ein nominaler Zuwachs gelungen war – dies ohne Erweiterung der Verkaufsfläche. Diese Unternehmen melden auch – erstmals seit 1981 – eine „leichte" Verbesserung der Erträge. Ein Drittel der ALF-Mitglieder habe darum die Zahl der Mitarbeiter erhöht und werde dies auch im zweiten Halbjahr tun. Außerdem wollen fast alle „die schon sehr hohe" Zahl der Ausbildungsplätze steigern.

Gute Nachrichten haben die Lebensmittelfilialisten auch für den Verbraucher: Man rechne weiterhin mit einer günstigen Preisentwicklung, heißt es, denn der Spielraum für Preiserhöhungen sei angesichts der Überkapazitäten in Landwirtschaft und Industrie „sehr eng". Im übrigen halte der harte Wettbewerb im Lebensmittelhandel „die Preise nach wie vor unter Druck".

Im vergangenen Jahr haben die 32 Mitgliedsbetriebe der ALF ihren Umsatz um 3,8 Prozent auf 44,8 Mrd. DM gesteigert. Damit blieb man zwar hinter dem Wachstum des Vorjahres von 5,8 Prozent zurück, bewegte sich aber dennoch „deutlich über dem Branchendurchschnitt von 1,7 Prozent". Entsprechend sei der Marktanteil der Lebensmittelfilialbetriebe am Gesamtumsatz des Lebensmittelhandels von 142 Mrd. DM auf 31,5 Prozent gestiegen. Insgesamt beschäftigten die ALF-Mitglieder zum Jahresende 1985 rund 115 000 Mitarbeiter, zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Fußball brachte neue Dynamik

Hohes Absatzplus bei Fernsehgeräten und Videorecordern

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Unterhaltungselektronik-Industrie, über Jahre hinweg von eigenen Überkapazitäten und fernöstlichen Importen unter Preisdruck gehalten, sieht in diesem Jahr einen ersten realistischen Silberstreif. Grundlagen solcher Zuversicht sind technische Neuheiten auf breiter Front, die kontinuierlich abgebauten eigenen Läger (die bei gefragten Modellen schon zu Lieferengpässen geführt haben) und eine gesteigerte Konsumbereitschaft.

Alles zusammen soll auch in der zweiten Jahreshälfte für einen „moderaten Aufschwung" sorgen, so die Gesellschaft für Unterhaltungselektronik (GfU). Nach den „zum Teil erheblichen" Zuwachsraten der ersten Halbzeit rechnet die Branche für das Gesamtjahr mit einem Marktwachstum (zu Endverbraucherpreisen) um gut sechs Prozent auf 15 (14,1) Milliarden Mark. Schon jetzt hat die günstige Entwicklung zu einer Beruhigung an der seit Jahren bröckelnden Preisfront beigetragen.

Dank der Fußball-Weltmeisterschaft kam insbesondere das Fernsehgerätegeschäft im ersten Halbjahr auf Touren. Mit 1,48 Millionen Stück wurden 19 Prozent mehr verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Als Renner erwiesen sich dabei die tragbaren Versionen, von denen 545 000 Stück (plus 32 Prozent) an den Handel ausgeliefert wurden. Aber auch die konventionellen Tisch- und Standgeräte kamen auf ein Wachstum um ein volles Achtel auf 935 000 (831 000) Stück.

In solchen Zahlen ist naturgemäß auch mancher vorweggenommene Kauf enthalten – fürs Gesamtjahr rechnet die Branche nur mit einer Absatzsteigerung um 1,4 Prozent auf 2,85 (2,81) Millionen Geräte. Danach wird immerhin in 87 (86) Prozent aller deutschen Haushalte wenigstens ein Fernsehapparat stehen, und 18 (16) Prozent der Haushalte werden sogar an mehr als einer Stelle in die Röhre schauen können.

Sieger im Wachstumsrennen waren auch im ersten Halbjahr wieder die CD-Plattenspieler. Das junge Digitalprodukt wurde in mehr als 170 000 Exemplaren rundweg doppelt so stark nachgefragt wie im Vorjahr. Bis zum Jahresende will die Branche etwa 500 000 (260 000) dieser Edel-Plattenspieler an den Mann bringen. Das übrige HiFi-Geschäft läuft so „solide und stabil", daß die Branche Vergleichszahlen zu den im Gesamtjahr erwarteten 1,1 Millionen Kassettenrecordern, 670 000 Kompaktanlagen, 610 000 Empfangsteilen, 660 000 Verstärkern und 210 000 Empfänger-Verstärker-Kombinationen gar nicht erst nennt.

Wiedererwacht ist das Interesse an Videorecordern. Ihr Absatz an den Handel stieg – offenbar auch mit Weltmeisterschaftsschub – um 18 Prozent auf 650 000 (556 000) Stück. Bis zum Jahresende soll davon eine Gesamtsteigerung um knapp zehn Prozent auf 1,6 (1,46) Mill. Stück übrigbleiben. Damit werden dann 34 (28,5) Prozent der Haushalte ihre Fernsehprogramme aufzeichnen können. Als Renner in diesem Geschäft erweisen sich zunehmend auch die „Camcorder", Videokameras mit eingebautem Recorderteil, mit denen sich eigene Videofilme produzieren und direkt abspielen lassen.

Still-Kapazitäten voll ausgelastet

Ze. Hamburg

Der konjunkturelle Aufschwung in den Ländern der westlichen Welt hat die Nachfrage nach Flurförderzeugen im vergangenen Jahr spürbar belebt. Wie der Geschäftsführer der Still GmbH in Hamburg, Ingo Schröder, gestern bei der Bilanzpressekonferenz mitteilte, stieg die Nachfrage in den großen westeuropäischen Staplermärkten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien deutlich an. Der Auftragsbestand erhöhte sich gegenüber dem 30. Juni des Vorjahres um 39 Prozent.

Die konsolidierten Umsatzerlöse der Still-Gruppe mit neun ausländischen Tochtergesellschaften stiegen 1985 um 11,6 Prozent auf 570,2 (511) Mill. DM. Der Jahresgewinn in Höhe von 16,1 (8,2) Mill. DM wurde aufgrund des bestehenden Ergebnisübernahmevertrages an die Linde AG abgeführt.

Als besonders erfreulich bezeichnete Schröder die Entwicklung der neun ausländischen Tochtergesellschaften. Sie erzielten zusammen einen Umsatz von 212,3 Mill DM. Das sind 18 Prozent mehr als 1984.

Im gesamten Geschäftsjahr waren die Produktionskapazitäten voll ausgelastet. Die gute Beschäftigungslage erforderte die Einstellung neuer Mitarbeiter.

Die Sachanlagen-Zugänge mit 11,3 Mill. DM bei der GmbH und mit 16,4 Mill DM bei der Still-Gruppe lagen über den Abschreibungen. Für dieses Jahr sind Investitionen von zusammen 23,8 Mill. DM geplant. Unter anderem wird in Hamburg ein Neubau für den Bereich Entwicklung, Konstruktion und Versuch errichtet.

Versicherer wachsen schnell

dpa/VWD, München

Die Beitragseinnahmen der Versicherungen in der Bundesrepublik sind seit 1960 fast doppelt so schnell gewachsen wie die Wirtschaft. Im vergangenen Jahr nahmen die Versicherer insgesamt 107,9 (1984: 102,4) Milliarden DM aus den Beiträgen ihrer Kunden ein, etwa 11,5mal so viel wie 1960. Im gleichen Zeitraum hat sich das nominelle Bruttosozialprodukt nur gut versechsfacht. Zu diesem Ergebnis kommt der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland (AGV), München, in einer Vergleichsrechnung. Die Kapitalanlagen der Branche beziffert der Verband, in dem 250 Individualversicherer vertreten sind, für 1985 vorläufig auf 473,9 (427,1) Milliarden DM, 1960 waren es 25,8 Milliarden DM.

Die Schadenversicherer nahmen laut Verband im abgelaufenen Geschäftsjahr 50,8 (47,2) Milliarden DM ein, 1960 waren es 4,56 Milliarden DM gewesen. Die Beiträge je Innendienst-Mitarbeiter stiegen seither von 91 300 auf 597 000 DM. An die Lebensversicherer wurden 1985 an Beiträgen 43,6 (41,96) Milliarden DM bezahlt im Vergleich zu 3,5 Milliarden im Jahr 1960. Je Mitarbeiter wurden 1 075 300 DM (1960: 119 100) eingenommen. 1985 betrug die Beitragssumme der Krankenversicherer 13,5 (13,1) Milliarden DM, 1960 waren es 1,26 Milliarden. Die Beitragssumme je Mitarbeiter stieg von 104 500 auf 778 000 DM. Die 197 300 (1960: 116 200) Arbeitnehmer der Versicherungsbranche verdienten pro Kopf im Durchschnitt 49 040 (1960: 7070) DM Lohn- und Gehaltssumme, 13 221 DM (1960: 926) mehr als die Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Hundert-Millionen-Verlust

New York (dpa/VWD) – Der Computerhersteller Commodore International Ltd (West Chester/Pennsylvania), weist für das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) insgesamt 127,9 Mill. Dollar (263,5 Mill. DM) Verlust aus, gegenüber 113,9 Mill. Dollar im Geschäftsjahr 1984/85. Der Umsatz nahm um weniger als ein Prozent auf 889,3 (883,1) Mill. Dollar zu. In den vergangenen sechs Monaten hat Commodore seine Belegschaft um 1500 Mitarbeiter, oder ein Drittel, abgebaut, um Kosten zu sparen. Das Unternehmen verhandelt noch immer über eine Umschuldung.

T & B-Bank zufrieden

Düsseldorf (J. G.) – Das zweite Halbjahr werde zwar wohl abgeschwächte Transaktionsvolumina im Wertpapier- und Devisenkundengeschäft bringen, nachdem hier die erste Jahreshälfte bei sehr lebhaftem Geschäft das Provisionsergebnis um 27,7 Prozent auf 49,3 Mill. DM steigerte, sagt das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt in seinem Zwischenbericht. Dennoch erwarte die Bank für das volle Jahr im Gesamtgeschäft ein wiederum sehr befriedigendes Ergebnis. Das Teilbetriebsergebnis des T & B-Konzerns lag bis 30. Juni trotz branchentypisch rückläufigem Kreditgeschäft mit 42,1 Mill. DM um 26,4 Prozent höher als vor Jahresfrist.

Gas gefragt

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Gasheizung wird immer beliebter. Von den im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen errichteten rund 70 500 neuen Wohnungen wurden 51 118 oder 72,5 Prozent mit Gas beheizt. An zweiter Stelle folgt nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes das Öl mit einem Anteil von 13,5 Prozent vor dem Strom mit 7,3 Prozent. Fünf Prozent der Wohnungen wurden an ein Fernwärmenetz angeschlossen.

Bau gegen Ausstieg

Bonn (A. G.) – Die deutsche Bauindustrie hält die SPD-Forderung nach einem kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie für unrealistisch und gefährlich. Wie Präsident Herion gestern erklärte, würde eine Verwirklichung zwar ein erhebliches zusätzliches Bauvolumen bedeuten (unter anderem neue Kraftwerke), jedoch überwögen die Nachteile.

Mehr Strom aus Steinkohle

Bonn (A. G.) – Die Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung erzeugten 1985 rund 98 Mrd.-Kilowattstunden (kwh) Strom aus Steinkohle. Damit war die Kohlestromproduktion um rund 24 Prozent höher als vor fünf Jahren (rund 79 Mrd. kwh).

Energiegespräche

Bonn (A. G.) – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wird heute mit Spitzenvertretern der deutschen Elektrizitätswirtschaft zusammentreffen. Dabei geht es um den in Arbeit befindlichen Energiebericht des Ministeriums, der Ende September ins Kabinett soll, um die Kernenergie und um die Einspeisung von Überschußstrom aus Wasser- und Windkraft sowie Solarenergie in das öffentliche Leitungsnetz.

Aktienanstieg beschleunigt

Anlagekäufe bei den Chemie- und Bankpapieren

DW. – Auf dem Aktienmarkt hat sich die Aufwärtsbewegung der Kurse am Dienstag beschleunigt. Den Anstoß dazu gaben erneut massive Kaufaufträge aus dem Ausland. Sie konzentrierten sich nicht mehr wie bisher auf einige ausgesuchte Papiere, sondern erstreckten sich nunmehr fast auf die gesamte Marktbreite. Auf dem erhöhten Kursniveau können jetzt Schieflagen bereinigt werden, die ihren Ursprung in den stürmischen Hausse-Tagen während den ersten Monaten dieses Jahres mit dem nachfolgenden Kursverfall hatten.

Mit Kurssprüngen von 10 DM und mehr werden Mutmaßungen honoriert, wonach das erste Halbjahr 1986 bei den Unternehmen der Großchemie besser verlaufen ist als bisher befürchtet worden war. Etwas schwer mit dem Anstieg tut sich noch die Commerzbank, deren Kurs offensichtlich unter der wenig glücklichen Kapitalerhöhung vom Frühjahr dieses Jahres zu leiden scheint. Bei Siemens sorgten vor allem Auslandsengagements für einen weiteren Anstieg um rund 15 DM. Aufsehen erregte der feste Kurs vom Bremer Vulkan. Er ist auf das Aufleben von Versionen zurückzuführen, wonach die MTU im Verein mit Daimler trotz aller Dementi sich bei der Bremer Werft eine maßgebende Position zu schaffen sucht. Beruhigt hat sich der Handel in Puma-Aktien, deren Kurs um rund 40 DM nachgab. Die große Spekulationswelle scheint hier jetzt gebrochen zu sein.

Frankfurt: Asko stockten um 70 DM auf. Rheinelektra verbesserten sich um 110 DM. Henninger lagen um 4,80 DM, IWKA um 6 DM und Kochs Adler um 12 DM fester. Escada verloren 75 DM.

Düsseldorf: Gildemeister und Hagen Batterie verminderten jeweils um 4 DM. Heinrich erhöhten sich um 10 DM, Hochtief um 55 DM und Kochs Adler um 7 DM. Westag gaben um 3 DM nach.

Hamburg: Phoenix Gummi lagen nach Plusankündigung um 12 DM fester. Bremer Vulkan wurden nach Doppelplus um 14 DM heraufgesetzt. Beiersdorf erhöhten um 4 DM. Reichelt verbesserten sich um 4 DM.

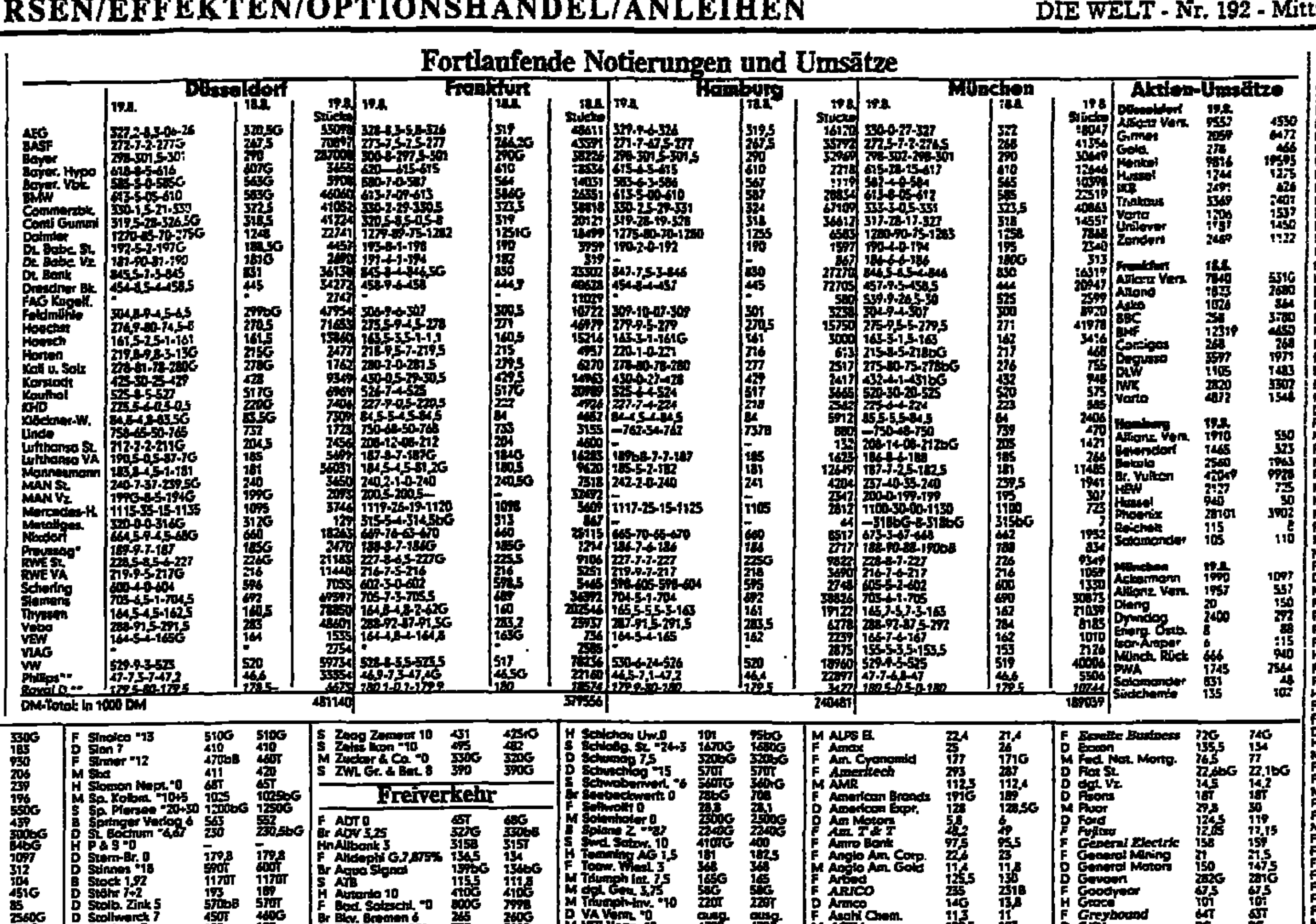
Berlin: Berthold erhöhten sich um 11,50 DM, Springer um 11 DM und Kempinski um 10 DM. Berliner Elektro lagen um 7 DM, Schering um 6 DM und Engelhardt um 5 DM fester.

München: Agrob St. stockten um 17 DM, AKS um 4,60 DM und Dywidag um 2,50 DM auf. Escada verloren 25 DM. Hutschenreuther und Wanderer verbesserten sich jeweils um 20 DM. Sixt gaben um 9 DM nach.

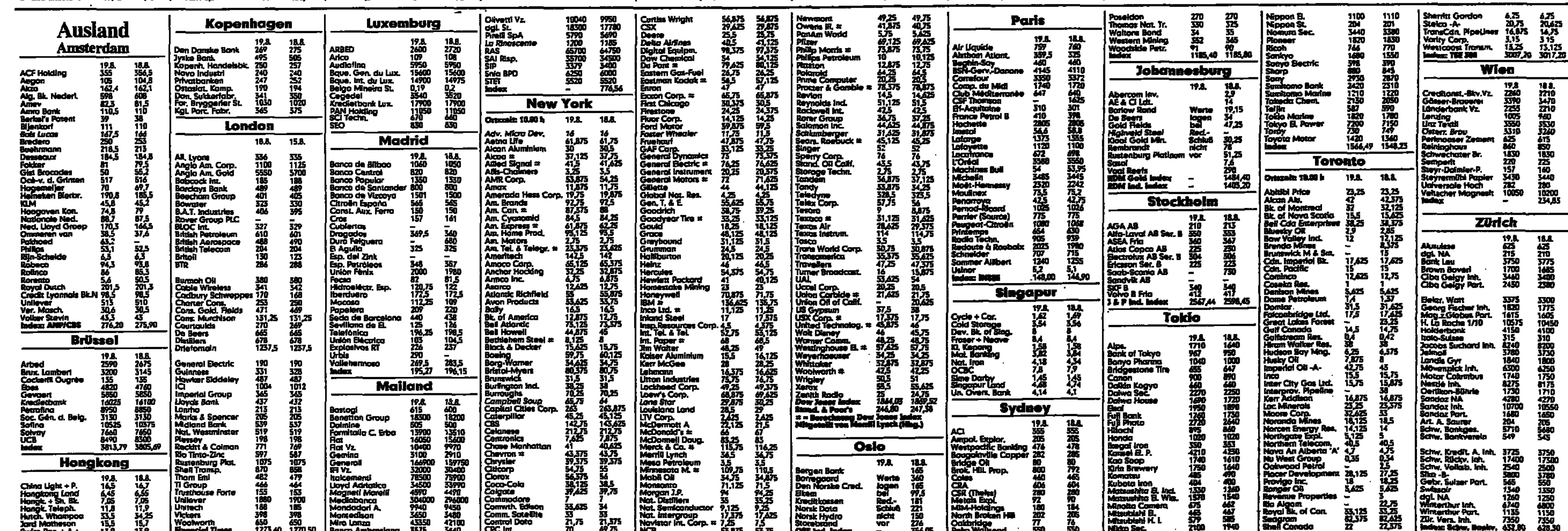
Stuttgart: Daimler konnten 23 DM hinzugewinnen. Börsenneuling Oberland Glas verbesserten sich um 3,50 DM. ASS verminderten sich um 5 DM. Hohner lagen um 1,50 DM schwächer. Rheinelektra stiegen um 117 DM an.

Nachbörse: weiter fest

WELT-Aktienindex: 284,11 (279,62)
WELT-Umsatzindex: 6280 (5712)
Advance-Decline-Zahl: 136 (128)
38-Tage-Linie: 260,36 (259,97)
200-Tage-Linie: 274,07 (273,87)

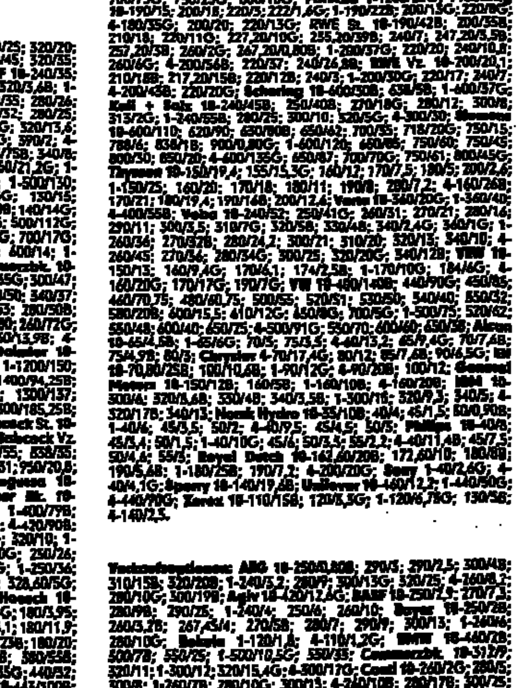


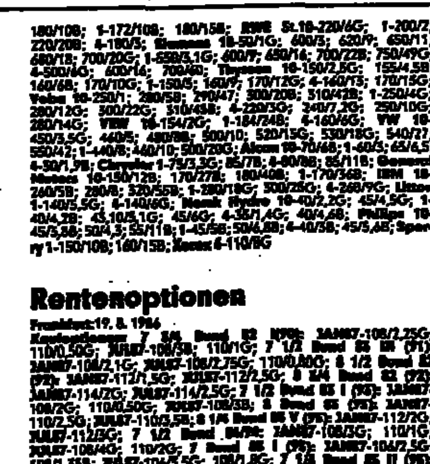


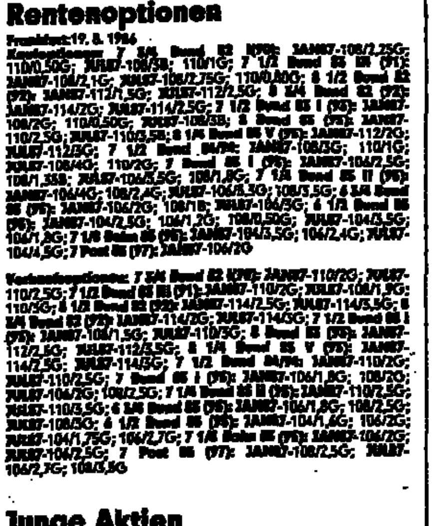


Zürich

	19.8.	18.8.
Alusuisse	625	625
dgl. NA	215	210
Bank Leu	3750	3775
Brown Boveri	1700	1685
Ciba Geigy Inh.	3440	3400
Ciba Geigy Part.	2450	2380
Elektr. Watt	3375	3300
Georg Fischer Inh.	1820	1775
Mag.z.Globus Part.	1615	1605
H. La Roche 1/10	10575	10450
Holderbank	4150	4100
Italo-Suisse	315	310
Jacobs Suchard Inh.	8240	8200
Jelmoli	3780	3730
Landis Gyr	1840	1800
Mövenpick Inh.	6300	6250
Motor Columbus	1740	1750
Nestlé Inh.	8275	8175
Oerlikon-Bührle	1730	1710
Sandoz NA	4280	4270
Sandoz Inh.	10700	10550
Sandoz Part.	1680	1650
Art. A. Saurer	204	205
Schw. Bankges.	5710	5680
Schw. Bankverein	549	545
Schw. Kredit. A. Inh.	3725	3750
Schw. Rückv. Inh.	17400	17300
Schw. Volksb. Inh.	2540	2500
Sika -B-	3800	3780
Gebr. Sulzer Part.	565	550
Swissair	1340	1350
dgl. NA	1260	1250
Winterthur Inh.	6740	6800
Winterthur Part.	1135	1150
Zür. Vers. Inh.	7350	7350
Index Schw. Bankv.	632,80	628,30



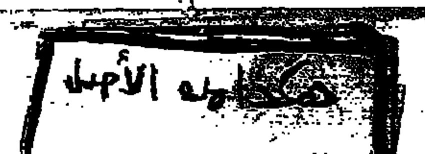




Devisenmärkte

Der Dollar startete am 19. August auf einem hohen Niveau und wurde bis 2,076 bezahlt. Zur Mittagszeit war bereits ein Rückgang auf 2,0705 festzustellen. Die Revision des US-Bruttosozialprodukts für das zweite Quartal mahnte zur Vorsicht. Die ursprüngliche Wachstumsrate von 1,1 Prozent wurde mit 0,6 Prozent denn auch deutlich unterschritten und löste sofort einen weiteren Rückgang um einen Pfennig auf 2,06 aus. Die Notierungen der übrigen amtlichen Währungen vermittelten meist einen gut behaupteten Markt. Der Australische Dollar wurde nach der Budget-Vorlage positiver gesehen und gewann gegen DM etwa 1,5 Prozent. US-Dollar in: Amsterdam 2,3335; Brüssel 42,875; Paris 6,742; Mailand 1425,00; Wien 14,57; Zürich 1,6746; Ir. Pfund/DM 2,775; Pfund/Dollar 1,4924; Pfund/DM 3,09.

Devisen und Sorten



So lange Strom verteilt wird, ist F&G erfolgreich. F&G geht an die Börse.

F&G trägt dazu bei, daß elektrischer Strom überall fließt. Das Unternehmen ist einer der international führenden Hersteller für Kabel und Leitungen sowie für Schaltanlagen und -geräte zur Verteilung von Strom. Außerdem erstellt F&G Anlagen für ein großes Spektrum der Elektrotechnik.
F&G-Spezialisten schaffen weltweit gültige Standards für Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Energieverteilung. Neue Höchstspannungskabel und Schaltanlagen sind aktuelle Beispiele. Und in Industrie, Handwerk und Haushalt sorgen weltweit F&G-Schutzschalter dafür, daß Elektrizität die sichere Energie von heute und morgen ist.

Gute Chancen in neuen Bereichen

Auf der Basis bisheriger Erfahrungen und des typischen F&G Know-hows werden weitere Absatzmärkte erschlossen, neue Verfahren und Techniken entwickelt. Dazu gehören auch Problemlösungen mit Faserverbund-Werkstoffen, einem Material der Zukunft. F&G liefert aus diesem leichten, hochfesten Werkstoff beispielsweise Streben für den Airbus. Auch andere Innovationen wie Lichtwellenleiter-Sensoren werden zum Wachstum beitragen.
Zukunftsgerichtet auch die Investitionen: Das modernste Werk der Welt für gummiisolierte Starkstromleitungen. Hochrationelle Fertigungen kunststoffisolierter Kabel. Ein Hochspannungsprüffeld für Spannungen bis 3 Millionen Volt.
Wie der Strom der Zukunft auch erzeugt wird – die zukunftsorientierten Lösungen für Transport und Verteilung kommen von F&G. Wie seit über 100 Jahren. Falls Sie mehr Informationen wünschen, schreiben Sie an: F&G Energietechnik AG, 5000 Köln 80

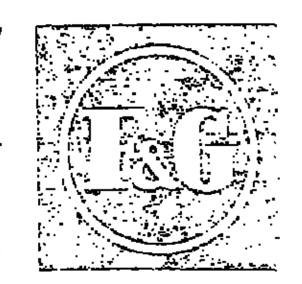
F&G-Gruppe 1985 im Spiegel der Zahlen

Umsatz	894,5 Mio DM
Exportquote vom Umsatz	45,7%
Investitionen in Sachanlagen	28,3 Mio DM
Stammkapital	50,0 Mio DM
Jahresüberschuß	11,9 Mio DM
Mitarbeiter	3880

Das F&G-Programm

Stromübertragung	Stromverteilung	Serien- und Spezialprodukte
Energiekabel Energiekabelgarnituren Starkstrom-Leitungen Freileitungen Blankes Leitmaterial	Mittelspannungs-Schaltanlagen Hochspannungsgeräte Komplette elektrotechnische Anlagen	Niederspannungs-Schaltgeräte Elektrische Maschinen Technisches Halbzeug Faserverbundprodukte

FELTEN & GUILLEAUME
ENERGIETECHNIK
AKTIENGESELLSCHAFT



Renten weiterhin unverändert

Auf dem Rentenmarkt schleppte sich das Geschäft auch am Dienstag auf der bisherigen Kursbasis dahin. Es wird derzeit weder durch Währungsspekulationen, noch durch Hoffnungen auf eine baldige Zinssenkung befruchtet. Überdies scheint sich international die Meinung durchzusetzen, daß festverzinsliche Papiere wegen ihres jetzt erreichten niedrigen Zinsniveaus an Attraktivität verloren haben und „die Zukunft" wieder bei den Aktien liegt. Deutsche öffentliche Anleihen schwankten innerhalb einer engen Marge. Das gleiche gilt für die Bundesobligationen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Inhaberschuldverschreibung, PS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

STELLENGESUCHE



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Bis um das Limit höher notierte Kaffee. Knapp behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	18.8.	15.8.
Sept.	258,50-258,00	257,75-257,50
Dez.	260,00-260,25	259,75-260,00
März	257,75	257,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board df.		
St.L. 1 CW	193,63	193,63
Am. Durum	191,41	191,41

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	94,80	95,50
Dez.	96,70	97,50
März	98,80	99,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	77,40	76,40
Dez.	75,80	75,80

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	107,25	108,25
Dez.	117,50-117,75	118,00
März	120,00	120,00

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	166,00-165,75	165,00-164,50
Dez.	171,50-172,00	171,25-171,00
März	181,50	181,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,90	83,00
Dez.	83,50	82,70
März	84,20	84,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	18.8.	15.8.
Sept.	178,00-178,75	169,20-170,00
Dez.	180,50-181,00	173,75-174,00
März	178,00	174,00

KAKAO New York ($/t)

	18.8.	15.8.
Sept.	1867-1870	1875-1879
Dez.	1945-1952	1955-1960
März	1988-1995	2000-2005
Umsatz	1689	3226

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Sept.	5,55-5,65	5,30-5,45
Okt.	5,85-5,86	5,62-5,66
Jan.	6,00-6,10	5,90
März	6,71-6,72	6,56-6,58
Mai	6,90-6,91	6,72-6,75
Umsatz	6913	15459

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	5,34	5,77

KAFFEE London (£/t) Robusta

	18.8.	15.8.
Sept.	2000-2005	1885-
Nov.	2010-2015	1900-1905
Jan.	2000-2005	1905-1910
Umsatz	10678	4748

KAKAO London (£/t)

Sept.	1385-1384	1382-1385
Dez.	1432-1433	1432-1433
März	1470-1471	1469-1471
Umsatz	1501	2114

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	18.8.	15.8.
Okt.	131,00-131,20	126,80-127,40
Dez.	138,60-138,80	132,20-136,00
Jan.	-	-
Umsatz	1225	5894

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

schw.	19.8.	18.8.
Saraw.spez.	852,50	852,50
weiß.Saraw.	1157,50	1157,50
weiß.Munt.	1172,50	1172,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	18.8.	15.8.
Sept.	102,40	102,80
Nov.	105,60-105,70	105,80
Jan.	105,00-105,20	105,20
März	106,30-106,50	106,30-106,50
Mai	107,60-108,00	108,60-108,70
Umsatz	308	300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

18.8.	15.8.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

17,5	17,125

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	14,25	14,13
Sept.	14,29-14,27	14,19-14,15
Okt.	14,41-14,42	14,28-14,26
Dez.	14,98-15,00	14,90-14,87
Jan.	15,13	15,06-15,01
März	15,42-15,45	15,40
Mai	15,65-15,70	15,55-15,60

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

13,50	13,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,25	9,25

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,25
fancy	9,75	9,75
bleicht.	9,50	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Aug.	63,65-63,55	63,75-63,40
Okt.	55,20-55,35	55,20-55,00
Dez.	53,35-53,25	53,15-53,00

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	82,30	80,27-80,50
Febr.	75,60-76,40	74,30-74,50
März	73,90-74,65	75,20-73,00

HÄUTE Chicago (c/lb)

	18.8.	15.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	59,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Aug.	529,00	513,50
Sept.	487,00	481,25-480,80
Nov.	478,0-477,50	474,25-474,50
Jan.	485,75-486,0	482,75
März	494,25-494,5	492,00
Mai	502,00	498,50
Juli	506,50-506,0	504,00-504,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Aug.	158,0-157,80	155,80-156,00
Sept.	151,2-151,00	149,50-149,70
Okt.	147,0-146,90	146,10-146,20
Dez.	148,0-147,80	147,00
Jan.	149,0-148,50	147,80-148,00
März	150,3-150,00	149,30-149,50
Mai	151,5-151,60	151,00-151,10

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	18.8.	15.8.
Okt.	238,10	238,70
Dez.	243,20	244,20
März	251,70	252,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

18.8.	15.8.
9,75	9,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	19.8.	18.8.
cif	560,00	560,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)
jegl. Herk. ex Tank

355,00	360,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	195,00	192,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk

63,00	65,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	215,00	210,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	183,50	184,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	18.8.	15.8.
Okt.	33,45	33,12-33,15
Dez.	34,40-34,48	34,15-34,25
März	35,50-35,55	35,15
Mai	36,15	35,90-36,00
Juli	36,75-36,85	36,50-36,60
Okt.	37,65-38,00	37,50-38,25

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

43,625	43,625

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	19.8.	18.8.
Aug.	540-550	535-550
Okt.	538-542	-
Dez.	536-538	527-538
Umsatz	2291	2274

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	19.8.	18.8.
Okt.	41,90-45,50	
Dez.	-	geschl.
Umsatz	0	-

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	19.8.	18.8.
Okt.	645,00-660,00	648,00-655,00
Dez.	-	-
Mai	-	-
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	19.8.	18.8.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	19.8.	18.8.
Aug.	12329	12325
Sept.	12344	12338

KAUTSCHUK London (p/kg)

	18.8.	15.8.
spot	60,00-62,00	59,75-61,75
RSS 1 Sept.	59,50-60,50	59,25-60,25
RSS 2 Sept.	58,50-59,50	58,25-59,25
RRS 3 Sept.	57,50-58,50	57,25-58,25

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	19.8.	18.8.
Sept.	219,00-221,00	220,00-222,00
Okt.	217,00-219,00	217,00-219,00
Nr. 2 Okt.	212,50-213,50	-
Nr. 3 Okt.	209,00-210,00	-
Nr. 4 Okt.	207,00-208,00	-

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	19.8.	18.8.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	19.8.	18.8.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	231,81-232,12	230,25-230,28
drikt. M.	232,58-232,74	232,29-232,45
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	82,69-82,84	82,79-82,94
dritt. M.	82,69-82,84	82,79-82,94
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	778,90-780,44	771,63-772,25
drikt. M.	786,64-786,95	776,88-777,19
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	159,50-162,59	160,63-163,72
Prod.-Pr.	174,26	173,61
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

19.8.	18.8.
14,05	14,08

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	19.8.	18.8.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	274,08-276,25	272,76-274,92
BLEI in Kabeln	90,50-91,50	90,50-91,50

ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)

Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dc.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	19.8.	18.8.
MS 58, 1.VS	262-263	261-263
MS 58, 2.VS	314-318	314-318
MS 63	289-292	288-292

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	19.8.	18.8.
Leg. 225	290-297	290-297
Leg. 226	292-299	292-299
Leg. 231	327-334	327-334
Leg. 233	337-344	337-344

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	19.8.	18.8.
PLATIN (DM/g)	37,608	37,258
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28785	29184
Rückn.-Pr.	24500	24800
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25358	25580
Rückn.-Pr.	24670	24890
verarbeitet	26590B	26830B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24980	25050
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	347,30	354,50
Rückn.-Pr.	336,70	343,70
verarbeitet	362,50B	370,10B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	19.8.	18.8.
10.30	372,50	377,25
15.00	374,40	377,25
Zürich mitt.	372,00-375,00	377,50-378,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80500	80900

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	340,00	348,05
3 Mon.	348,00	356,05
6 Mon.	356,25	364,55
12 Mon.	372,30	381,00

PLATIN (£/Feinunze)

London	18.8.	15.8.
fr. Markt	357,65	362,95

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	18.8.	15.8.
f. Händl.-Pr.	86,40	90,25

New Yorker Metallbörse

	18.8.	15.8.
GOLD H & H Ankauf	377,50	385,10
SILBER H & H Ankauf	514,50	529,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	540,00-545,00	540,00-545,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	128,00-131,00	138,00-140,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Aug.	376,00	383,70-388,40
Sept.	377,10	384,30
Okt.	378,80-377,95	385,00-388,70
Dez.	392,70-388,30	389,50-389,09
Febr.	386,00	392,50
Umsatz	26000	32000

SILBER (c/Feinunze)

Aug.	510,10	526,80
Sept.	511,00-511,20	528,80-528,50
Dez.	514,40-520,00	531,30
Jan.	519,00-520,00	536,00-535,80
März	522,80	539,90
Mai	526,00	544,00-544,50
Juli	533,40	550,00
Umsatz	14000	9500

KUPFER (c/lb)

	18.8.	15.8.
Aug.	56,80	57,15
Sept.	56,90-57,05	57,30-57,40
Dez.	57,25	57,60
Jan.	57,70-57,85	58,10-58,20
März	58,05	58,40
Mai	58,50-58,60	59,00
Juli	58,95	59,30
Umsatz	13500	1000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)

	19.8.	18.8.
mitt. Kasse	748,50-749,50	746,50-747,00
3 Mon.	751,00-751,50	715,50-752,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	267,00-267,50	267,00-268,00
3 Mon.	267,00-267,50	267,50-268,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	866,50-867,00	864,00-865,00
3 Monate	885,00-885,50	883,50-884,00
ab. Kasse	-	864,50-865,50
3 Monate	-	883,50-884,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	844,50-845,00	842,00-842,50
3 Monate	864,00-866,00	885,00-895,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	546,00-547,00	551,00-552,00
3 Monate	544,00-545,00	549,50-550,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	-	165-175
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	40-46

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	18.8.	15.8.
Sept.	43,25-43,50	43,25-43,50
Okt.	44,30-44,50	44,40-44,50
Nov.	45,40-45,50	45,40-45,40
Dez.	46,20-46,45	46,35-46,50

GASÖL – London ($/t)

	18.8.	15.8.
Sept.	132,50-133,00	127,45-130,00
Okt.	135,50-136,00	134,25-134,75
Nov.	138,00	137,00-138,00
Dez.	141,00	139,50-139,75
Jan.	142,00-143,00	141,00-141,50
Febr.	140,00-142,75	135,00-141,00
März	125,00-135,00	132,00-137,50

BENZIN – New York (c/Gallone)

	18.8.	15.8.
Sept.	46,20-46,30	45,85-46,00
Okt.	45,40-45,65	45,35-45,45
Nov.	44,50	44,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	18.8.	15.8.
Sept.	15,60-15,64	15,80-15,84
Okt.	15,60-15,68	15,88-15,93
Nov.	15,58-15,62	15,75-15,80
Dez.	15,51-15,58	15,65-15,70
Jan.	15,50	15,60-15,65

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	18.8.	15.8.
Arabian Lg.	-	-
Arabian Hv.	-	-
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	14,50	13,80
North Brent	14,50N	13,90N
Bonny Light	14,40N	14,10N

Kartoffeln

London (£/t)

	18.8.	15.8.
Nov.	118,50	120,50
Febr.	131,80	134,50
April	180,00	190,00
Mai	195,00	205,00

New York (c/lb)

	18.8.	15.8.
Nov.	3,45	3,48
März	3,74	3,74
Mai	4,58-4,62	4,65
-	-	-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	18.8.	15.8.
Sept.	170,60-170,60	165,30-166,00
Nov.	166,80-166,90	162,00-161,90
Jan.	167,80-167,40	163,70-163,80
März	169,00	165,10

Devisenterminmarkt

Der Schweizer Franken zog am 19. 8. im Zins an, so daß die Reports sich zurückentwickelten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,56-0,26	0,90-0,80	1,74-1,54
Pfund/Dollar	0,49-0,47	1,29-1,26	2,46-2,41
Pfund/DM	2,10-0,70	4,60-3,20	8,10-6,70
FF/DM	-15–+1	29-13	49-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19.8.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent, Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 19.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19.8.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19.8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅝-6¾	4⅝-4½	4¼-4½
3 Monate	6-6¼	4½-4⅝	4¼-4½
6 Monate	6-6¼	4½-4⅝	4¼-4½
12 Monate	6⅛-6¼	4½-4⅝	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 19.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00, Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25, Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	960,00	1276,80
5 US-Dollar (Indian)**	600,00	o Ware
5 US-Dollar (Liberty)**	365,00	497,55
1 £ Sovereign alt	186,25	235,13
1 £ Sovereign Elizabeth II.	177,50	225,15
20 belgische Franken	138,25	183,83
10 Rubel Tscherwonez	182,25	235,13
2 südafrikanische Rand	170,50	216,03
Krüger Rand, neu	753,00	898,32
Maple Leaf	777,75	926,54
Platin Noble Man	1132,50	1330,95
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	204,00	261,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	155,50	205,77
20 franz. Franken „Napoléon"	141,75	190,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	727,50	885,21
20 österr. Kronen (Neuprägung)	145,00	188,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	74,50	102,03
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	337,25	418,67
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	77,50	111,15

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,35) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,17) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,40, Rendite 5,41

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 19.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,175	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,80	5,64
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,75	6,12
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	140,00	8,89
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,61	5,20
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,19	5,20
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,88	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,69	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,97	6,50
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,19	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,78	6,63
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,68	6,53
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,26	6,65
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,91	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,62	6,25
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,75	6,10
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,10	6,56
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,55	6,68
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,95	4,41
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,35	4,80
WestLB 503	115,76	3.10.88	106,05	4,23
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,85	5,13
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,375	7,64
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	65,75	7,97
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,75	10,19
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,125	8,44
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.93	63,50	8,54
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,75	7,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,625	8,96
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,00	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,50	8,63
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	52,50	8,60
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,75	8,26

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,80 (4,75)	100,4	102,1	103,9	105,9	127,7	107,5
3	5,07 (5,10)	99,80	102,5	105,0	107,7	110,4	113,1
4	5,30 (5,30)	98,60	102,1	105,6	109,2	112,7	116,2
5	5,56 (5,54)	97,70	101,5	105,7	110,0	114,2	118,5
6	5,75 (5,75)	95,80	101,5	105,7	110,6	115,6	120,5
7	6,00 (5,99)	93,90	100,5	105,0	110,6	116,2	121,7
8	6,30 (6,30)	91,45	98,15	105,7	109,8	115,9	122,3
9	6,50 (6,50)	89,40	96,00	102,7	109,3	115,9	122,4
10	6,52 (6,52)	88,40	95,55	102,7	109,9	117,0	124,2
15	6,95 (6,85)	82,20	91,30	101,4	109,6	118,8	127,9

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,602 (113,576)
Performance-Rentenindex: 247,122 (247,296)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	18. Aug	6,187-6,315
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,10
	60-270 Tage	5,75
Commercial Paper (Handlerplazierung)	30 Tage	6,10
	60 Tage	6,05
	90 Tage	6,02
Certificates of Deposit	1 Monat	6,00
	2 Monate	6,00
	3 Monate	6,00
	6 Monate	6,05
	12 Monate	6,10
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,54
	26 Wochen	5,65
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,11
	30 Jahre	7,25
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	4. Aug	676,6 Mrd. $ (-2,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept	145,20	142,25
Dez	144,75	143,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	18.8.	15.8.
9¾ EEC 90	105,875	wegen Feiertag geschlossen
11¾ dgl. 90	111,625	
10¾ EIB 93	110,75	
11 dgl. 91	113,75	
11½ dgl. 90	115	
11⅞ dgl. 95	122	
12 dgl. 95	124,5	
12¾ dgl. 90	116,5	
12¾ dgl. 93	128,5	
13 dgl. 96	121,625	
10¾ Wld Bk. 95	114,25	
10⅜ dgl. 88	105,25	
10⅞ dgl. 90	110,75	
10⅞ dgl. 93	116,375	
11 dgl. 92	114,875	
11¼ dgl. 88	108,125	
11¼ dgl. 90	113,625	
11⅜ dgl. 89	109,5	
11½ dgl. 90	114,25	
12 dgl. 93	121,875	
12¼ dgl. 94	126	
12⅝ dgl. 94	129,125	
6⅝ Sears 91	105	
6¾ Swed.Ex.91	103,375	
7 TRW 94	104,375	
6¾ Un.Tech.97	104,5	
6¾ W.Disn.96	105,125	
6½ World Bk96	105,625	
6⅝ dgl. 90	104,375	
6¾ dgl. 94	106,375	
7 dgl. 94	108,5	

Euro-Yen

	18.8.	15.8.
6¾ Al.Corp 91	103,75	wegen Feiertag geschlossen
6¾ All.Sign93	104	
7¾ ADB 94	110	
7 Austria 95	108,5	
7 BP 92	107	
6¾ Denmark 92	105,25	
7 Denm.Bk. 92	105,625	
7 Dow Chem.94	104,625	
6⅞ EDF 95	107,75	
6⅞ Eurofima95	104,5	
6⅛ dgl. 92	103	
6¾ dgl. 93	103,5	
7¾ dgl. 94	105,125	
6¾ Foennie 92	105,75	
6⅞ Finl.Rep90	104,625	
6¼ GMAC 90	103	
7¾ Goodyear95	104,125	
6¾ dgl. 94	105,375	
6¾ ITT 92	105	
6½ McDonal.92	104,25	
6⅞ Montreal95	105,125	
6⅝ NordLB 95	103,25	
6 NIB 91	101,75	
7 dgl. 92	106,875	
7 Pac.Gas 94	105,75	
6¾ Penney 92	103,75	
6¾ Procter 92	105	
6¾ Sallie 92	104,625	

Lux. Franc Bonds

	18.8.	15.8.
9¾ Akzo 87	100	wegen Feiertag geschlossen
9¾ Asea 89	102,25	
6¾ Asian Dv87	99,75	
10½ BFG Lux90	106	
11 BNP 90	105	
9 dgl. 95	106	
10½ Ceca 94	105	
11 dgl. 92	101,75	
13 dgl. 91	101	
8½ Corseil 95	106	
12½ dgl. 92	105,75	
8 Coptel 88	100	
8¼ dgl. 89	100	
11 Cr.Lyon.88	100	
13 dgl. 89	104	
7½ Den.Mtg 88	99,5	
8⅞ EEC 95	107	
8½ Euratom 89	102,75	
10¼ dgl. 96	111	
11 dgl. 93	101,25	
9 Eurofima 95	106,25	
10 dgl. 91	105,75	
10 dgl. 94	104,5	
11¾ dgl. 89	100,5	
8 EIB 91	100	
8¾ dgl. 93	104	
9½ dgl. 95	108,5	
9¾ dgl. 88	102	
9¾ dgl. 93	104	
10½ dgl. 94	108	
11½ dgl. 88	101	
12¼ dgl. 90	108	
8¾ Goodyear93	103,25	
9½ Ind.B.F.95	106	
9⅞ Hypo Bk.88	103	
11 Kredlet.93	101	
7¾ dgl. 87	99,75	
10 dgl. 90	105	
11¾ dgl. 89	103,5	
8 Luxair 87	99,75	
8½ dgl. 87	99,75	
8¾ Met.Chin92	103	
9 dgl. 95	106,5	
10¾ N.Lc.Al92	100	
8 Norges 86	99,75	wegen Feiertag geschlossen
8 Oslo 89	100	
8½ dgl. 87	100	
9 Paribas 92	103	
10¼ Paribas89	101	
8 Philips 89	100,5	
7⅞ Renault 88	100	
7¾ Sogenal 91	100	
9½ dgl. 92	106	
10¾ Solvay 87	100,25	
8 Sveriges 88	99,5	
9¾ Volvo 87	100	
8 WorldBk. 96	104	
9¼ dgl. 90	104	
10¼ dgl. 89	101	

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	18.8.	15.8.
8¾ Cap City91	99,75	wegen Feiertag geschlossen
12¾ dgl. 92	108	
8¾ CCA 91	99,5	
11¼ Ned. G.88	100,5	
9¾ Queb. P 94	100	
8½ SDR 94	99,75	

ECU

	18.8.	15.8.
9¾ ABN 92	106,625	wegen Feiertag geschlossen
All Nippon 95	108,375	
9¾ ANZ 92	108,375	
10¾ Austria93	113,5	
10 BNDA 92	106,875	
8¾ B.d.Roma93	107	
9 M.-Hope 92	105,875	
9 Bk.Helv.96	105	
7½ BNP 93	100,25	
8⅞ dgl. 95	105,625	
8¾ Bay.Vbk.88	107,625	
8¾ BFCE 93	103,125	
9¾ dgl. 92	109,875	
9⅞ dgl. 95	109,75	
9¾ Bull 92	105,875	
9¾ CNT 92	110	
9¾ dgl. 95	109,75	
8⅞ Cargill 95	106,625	
10¾ Ceca 89	109,125	
9 Chrysl. 92	102,375	
9¼ dgl. 94	103,375	
9 ClubMed 88	103,25	
9 Colgate 91	105,25	
9 Cap City 95	105,25	
9¾ CCF 95	107,375	
9¾ CrdNord 91	108,25	
11¾ CrdFonc90	108,125	
11½ dgl. 90	109,125	
6¾ CrdLyon 92	95	
8¾ CrdNat 96	109,25	
10¾ dgl. 94	114,375	
8½ Crdanst.94	106,875	
9½ Credito 97	107,5	
7¾ Denmark 96	99,875	
9 EDF 97	108,75	
8½ EEC 93	107,375	
8¾ ELFAqu 88	102	
9 Emo Gut 91	104,125	
9¼ dgl. 93	104,25	
10 Euratom 97	111,125	
9¾ Eurofima93	105,625	
8¾ EIB 90	105	wegen Feiertag geschlossen
8¾ dgl. 93	106,5	
8¾ dgl. 97	105,125	
9¼ dgl. 95	113	
10¼ dgl. 94	112,75	
10¾ dgl. 94	111,625	
10¾ dgl. 90	110,375	
11¼ dgl. 92	110,375	
9 Eutelsat 93	104,75	
6¾ EDC 96	93,125	
8¾ Fiat 90	104,125	
9 IBKFinnl 95	104,875	
8¾ Ford C.93	105,5	
7 Giroz. 93	96,625	
10¾ dgl. 93	113,25	
10 IADB 95	111,875	
8¼ IBM 90	106,625	
6¾ Iceland 96	91,375	
8¾ IKB 93	103,75	
9 Imatran 96	105,25	
9¾ Italie 89	105,5	
10¾ dgl. 92	111,25	
9¾ Komal 92	107	
9½ Kbifima 92	106,875	
6¾ KB/Ibl 95	92,5	
10¾ Megal 95	108,375	
8¾ Mits.Tr.93	105,75	
9 MoetHen.91	106,75	
9¾ Mal 90	103,25	
8½ Morgan 90	105,25	
8¾ Motorola92	105,125	
9 Nerco 95	105	
8¾ N.S.Wal 93	106,375	
9¼ N.Zeal. 90	106,125	
9¾ N.Zeal 92	107,5	
9 OstLbk. 89	104,125	
8¾ Olivetti93	104,875	
8¾ Parbel 89	102,5	
10 Pechin.90	106,75	
9 Petroc.93	101,875	
9¼ dgl. 90	106	
8½ Probro 96	103,5	wegen Feiertag geschlossen
9 Phcpa 95	105,625	
9¼ Rabo 92	103,375	
10 Prvbk. 92	107	
10¾ RATP 92	106,75	
7½ Robobk. 96	100,875	
9¾ dgl. 95	-	
8¾ Reynolds91	105	
9 SAS 95	106	
9 Sanwa 95	105,75	
8¾ Seccac 90	104,125	
9 SNCI 95	103,625	
8¼ Sumitomo92	106,25	
9¼ dgl. 93	108,875	
9 dgl. 93	108	
6½ Schweden95	94,625	
9 Unba.Nor 95	105,5	
8½ Vict. 90	105,25	
8¼ Wal.D. 94	105,875	
9¼ dgl. 95	108,25	
8½ Washgt.96	105,625	
9¾ Westpac97	108,375	
8½ WorldBk.95	107,25	
8¾ dgl. 93	104,25	
9½ dgl. 97	110,625	
10¼ dgl. 89	109	
10¾ dgl. 94	112,125	
11 dgl. 93	109,5	
8½ Xerox 90	103,5	

ECU-Tageswerte

	18.8.	15.8.
Dollar	1,02274	1,02573
Bfr	43,6606	43,6929
DM	2,10888	2,10909
Hfl	2,37612	2,37659
£	0,684104	0,683855
Dkr	7,91853	7,93494
FF	6,86358	6,85746
Lira	1451,76	1451,65
I£	0,763116	0,760291
Sfr	1,70081	1,69937
öS	14,8297	14,8441
Peseta	136,433	136,873
Skr	7,07682	7,08166
Nkr	7,49921	7,51061
Kan-$	1,42374	1,42258
Esc	149,115	149,76
Fmk	5,07624	5,04546
Yen	157,399	157,399
Drachme	137,667	137,845

SZR-Wert

	18.8.	15.8.
Dollar	1,21004	1,20904
DM	2,49607	2,49909

Typischer später Flaubert

Versatzstücke politischen Geschwätzes



Nur grob gezeichnete Figuren, aber der bestmögliche Hauptdarsteller: K. Schwarzkopf als Rousselin, C. Baxevanos als seine Frau. FOTO: KÖVESDI

Wieder einmal eine Paraderolle für Klaus Schwarzkopf heute abend in der SFB-Inszenierung des Flaubert-Stückes „Der Kandidat". Dieser Schauspieler scheint mittlerweile geradezu abonniert zu sein auf die Darstellung des gehobenen Spießers, wie er hier bei Flaubert in Gestalt des Bankiers und Wahlkreisbewerbers Rousselin erscheint. Keiner versteht es so wie Schwarzkopf, diesem Typ visuelle Glaubwürdigkeit zu verleihen. Schwarzkopfs Fähigkeit, mittels Geste und Mienenspiel echt spießbürgerliche Beflissenheit und Anpassungsbereitschaft zu signalisieren, ist geradezu phänomenal. Flaubert hätte sich keinen besseren Hauptdarsteller wünschen können.

Freilich, auch Schwarzkopfs Kunst vermag es nicht, über die Mängel des Stückes hinwegzutäuschen. Es kam nicht von ungefähr, daß „Der Kandidat" 1874 bei der Uraufführung in Paris mit Pauken und Trompeten durchfiel und seitdem kaum je wieder gespielt wurde. Flaubert führte das Desaster darauf zurück, daß er *alle* gesellschaftlichen Schichten vergrätzt habe. Aber das war natürlich die Selbsttäuschung eines gekränkten Autors. In Wahrheit taugte das Stück nichts.

Seine Dramaturgie ist plump und allzu durchsichtig; man riecht die wenigen Pointen schon meilenweit gegen den Wind. Rousselin und die übrigen Handlungsträger sind grob und ohne jede Psychologie gezeichnet. Es sind keine Menschen, sondern bloße Transporteure politischer Sprechblasen. Wüßte man es nicht aus dem Programmheft, nie würde man erraten, daß sie vom berühmten Verfasser der „Madame Bovary" und der „Education sentimentale" in die Welt gesetzt wurden.

Dennoch ist „Der Kandidat" typischer Flaubert, genauer: typischer *später* Flaubert. Der Dichter, der sich im Laufe seiner literarischen Karriere vom leidenschaftlichen Romantiker zum grimmigsten Realisten gewandelt hatte, faßte im Alter die fixe Idee, daß es möglich sein müsse, die *soziale Wirklichkeit adäquat* zu erfassen, indem man nichts als sprachliche Versatzstücke, Bestandteile des allgemeinen Alltagsgewäschs, aneinanderreihe. Er verfaßte eigens ein „Dictionnaire des idées reçues", also ein „Wörterbuch der Allgemeinplätze", um die Versatzstücke jederzeit abrufen zu können. In seinem unvollendeten Spätroman „Bouvard et Pécuchet" stellte er zwei gehobene Spießer, enge Geistesverwandte Rousselins, vor, die ununterbrochen halbgebildetes Blech reden.

Der Kandidat – ARD, 20.15 Uhr

Leider ist es das Blech von vorgestern, für heutige Leser kaum noch in seiner Banalität durchschaubar. Und genauso verhält es sich mit den Reden und Wahltricks des „Kandidaten" in dem heute abend gezeigten Stück: Es sind die Reden und Tricks von vorgestern, die im Grunde nur noch langweilen. Man hätte den Text rücksichtslos auf heutige Bonner Politverhältnisse und heutige Bonner Sprechblasen umschreiben müssen, dann würde es vielleicht noch ein bißchen Spaß gegeben haben. Da sich der Inszenator Thomas Engel nicht zu solcher Radikalkur entschließen konnte, wird man sich leider ausschließlich an die schauspielerischen Leistungen halten müssen.

GÜNTER ZEHM

Brutale Schläge und dümmliche Frauen für Sex

Vorgestern lief in der ARD zur besten Sendezeit eine neue Familienserie an mit dem Titel Schafkopfrennen. Sie spielt im bayerischen Lokalkolorit und zeigt als Hauptfiguren „urwüchsige" bayerische Charaktere sowie einen Biologen aus dem „kühlen Norden".

In einer der Hauptfiguren wird dem jugendlichen Zuschauer eine fragwürdige Identifikationsfigur geboten. Lukas wird vorgestellt als Hans Dampf in allen Gassen: Er zieht den Leuten das Geld aus der Tasche durch seine Redegewandtheit, hat alle möglichen attraktiven teuren Hobbys, er gibt das Geld mit vollen Händen aus und hat einen immensen Alkoholkonsum.

Diese Art der Lebensführung bringt ihm die uneingeschränkte Bewunderung seiner Schwägerin, seines Vaters, seiner Nichten und Neffen und natürlich auch einer Reihe von (flotten) jungen Mädchen, wobei wieder einmal durch die Blume das typische Frauenbild entworfen wird: Frauen sind sexbesessene Dummchen, die sich von jedem „starken Mann" gern unterwerfen lassen (so seine Schwägerin, die sich von dem betrunkenen Lukas küssen läßt, während sie sexuelle Handlungen mit ihrem Ehemann ablehnt). Jegliche darüber hinausgehenden Aktivitäten der Frauen werden untersagt mit der Bemerkung: „Halt' den Mund, das ist Männersache."

Auf der anderen Seite steht Paul, ein eher „spießiger" Bruder, der stets hart und verbissen arbeitet, um das Geld für seine Familie zusammenzuhalten.

Dieser Konflikt à la Dallas und Denver spitzt sich zu einem Eifersuchtsdrama der beiden Brüder zu, das die willkommene Gelegenheit bietet, eine Schlägerei während eines Tanzvergnügens zu präsentieren, in der Dritte, eigentlich Unbeteiligte, freudig mitmischen. Untermalt von flotter Tanzmusik prügelt man lustig in ziemlich rauher Art und Weise aufeinander ein, wobei die Kinder auf dem und vor dem Fernsehschirm diese Auseinandersetzung beobachten (müssen). Das Ganze läuft schließlich darauf hinaus, daß zur Haupt-Unterhaltungszeit ohne „brutale Action" offenbar nichts mehr geht.

ELKE MONSSEN-ENGBERDING

Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften.

KRITIK

Trister Bahnhof, tristes Bistro, triste Story

Hätte nicht Georges Simenon den *Roman „Der Neger", hätte das* ZDF vermutlich diesen matten Psycho-Krimi kaum verfilmt: **Die Stunde des Léon Bisquet**. Denn die Geschichte des im Leben stets zu kurz gekommenen Streckenarbeiters, der es bis zum Vorsteher eines Dorfbahnhofs gebracht hat, war dünn, und der Kriminalfall, in den der arme Teufel geriet, steckte voller Ungereimtheiten. Regisseur Lutz Büscher sorgte für einen glaubwürdigen nordfranzösischen Schauplatz: Bisquets kleinbürgerliche Bahnhofswohnung, eine kleine Hotelbar, ein tristes Bistro und eine Ziegelei, in der es dem an seinen Minderwertigkeitskomplexen leidenden Eisenbahner an den Kragen gehen sollte.

Vorzügliche Schauspieler (Klaus Schwarzkopf, Matthias Ponnier und Hans-Peter Hallwachs) sowie Beatrice Kessler als Flittchen überspielten die ersten sechzig handlungsschwachen Minuten, bis der Bahnbeamte endlich zur Tat seines Lebens schritt: Er versuchte den von vielen Frauen geliebten Neffen Nicolas, den Verführer seiner Tochter, wegen vermuteten Mordes zu erpressen. Doch er scheiterte.

Am Ende der konventionell ins Bild gesetzten Ballade vom armen Schlucker spielt Bisquete, an dessen Stelle sein einziger Freund, ein Papagei, sterben mußte, einsam auf der Blockflöte. Er blieb halt eine Pfeife.

GÜNTER RUDORF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber Küche
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Ist ja irre – unser Torpedo kommt zurück
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tagesschau
16.00 Im Schlepp – die längsten Beine der Welt
Reportage über die Bohrinsel „Statfjord C"
16.45 Die Spielbude
In Hagenbecks Tierpark
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Kandidat
Von Gustave Flaubert
Regie: Thomas Engel
Rousselin, Bankdirektor im Ruhestand, träumt von einem Abgeordnetensitz in der Pariser Nationalversammlung, da er das ruhige Leben in der Provinz leid ist. Da er aber keine eigene politische Meinung hat, wendet er sich jeweils der Partei zu, die die günstigsten Gewinnchancen aufweist.
21.55 Brennpunkt
Feldzug gegen Rauschgift – Kampf ohne Ende?
Leitung: Rolf Schmidt-Holtz
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter – Musik pur
Moderation: Frank Laufenberg
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.03 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Robin Hood
dazw.: Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 P. I. T.
Hits mit Peter Illmann
20.15 ZDF Magazin
Themen: Neue Heimat: Wer finanziert Renovierungen? Menschenrechte drüben. Private Hilfe für „DDR"-Übersiedler. Schweizer Bundesrat warnt vor Spionage
21.00 Die Profis
CI 5-Chef Cowley erhält einen Wink: Darby, vor 20 Jahren in der UdSSR untergetaucht, soll auf dem Weg nach London sein.
21.45 heute-journal
22.10 Computer in die Schulen?
Bericht von C. Bienfait
22.40 Der Flachsacker
Belgischer Spielfilm (1983)
Den Bauern Vermeulen ärgert es, daß sich sein Sohn zu einer Magd hingezogen fühlt – er schlägt ihn nieder. (Deutsche Erstaufführung)
0.05 heute

III.

WEST

18.30 Familie mit Bommel
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Artur Brauner, Filmproduzent
21.45 Wissenschaftsshow
Themen: Streß von Zuchtschweinen. High-Tech für die Archäologie. Termiten-Einfluß auf Klima-Katastrophen
22.30 Das letzte Melodram
Französischer Spielfilm (1977)
23.45 Die erste Nacht
Französischer Kurzfilm (1958)
Original mit Untertiteln
0.00 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Kampf gegen die Sucht
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 „Mein Handwerk – das Theater"
21.00 Offerte
Aktuelle Informationen und Hinweise aus dem Kulturleben
21.15 Die Schrecken des Krieges
2. Die Entstehung der Guerrilla
Regie: Mario Camus
22.10 Der zerbrechliche Mann
Französischer Spielfilm (1981)
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST

16.00 Keine Ferien für den lieben Gott
Französischer Spielfilm (1949)
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.34 Matt und Jenny
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.10 Miss Marple:
Die Tote in der Bibliothek (1)
Nach Agatha Christie
21.00 Neues
22.15 James Bond: Feuerball
Engl. Spielfilm mit Sean Connery

BAYERN

18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof (5)
20.45 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Romantische Straße
21.50 Hollywood
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Der Spanische Bürgerkrieg
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Beim Sommer zu Gast
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Anschl. Zauber der Magie
18.00 Es darf gelacht werden
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Sport
19.45 Mad Jo, ich spreng' Euch alle in die Luft
Deutscher Kriminalfilm (1968)
Mit Götz George, Walter Barnes, Siegfried Wischnewski
Regie: Rudolf Zehetgruber
21.50 APF-blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Mit Tennisschlägern und Kanonen
Anschließend: APF-blick



19.00 Reisewege zur Kunst
Die türkische Südküste
19.45 Follow me (20)
20.00 Tagesschau
20.15 Inspektion Lauenstadt (1)
Im Gasthof Linde wird ein Hamburger Vertreter tot aufgefunden Selbstmord oder Mord?
21.05 Alle meine Tiere (1)
21.50 Geborgtes Glück
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Melodram über eine schwerkranke junge Frau



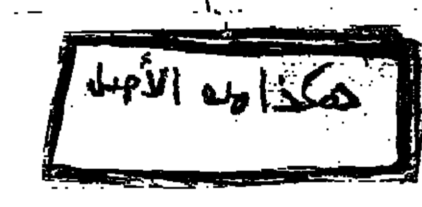
3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Tram-Reise durchs Revier
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Land der Berge
Ein Alpenmagazin
20.30 Volksmusik aus Österreich
Zu Besuch in Osttirol
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Chips und Jobs
Aufbruch in die Elektronik-Zukunft
22.30 Das verschwendete Leben
Père Bidaud – 20 Jahre am Rande der Wüste
23.15 Nachrichten



RTL plus

18.15 Da-da-damals
18.35 Brigitte zu Besuch
Strickmode Herbst/Winter
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Die Kartause von Parma (1)
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Bekreuzige dich, Fremder
Italienischer Spielfilm (1968)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Wer bin ich?
22.45 Geheimauftrag für John Drake
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl



Gehirn vs. Mikrochip

[...]ewußt hat man es ja immer [...] dennoch ist eine neuerliche Bestätigung beruhigend: Computer verfügen, aller raffinierten Technik zum Trotz, über den gleichen IQ wie die Tastatur einer Schreibmaschine, d. h. sie sind ziemlich dämlich. Augenfällig wird das dann, wenn die Befehle über eine schlichte Ja/Nein-Entscheidung hinausgehen, wie das bei Übersetzungen von fremden Texten in der Regel der Fall ist.

So pflegen die Behörden der Europäischen Gemeinschaft zwar gegen ihre fast babylonische Sprachvielfalt den Kollegen Computer als „Krücke" für ihre Verständigung zu benutzen. Aber selbst hier, so gestehen die Beamten ein, die mit ihm arbeiten, sei er bloß „eine erhebliche Hilfe". Bei „wichtigen Vertragstexten", so ließ der Bonner Kommunikationsforscher Winfried Lenders wissen, sei die Kontrolle durch den Menschen unabdingbar. Lediglich bei „nüchternen Texten" mit geringem Wortschatz und einfachsten grammatischen Strukturen darf man der Krücke einigermaßen vertrauen.

Wenn es aber um Mitteilungen geht, die nicht bloß platten Informationscharakter haben, sondern mehrere Sprachebenen umfassen, Mitteilungen, bei denen es dem Schreiber auf Inhalt, Stil, Wortwahl und Syntax ankommt – wenn es also um Literatur geht, dann muß die Maschine passen. Die „ganze Fülle der Interpretationsmöglichkeiten in der künstlerischen Sprache der Literatur ist für den Rechner nicht zu begreifen". Oder besser gesagt: nicht zu erspeichern.

Wahrscheinlich wird bei der 11. Internationalen Konferenz für Computerlinguistik, die vom 25. bis zum 29. August in Bonn stattfindet, als Fazit eben nicht mehr herauskommen als das altbekannte Ergebnis: Gehirn schlägt Mikrochip. Aber vielleicht brauchen selbst die Computerfachleute diese Bestätigung hin und wieder – zu ihrer Beruhigung.

Bernhards „Ritter, Dene, Voss" bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt

Verflixte Brandteigkrapfen

Neunzig Minuten lang plätschert das so dahin, wie man es von Thomas Bernhard gewöhnt ist: allerlei Böses über die Menschen, die Kultur und was sonst so zum Leben dazugehört. Und dann plötzlich passiert im Salzburger Landestheater etwas, was man in einem Bernhard-Stück kaum erwartet: Man erschrickt, man ist schmerzlich berührt, man möchte am liebsten mit dem Helden aufschreien.

Zu danken ist diese Szene aber weniger dem Autor, als vielmehr dem Schauspieler Gert Voss. Eine scheinbare Banalität wird zum dramatischen Aufschrei eines gequälten Menschen. Es gibt zum Nachtisch Brandteigkrapfen, eigentlich die Lieblingsspeise des Philosophen, den Gert Voss zu spielen hat. Aber wie das so ist mit Leibgerichten – sie werden von der *wohlmeinenden Umwelt* zur Vergewaltigung herangezogen. Statt eines Brandteigkrapfens gibt's deren 20. Und ausgerechnet die größte Lust verwandelt sich in schreckliche Pein.

Gert Voss nähert sich liebevoll den Brandteigkrapfen. Er steckt sich einen in den Mund. Er stopft nach. Er kann nicht widerstehen – schließlich ist's sein Leibgericht. Noch ein Krapfen also, und noch einer. Das Gesicht läuft rot an. Voss ist schon selbst ein einziger Brandteigkrapfen. Die Backen können die Krapfenmasse kaum halten. Die Augen quellen hervor, der Körper zuckt. *Atmen ist schon unmöglich.* Erstickung droht.

Und wie ein Vulkan explodiert förmlich der ganze Schädel. Die Mehlspeise ergießt sich wie ein Lavastrom über die kunstvoll gedeckte Tafel. Und alles entlädt sich in dem qualvollen Schrei: „*Dem Leben einen Sinn geben!*"

Gerade weil diese Szene so degoutant ist, wirkt sie ergreifend. Sie zeigt, wie Thomas Bernhard sein könnte, hätte er sich nicht schon längst zur modischen Verdrossenheit und zur *ewigen literarischen Wiederkäuerei* des Immergleichen erniedrigt. Hier leidet einer wirklich, wenn auch nur an einem blödsinnigen Brandteigkrapfen, der zum Inbegriff aller blödsinnigen Pseudoangebote wird, dem Leben Lust und Sinn zu geben.

Die Krapfenszene war aber auch fast der einzige lichte Moment in Thomas Bernhards Stück „Ritter, Dene, Voss", das nun endlich, zwei Jahre nach seinem Erscheinen auf dem Buchmarkt, bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt wurde. Bernhard macht es diesmal besonders kompliziert: Der Titel nennt drei Schauspieler aus Claus Peymanns bisherigem Bochumer Ensemble, Ilse Ritter, Kirsten Dene und Gert Voss. Sie spielen im Stück (und bei der Uraufführung auf der Bühne) zwei Schauspielerinnen und einen Philosophen.

Diese Brechung will uns wohl Bernhards bekannten Gedanken nahebringen, daß das Leben ein ausgedachtes Theaterspiel sei und daß das *Theater dann noch weniger Identität* zu bieten habe als das ohnehin schon identitätslose Leben. Thomas Bernhard zieht sich selbst, den Schauspielern und dem Publikum immer wieder den Teppich unter den Füßen weg, weil er mit diesem Lebens-Theaterspiel nichts, aber auch gar nichts anzufangen weiß.

Das Stück ist selbstverständlich eine Paraphrase zu früheren Hervorbringungen des Autors. Zwei Schwestern aus reichem Wiener Hause haben ihren philosophierenden Bruder Ludwig (gemeint ist natürlich Ludwig Wittgenstein, mit dessen Neffen *Karl Bernhard eng befreundet war*) aus der berühmten Wiener psychiatrischen Anstalt Steinhof geholt, um ihn daheim zu heilen. Aber der will eigentlich gar nicht heim, zumal er sich höchst freiwillig in der Anstalt aufhält (für täglich 7000 Schilling), um *dort das Leben zu führen*, das ihm einzig überhaupt noch möglich erscheint:

„Immer an der Grenze der Verrücktheit, niemals diese Grenze überschreiten, aber immer an der Grenze der Verrücktheit, verlassen wir diese *Grenze, sind wir tot.*"

Wer nun irgendwelche tieferen Gedanken zu diesem verzweifelten Ansatz erwartet, kennt Thomas Bernhard nicht. Das Stück demonstriert drei Stunden lang Geschwisterliebe, Geschwisterhaß, Probleme mit den toten Eltern, mit dem verhaßten *Schauspielerberuf, mit der unseligen Kunstszene*, mit all den leerlaufenden Versuchen, dem sinnlosen Leben zu entkommen oder es möglichst blödsinnig zu Ende zu spielen. Am Ende, weil es an diesem Wiener Sonntagnachmittag regnet, geht man miteinander ins Bett.

Daß diesmal ein Philosoph im Mittelpunkt steht, hat eigentlich keine Bedeutung. Von ihm erfährt man nur, daß er es mit Nietzsche und Schopenhauer hält, daß er „Logik I" und „Logik II" schreibt, daß er in Cambridge seinen Doktor-Titel nicht bekam und *daß er natürlich alles für sinnlos hält.* Ansonsten gibt es eben Inzest und Kulturkloake, Schweizer Baumwoll-Unterhosen und – immerhin – Brandteigkrapfen. Ach, hätte Thomas Bernhard doch ein wenig mehr von Albert Camus, hätte er ihn doch wenigstens verstanden!

Claus Peymann und sein Darsteller-Trio haben das Stück gelegentlich gegen den Strich gebürstet. A la bonne heure! Die Doppelbrechung der Identität wird sozusagen in einer doppelten Negation dialektisch wieder zu phasenweiser Identität zurückgeführt. Da gibt es – siehe die eingangs beschriebene Szene – Augenblicke wirklichen Leidens.

Die rundliche Kirsten Dene als ältere, mütterliche Schwester steigert ihre vergeblichen Versuche, wenigstens über die äußere Ordnung die innere Existenz zu garantieren, in eine tragische Groteske. Ilse Ritter, das grazile Luxusgeschöpf, übt handfeste Macht aus und wird zur einzigen Figur, die gelegentlich Befriedigung empfindet. Und Gert Voss gibt dem Philosophen Ludwig verzweifelte Züge, wenigstens noch in der Selbstverstümmelung mit sich eins zu werden.

Aber das alles reicht letztlich nicht aus, um über das Amüsement an unserer Fatalität hinauszukommen. Man lacht über einige Pointen. Und *am Ende gab's Beifall. Honni soit, qui mal y pense!*

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Stehplätze und Logen auf dem Frankfurter Opernplatz: Webers „Oberon" wird auf Großbildschirm ins Freie übertragen FOTO: DPA

Webers „Oberon" zum Auftakt der Frankfurt Feste

Striese und Shakespeare

Was macht man mit einer Oper, deren Musik allenthalben als kostbar und aufführenswert gilt, deren Inhalt und Libretto indessen jede szenische Aufführung zum Scheitern verurteilen? Nun, man führt sie konzertant auf. Was aber, wenn ausgerechnet Feenspuk und Geisterbahn, Prospekte und Kulissen ganz entscheidenden Anteil an diesem Werk haben, alldieweil es sich um eine Zauberoper handelt, man also gar nicht auf das Theater verzichten kann? Eben dann steckt man im Dilemma des „Oberon" von Carl Maria von Weber.

Aber aus jedem Dilemma gibt es einen Ausweg, und den hat nun der britische Regisseur Frank Dunlop gewiesen, mit einer Aufführung, die zunächst das Edinburgh Festival dieses Weber-Jahres eröffnete, dann eilends verfrachtet wurde, um nun auch die in diesem Jahr „romantische Welten" *beschwörenden „Frankfurt Feste"* der Alten Oper zu eröffnen. Das ZDF war mit seinen Kameras dabei und wird diesen „Oberon" in Gänze senden, und an beiden Abenden gab es eine Eidophor-Übertragung auf den Opernplatz, wo sich mancher Frankfurter aus Klappstühlen seine Privatloge gebaut hatte.

Frank Dunlops Idee ist so einfach, daß es wirklich schwer gewesen sein muß, darauf zu kommen. Er sagte sich, daß ein solcher Wust von Ungereimtheiten nie und nimmer ernst gemeint sein *konnte. Er besann sich* auch auf die Zustände und Traditionen des englischen Theaters im frühen 19. Jahrhundert. Er forschte nach, wie denn wohl die Uraufführung des „Oberon" anno 1826 am Covent Garden ausgesehen haben *mochte. So fügte sich eins ins andere*, bis für Dunlop, den Chef des Edinburgh-Festivals, *ganz klar war: Dieser* „Oberon" muß fast wie ein Musical gespielt werden. Er hat mehr mit Schikaneders Vorstadttheater zu tun als mit einer romantischen deutschen Oper wie dem „Freischütz". Die drallsten theatralischen Effekte sind gera*de stark genug. Vor allem aber: Die*ser Webersche Sommernachtstraum darf nach Mottenkugeln, Leim und Pappe riechen; es ist ein Schmieren-Shakespeare ganz vorsätzlich.

Wenn es also *gar nicht auf eine* perfekte Bühnen-Illusion ankommt, dann reicht ja auch ein bißchen Striese- und Schlagetot-Theater rund ums Orchester, eine sogenannte halbszenische Produktion also (und nur eine solche läßt sich ja auch in einen Konzertsaal wie *die Alte Oper* einpassen), war die nächste, freilich dann doch anfechtbare Überlegung Dunlops. Aber immerhin: über diese Aufführung, bei der dann auch einmal ein Blumentopf im Orchester landet, das Erste Horn, mit Glühbirnchen garniert, *zugleich Oberons Zauberhorn* ist und Ritter Hüon in der Schubkarre des Gärtners erwacht, kann man wahrhaftig mehr lachen als über angestrengtes Bildungstheater.

Aber auch Dunlops Produktion in der Ausstattung von Carl Toms ist *eben nur Beigabe zu Webers Musik*, und die wird von der Jungen Deutschen *Philharmonie* unter Seiji Ozawa so hinreißend gespielt, daß einem die Ohren übergehen. Das überrascht, weil ja weder das Orchester noch der Pultstar viel Erfahrung mit Opern haben. Aber wieder einmal ist es eben diese Abwesenheit von Routi*ne, die erst das so frische* und *konzen*trierte Orchesterspiel ermöglicht. Die Junge Deutsche Philharmonie erweist sich jedenfalls als ein in jeder Gruppe so präzis wie tonschön spielendes Ensemble: der Solohornist ist philharmoniereif, die Blechbläser haben *einen Strahlklang sondergleichen* drauf, die Celli und Geigen lassen sich markant vernehmen.

Star bei den Sängern ist Elizabeth Connell, die ihren Mezzo nun endgültig in die höchsten Sopran-Regionen emporgehoben hat und Rezias Arien*jubel glorios entfacht. Ihr zur Seite als* Fatime steht mit La Verne Williams eine Sängerin mit üppiger und schön timbrierter Stimme, während die Herren, Philip Langridge als Oberon, Paul Frey als Hüon und Benjamin Luxon als Scherasmin über gute Solidität nicht hinauskommen.

REINHARD BEUTH

Neue Platte: Die Folklore-Gruppe „Pentangle"

Handgefertigte Musik

Ihre Zeilen von der verstreichenden Nacht könnten den Albas der provenzalischen Troubadours entsprungen, ihre Träume von Cowboys, Indianern und Piraten aus den unruhi*gen Phantasien frecher kleiner* Jungen herausgefiltert sein. Wieder gibt es da ein *Lied* vom daheimsitzenden liebenden Mädchen, das ihren Prinzen nicht freudig erwartet, sondern betrübt nach Frankreich hinüber verabschiedet hat: „Süil-a, Süil-a, Süil-Agrar", ruft die Stimme ihm hinterdrein, „Only death can end my woe".

Mond und Sonne zirkeln dort an mythischen Firmamenten, und die Klagerede geht von Wüstenrose und Waldregen. Da kündet der ganz einfache Mensch von frommer Anspruchslosigkeit, und würzige britische Luft weht vom Meer heran. Ein Blues ruft gleichsam *zum Gottesdienst, und ei*ne Mutter singt ihren Sproß in den Schlaf ...

Die englisch-irisch-schottische Folklore-Gruppe „Pentangle", jenes Fünfgestirn, *das sich 1972 nach lan*gen, stillen Erfolgsjahren aufgelöst *hatte und Ende 1984 mit* der wunderschönen Comeback-Platte „Open The Door" seine Wiedergeburt beging, hat nun eine neue Schallplatte veröffentlicht – „In The Round" (Verlag „pläne", 88 505 G) – *und mag nun auch* spät reagierenden Freunden erlesener Folklore endgültig versichern, daß sie wieder „da" ist: zur verfeinerten Erbauung inmitten einer Zeit übermäßiger Elektrifiziertheit und klanglicher Synthetisierungen.

Gewiß – in bewährter Art *erklingt* hier unter dem hinreißenden Gesang der einzigartigen Jacqui McShee und des so unersetzlich sprechsingendknödelnden Bert Jansch auch schon mal eine elektrisch gespielte Instrumentallinie, zirpt hier und da auch mal ein Synthesizer. Doch „Pentangle", jene vor 27 Jahren von den Sängern/Gitarristen Jansch *und* John Renbourn gegründete Gruppe, war und ist noch immer Vor- und Mitkämpferin des *acoustic mouvement*, das allem schwermetallischen Rockgewirbel zum Trotz seine Musik ganz wesentlich immer „mit der Hand" gemacht hatte.

So wurde „*Pentangle*" *zum* Leitbild für alle nachkommenden Gruppen, denen *Musikalität*, zarte Nuancen und das erzählerische Element in der modernen angelsächsischen Volksmusik wichtiger waren als Phonzahlen oder psychedelische Überreizungsorgien. „Pentangle" *ist* eine Verbindung von Musikern, die *wußten*, daß der schönen Stimme einer Sängerin mit Banjo, Mandoline und sanftem Gitarrenspiel mehr Gerechtigkeit getan wird als aus Verstärkern.

Bei „*Pentangle*" verschmelzen typisch britische Folkelemente immer wieder auf *verzaubernde Weise* mit Jazz-, Blues- und sogar zarten Rock-Anklägen, und diese Musik ist und bleibt die Musik von Meistern, die – abgesehen von der „Nur"-Sängerin Jacqui McShee – im Grunde eigentlich immer eher in Klang gesetzte *Poesie gewesen ist, die viele ihrer* Bestandteile aus neu erworbener Tradition gewann: aus Kinderversen wie alten Sagen, aus keltischer Überlieferung und Volksliedern aus Somerset, aus Renaissance-Motiven wie aus einer Vielzahl inspirierender Beobach*tungen, die auch unsere Gegenwart* verfügbar hält.

Wenn es denn stimmt, daß die moderne Rockmusik ein unverfälschter Spiegel aller Probleme, Konflikte und Inkongruenzen sei, die es heutzutage zu bewältigen gilt, dann stimmt *das*, was *der reife*, souveräne, nicht auf knallige Effekte orientierte Stil von „*Pentangle*" *allemal* ebenso signalisiert: daß die wahren Aufgaben solcher Poesie genau zwischen den lärmenden Trassen unserer oberflächlichen Tage liegen – im Vermit*teln dessen*, was *auch* übermorgen noch schön sein wird.

ALEXANDER SCHMITZ

Top-Filmrezept, nachgekocht: „Karate Kid II"

Ein kuscheliger Held

Einträgliche Schlägereien sind sein Metier. Als Regisseur John G. Avildsen seinen Boxer „Rocky" zum ersten Mal in den Ring schickte, errang er neben dem fiktiven Weltmeistertitel auch einen höchst realen Oscar. Und als Avildsen 1984 nicht *mehr der geballten Faust, sondern* der gestreckten Handkante vertraute, sammelte sein schmächtiger Titelheld „Karate Kid" mehr als 100 Millionen Dollar an den Kinokassen. Da Hollywood solche Erfolgsrezepte heutzutage gern nachkocht, muß der bewährte *Kampfsportknabe* nun noch einmal antreten.

Damit es etwas spannender wird, setzte Autor Robert *Mark* Kamen diesmal ein Auswärtsspiel an. Durfte sich der schlagfertige Daniel zunächst auf amerikanischem Heimatboden in die Spitzenklasse der Turniersportler hocharbeiten, folgt er nun seinem japanischen Lehrer Miyagi nach Okinawa. Dort aber pflegt er Fußtritt und Ellenbogenstoß nicht der goldenen Pokale wegen, sondern sucht Kraftproben auf Leben und Tod.

Vor langer Zeit hatte Miyagi den Verlobten seiner Geliebten bloßgestellt und war dem fälligen Duell dann ausgewichen. Jetzt jedoch, da er zurückgekehrt und ans Sterbebett *seines Vater geeilt ist, kann er* den Kampf gegen seinen Konkurrenten Sato wohl kaum vermeiden. Da auch Daniel seine martialische Kunst zeigen soll, loste ihm das Drehbuch den tückischen Kraftprotz Thozen als Gegner zu. Dennoch wird man höchst *selten von der Furcht gequält*, die beiden Lichtgestalten könnten von den Finsterlingen ernsthaft gefährdet werden.

Der Dramaturgie stand nämlich offenbar die asiatische Küche Pate, weshalb die Konflikte hier meist auf Sparflamme köcheln. Dabei müßte doch auch Avildsen wissen, wie aufregend *westliche* und *fernöstliche* Figuren auf der Leinwand zusammenstoßen können. Etwa in Sydney Pollacks exquisiten Gangsterfilm „The Yakuza", der Robert Mitchum im Zwiespalt zwischen persönlichem Moralempfinden und japanischen *Ehrenkodex zeigt. Da solcher thematische* Ehrgeiz das anvisierte Teenagerpublikum vielleicht verprellt hätte, begnügt sich die Regie hier mit pittoresker Folklore und kultivierte die Reize des fremden Kulturkreises in schöner Kalenderfotografie.

Bunte Lampions auf dem nächtlichen Fluß und stilvolle Zeremonien mögen denn auch manches Nipponklischee bestätigen. Mit den Traditionen dieses Landes haben solche Impressionen freilich kaum mehr zu tun als amerikanische Schnellrestaurants *mit französischen Gourmet-Tempeln.* Stärker als in den Bildern stört diese oberflächliche Exotik allerdings in den Dialogen. Wenn dem greisen Meister Miyagi die banalen Lebensweisheiten wie edelster Blütenhonig von den Lippen tropfen, wirkt solcher Westentaschen-Buddhismus nur noch peinlich.

Bedenkt man zudem, daß Hauptdarsteller Ralph Macchio ein allzu kuschelweiches Heldenimage verkörpert und rasante Kampfszenen Mangelware sind, dann bleibt die Hoffnung, daß uns „Karate Kid III" erspart bleibt.

HARTMUT WILMES



Der Meister und sein Schüler: Ralph Macchio und Noriyuki „Pat" Morita in Avildsens Film „Karate Kid II" FOTO: WARNER

„Geschmackssache": Ausstellung in Ludwigshafen

Würstchen mit Henkel

So gut hat es im Hack-Museum in Ludwigshafen sicher noch nie gerochen, wie in diesen Tagen, da ein bunter Iglu aus Lebkuchen und Zuckerguß, hier und da schon etwas angeknabbert, den Eingang zur Ausstellung „Geschmackssache" ziert. Dabei *geht es hier beileibe nicht um einen* Sommerspaß für unsere Jüngsten; hinter dem Projekt steht vielmehr die „museumspädagogische" Absicht, „die – für den mit Kunst wenig vertrauten Betrachter – manchmal völlig unverständlich scheinenden Entwicklungen der Moderne beispielhaft zu verdeutlichen", so der Katalog. Um die sogenannte „Eat-art" geht es *also*, eine Kunstrichtung, bei der man in erster Linie an Daniel Spoerri und seine „Fallenbilder" *denkt*, Tischplatten, auf denen Geschirr und zufällige Essensreste fixiert sind.

Dies und vieles mehr an *Lebensmitteln*, was jemals von ihm und anderen Künstlern, von Joseph Beuys bis André *Thomkins, zu Kunst* verarbeitet worden ist, hat man im schwarz ausgekleideten Gruselkabinett säuberlich unter Vitrinen gebracht. Daß sich nun aber heute bei der „Wurst mit Henkel" *von* Robin Page, *dem* „Brötchen mit eingebackenem Thermometer" von Wolf Vostell oder den zwischen Glasplatten geschichteten Gewürzen von Diter Rot partout kein Gruseln mehr *einstellen will*, höchstens mäßige Amüsiertheit, das liegt in *erster* Linie an einem Gewöhnungseffekt. Gibt es denn überhaupt noch eine Zielgruppe, der man mit so einer Schau ins spießbürgerliche Herz treffen kann? Hält nicht gerade „der mit Kunst wenig vertraute Be*trachter" ohnehin im* Bereich der Kunst alles für möglich?

Da aber, wo eine solche Ausstellung einsetzen könnte, um über mehr als nur eine Materialerweiterung in *der Kunst zu berichten, hat die* Ausstellungsmacher anscheinend der Mut verlassen. Es *ist* zwar noch das blutverkrustete Meßgewand zu sehen, Relikt einer Aufführung des „*Orgien-Mysterien-Theaters*" *von* Hermann Nitsch. Aber das Blut muß hier für die Unsäglichkeiten stehen, die er und Künstler wie Otto Mühl in ihren orgiastisch-erotischen Aktionen als *Lebensmittel verwendeten.* Unsäglichkeiten, bei denen die lebenden Raupen des Kiefernspanners zu den harmloseren gehörten.

Solche Schocks bleiben hier dem Besucher erspart; er erfreut sich an umgestülpten und zusammengenähten Apfelsinenschalen, harmlosen in Folie eingeschweißten Schimmelbildungen, und beim Hinausgehen bricht er für sich und die Kinder noch ein Stückchen vom Lebkuchen-Iglu ab. (Bis 7. September. Katalog 10 *Mark*)

BRUNO F. SCHNEIDER

KULTURNOTIZEN

In einer alten Villa aus dem Jahre 1873 soll in Lüdenscheid ein Deutsches Orden- und Ehrenzeichenmuseum entstehen.

Mit der Archäologie in Ulm und um Ulm herum beschäftigt sich eine Sonderausstellung des Museums der Stadt bis zum 24. August.

Medaillen und Plaketten zu Themen der Medizin zeigt vom 29. August bis zum 10. September die Deutsche Bank auf der Düsseldorfer Königsallee.

Mit der Geschichte Wilzenbergs beschäftigt sich das neueste Heft der vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe herausgegebenen Schriftenreihe „Frühe Burgen in Westfalen".

Die russische Exilschriftstellerin Nina Berberowa (84) hat sämtliche Verlagsrechte für ihre Schriften dem Verlag Actes Sud (Arles) vermacht.

Die Leipziger Gewandhaus-Orgel wird um drei Register erweitert. Mit dem Glockenspiel und zwei Zimbelsternen verfügt sie dann über 92 Register.

Eine Bronze-Ente von vier Zentimetern Länge ist einer der wertvollsten Funde, die Archäologen in Gräbern aus vorchristlicher Zeit im Kreis Herford entdeckten.

Karl Münchinger und das Stuttgarter Kammerorchester eröffnen am 29. 8. das 27. *Musikfestival* von Ciboure.

Das Ikonenmuseum in Recklinghausen mit 650 Ikonen und 100 koptischen Kunstwerken soll 1988 vollkommen neu eingerichtet werden.

Der Chor der St.-Hedwigs-Kathedrale reist, begleitet vom symphonischen Orchester Berlin, am 30. August zu Konzerten nach Polen.

JOURNAL

Frankfurt zeigt Internationale Kunst

dpa, **Frankfurt**

Einen Überblick über die gegenwärtige westliche Kunst will der Frankfurter Kunstverein im Herbst in einer umfangreichen Ausstellung präsentieren. *180 in den vergangenen* zwei Jahren entstandene Arbeiten sollen unter dem Titel „Prospect 86" vom 9. September bis 2. November im Kunstverein am Römerberg *und in allen Räumen* der benachbarten neuen Kunsthalle „Schirn" zu sehen sein. Vertreten sind vor allem die USA, die Bundesrepublik, Italien und Großbritannien. Neben Außenseitern und Neuentdeckungen werden einflußreiche Namen der 70er Jahre wie Mario Schifano, Frank Stella, Joel Shapiro oder Richard Tuttle einer jüngeren Künstlergeneration gegenübergestellt.

Fresken in der Kirche von Payerne restauriert

DW. **Payerne**

Mit Tünche überstrichen wurden nach der Reform die Fresken der Abteikirche von Payerne. Jetzt sind die Ensembles aus dem 11. Jahrhundert in der größten romanischen Kirche der Schweiz nach *dreijähriger Arbeit wiederhergestellt.* Christus als Majestät, seine Apostel, Engel und Erzengel sind so in den Farben der alten Zeit, die akribisch nachgebildet wurden, zu sehen.

Wilhelmshaven stiftet einen Kleinkunstpreis

dpa, **Wilhelmshaven**

Mit einem „Wilhelmshavener Kleinkunstpreis" soll die Kleinkunstszene in der Bundesrepublik belebt werden. Die mit 5000 Mark dotierte Auszeichnung der Stadt wird *im kommenden Jahr zum* ersten Mal für 1986 vergeben. Anlaß der Stiftung ist das zehnjährige Bestehen des Wilhelmshavener Kultur- und Kommunikationszentrums Pumpwerk, das auf 3000 Veranstaltungen zurückblicken kann. Ein *Auftritt in Wilhelmshaven ist* Voraussetzung für die Entgegennahme der Auszeichnung.

Cinemathek zieht ins „Palais Tokyo"

DW. **Paris**

Die französische Cinemathek – sie feiert in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen und ist damit die älteste Einrichtung dieser Art in der Welt – erhält eine neue Wirkungsstätte. Sie zieht demnächst in das 1937 zur Weltausstellumg errichtete „Palais Tokyo" um. Dort stehen zwei neue Kinosäle, eine größere Bibliothek und Dokumentationsräume zur Verfügung. Eine ganze Etage ist für die Erweiterung des Filmmuseums vorgesehen.

Großplastiken aus der Fabrikhalle

DW. **Gaggenau**

Stahl, Eisen und Blech – das sind die traditionellen Werkstoffe der Industriegeschichte. 14 Metall-Bildhauer waren fünf Wochen lang zu *Gast in der Fabrikhalle des Daimler-Benz-Werkes Gaggenau.* Unter fachlichen Hinweisen von Ausbildungs-Meistern schufen sie hier aus den Industriematerialien mehrere Groß-Plastiken. Zur Zeit werden die Objekte – unter anderem von Werner *Pokorny*, Gert Riel und Hermann Schafran – in der Stadt ver*teilt*, vom 28. August bis 24. Oktober sind sie allesamt im „Open-Air-Museum" zu sehen.

Bilder, die an Bäumen hängen

dpa, **Pénestin**

Der Himmel, das Meer und ein Kiefernwäldchen sind in Pénestin in der Bretagne die Naturkulisse für eine Ausstellung mit 300 Werken der amerikanischen Künstlerin Geneviève, die bis Ende August zu *sehen ist. Die meist halb-figurativen* Bilder hängen an den Bäumen. Ihre letzten großformatigen Bilder, in denen Rosa und Orange aufeinanderprallen, nennt die heute etwa 70jährige Künstlerin „Liberation" (Befreiung). Die originelle Retrospektive umfaßt vierzig Jahre Schaffenszeit.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das französische Autorengespann Pierre Boileau und Thomas Narcejac garantiert für gepflegte, psychologisch feinziselierte Spannung. Das wußte auch der Groß*meister* der Gänsehaut, Alfred Hitchcock, zu schätzen, der aus ihrem Roman „Aus dem Reich der Toten" seinen Film „Vertigo" gefertigt hat. Im Mittelpunkt des *jüngsten Kriminalfalles* steht der Fabrikant Charles Froment. Alles deutet darauf hin, daß der Unternehmer, dessen Firma in einer schweren Krise steckte, Selbstmord begangen hat – wenn da nicht gewisse Kleinigkeiten wären, die absolut nicht ins Bild passen wollen ... no

Boileau/Narcejac: „Der Tod erlaubt kein Double", rororo, 148 S., 6,80 Mark

Ladenschluß im Vergleich zum Ausland

dpa, **Hamburg**

Auch nach der jetzt in Gang gekommenen leichten Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes werden dem Konsumenten in der Bundesrepublik beim Einkaufen Beschränkungen auferlegt, die nur in wenigen westeuropäischen Ländern üblich sind. Vergleichbare Regelungen wie in der Bundesrepublik gelten nur noch in Österreich, der Schweiz, Dänemark und den Niederlanden.

Ein Streben nach Beschränkungen, wie sie in der Bundesrepublik vor der gesetzlichen Neuregelung im Juli jahrzehntelang galten, ist bei Handel und Verbrauchern in anderen europäischen Ländern nicht erkennbar. In Dänemark geht die Tendenz noch zu einer weiteren Verlängerung der Öffnungszeiten. Immer mehr größere Supermärkte haben neben dem langen Freitag, an dem bis 20.00 Uhr geöffnet ist, einen zusätzlichen langen Tag eingeführt.

Nahezu paradiesische Zustände finden die Verbraucher in anderen Ländern, vor allem in Spanien und Frankreich, wo die Ladeninhaber zum Teil völlig frei über ihre Öffnungszeiten entscheiden können. Hier ein Überblick über den Ladenschluß im Ausland:

Schweiz: Der Ladenschluß unterliegt kantonaler Gesetzgebung. Öffnungszeiten gelten bis 20.00 Uhr. In Großstädten gibt es einmal wöchentlich einen auf 22.00 Uhr verlängerten Ladenschluß.

Schweden: Lebensmitteleinkauf in Großstädten ist bis 23.00 Uhr möglich.

Großbritannien: Das Ladenschlußgesetz ist in der Praxis stark durchlöchert. Zahlreiche Geschäfte haben bis weit in den Abend hinein und auch am Sonntag geöffnet.

Niederlande: Einmal in der Woche ist bis 21.00 Uhr geöffnet; bestimmte Lebensmittelgeschäfte in Amsterdam, Amstelveen und Rotterdam halten bis 01.00 Uhr nachts offen. In Touristenorten können Einzelhändler mit Sonderlizenz beliebig lange verkaufen.

Griechenland: Je nach Branche gibt es unterschiedliche Öffnungszeiten. Lebensmittelgeschäfte haben zum Beispiel nachmittags nur am Dienstag, Donnerstag und Freitag geöffnet.

Italien: Ladenschlußzeiten werden von der Gemeinde festgesetzt. In der Regel sind die Geschäfte bis 20.00 Uhr geöffnet. In Touristenorten Öffnungszeiten häufig bis Mitternacht und auch Sonntag vormittag.

Belgien: Hier gibt es keine landesweit einheitliche Regelung. Die Öffnungszeiten gehen teilweise bis 22.00 Uhr.

Frankreich: Es gibt kein Ladenschlußgesetz. Lebensmittelgeschäfte dürfen sonntags öffnen. In städtischen Wohngegenden gibt es ein- oder zweimal in der Woche lange Öffnungszeiten („Nocturne") bis 22.00 Uhr. Auch Banken haben dort samstags geöffnet. Großmärkte an den Stadträndern werben mit langen Abenden zum Einkauf. Heimwerkergeschäfte an Stadträndern haben häufig trotz gesetzlich vorgeschriebener Sonntagsruhe geöffnet.

Spanien: Die sozialistische Regierung bestimmte gegen Proteste der Gewerkschaften und kleiner Einzelhändler im Januar 1985, daß jeder Ladeninhaber – auch an Sonn- und Feiertagen – öffnen und schließen kann, wann er will. Kaufhäuser schließen im allgemeinen zwischen 20.00 und 21.00 Uhr, Supermärkte um 22.00 Uhr. Die Abschaffung der früher üblichen Mindestöffnungszeiten 09.00 bis 13.00 und 17.00 bis 19.00 ist bei den Verbrauchern gut angekommen.

Eine Kaltfront zieht auf (rechts das typische Erscheinungsbild). Mehr als die Hälfte aller Niederschläge, Regen und Hagel, werden durch dieses Wetterphänomen ausgelöst. Ein Grund, es genauer zu erforschen.

Dem Geheimnis der Zyklone auf der Spur

Bis zu 50mal im Jahr dringen sie von Westen her auf uns ein. Schon deshalb sind Kaltfronten zum Forschungsobjekt der Meteorologen und Klimatologen geworden. Die physikalischen Zusammenhänge dieser Fronten sind zwar im Prinzip bekannt, in ihrer Ursache aber sind sie noch nicht ausreichend erforscht. Nun beginnt man, diese noch geheimnisvollen Vorgänge der Atmosphäre weiter zu entschlüsseln.

Ein Gebiet relativ kalter Luft dringt in ein Gebiet wärmerer Luft vor und schiebt dabei eine imaginäre scharfe Luftmassengrenze vor sich her, die Kaltfront. Eine verständliche Erscheinung. Schwieriger ist es, einen Zusammenhang zu den Zyklonen zu sehen, wie man in unseren Breiten die Schlechtwettergebiete nennt. Da Fronten grundsätzlich an die Erscheinung von Zyklonen gebunden sind, lohnt es sich, auch die Wiege unserer Zyklone im Nordatlantik zu betrachten.

In der atmosphärischen Waschküche voller Wasserdampf, heißer Tropenluft und eisiger Polarluft spielt ein Bereich eine entscheidende Rolle: der Grenzbereich, in dem diese großen Temperaturgegensätze mit den enormen Unterschieden von Luftdruck und Wasserdampfgehalt aufeinanderprallen, die „Planetarische Frontalzone". Hier toben in Höhen von zehn Kilometern Stürme mit Geschwindigkeiten von mehr als 500 Kilometer pro Stunde, die am Boden noch als beständiger Luftstrom aus westlichen Richtungen zu spüren sind. Da es sich bei dieser Frontalzone um eine sehr bewegliche, ja manchmal einem mäandrierenden Flußlauf verblüffend ähnliche Fließerscheinung handelt, beobachtet man zwei gegenläufige Bewegungen: Einerseits dringt auf der Nordhalbkugel warme Tropenluft nach Norden vor, andererseits stößt kalte Polarluft nach Süden vor. Die stets leichtere Warmluft schiebt sich dabei langsam über die Kaltluft, während diese recht turbulent unter die Warmluft fährt. Das Ergebnis ist ein Zyklon-Wirbel, der entlang der Polarfront nach Nordwesten wandert. Den Grenzbereich der beiden ursprünglich kalten und warmen Luftmassen spüren wir am Boden noch als Kalt- und Warmfront. So zumindest die Theorie, die von Vilhelm Bjerknes in den 30er Jahren in Norwegen entwickelt wurde.

Im Zeitalter der Satelliten-Meteorologie und des weltweiten Datenaustauschs wurde seine Theorie nach und nach korrigiert. Ein weiterer Schritt zur vollständigen Erschließung des atmosphärischen Geschehens wird in den nächsten Monaten getan: Zunächst noch im nationalen Rahmen unter der Federführung der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR) in Oberpfaffenhofen, im kommenden Jahr auch in internationaler Zusammenarbeit mit Frankreich und England, soll das Erscheinungsbild der Kaltfronten eingehend untersucht werden.

Wie der deutsche Projektleiter Dr. Klaus-Peter Hoinka sagte, soll zunächst die Wirkung des Alpenkammes auf die Kaltfronten untersucht werden, die von Nordwesten auf diesen Gebirgszug treffen und dabei ihre Richtung und Wirkung zum Teil deutlich verändern. Da mit den Fronten fast immer Wolken und kräftige Niederschläge auftreten, können Einblicke in die Entstehung und Lebensgeschichte der Zyklonen mit ihren Fronten wertvolle Erkenntnisse für die Grundlagenforschung bringen. Auch die Genauigkeit der Wettervorhersage – wo und wie stark es Regen geben wird – dürfte sich langfristig verbessern. Mehr als 50 Prozent aller Niederschläge in Mitteleuropa werden durch Kaltfronten ausgelöst. Nutzen aus dem Projekt erhofft man sich auch in der Luftfahrt, da durch starke Turbulenzen und Scherwinde auf der Vorderseite der Fronten der Luftverkehr immer wieder behindert wird.

Bis Ende 1987 werden vier Motorflugzeuge und ein Düsenjet im Alpenvorland auf die Kaltfronten warten und dann zu Meßflügen bis in zwei Kilometer Höhe aufsteigen, um zusammen mit den stündlichen Radiosondenaufstiegen, die bis zur Stratosphäre in über 15 Kilometer Höhe gehen, ein Meßprofil zu erstellen, aus dem die thermischen und dynamischen Strukturen der Fronten noch deutlicher werden. Ergänzend dazu liefern die Wetterradarstationen auf dem Hohen Peißenberg und der Meßturm bei Garching laufend weitere Daten. Dabei wird besonders der „Alterungsprozeß" der Zyklone auf ihrer Wanderung von England über den Kanal in das Alpenvorland deutlich werden.

Doch nicht nur das Wettergeschehen steht auf dem Prüfstand. Die Troposphäre, wie man den unteren Teil der Atmosphäre mit der Wetterküche nennt, ist von der darüberliegenden Stratosphäre fast vollständig getrennt. Überraschenderweise treten aber vor einer Kaltfront nach jüngsten Erkenntnissen Einbrüche der Stratosphäre bis in nur drei Kilometer über dem Erdboden auf. Fachleute schließen gar einen Ozontransport aus der Stratosphäre bis in die unteren Luftschichten nicht aus.

Erste Ergebnisse des „DFVLR-Frontenexperiments" sind nicht vor 1988 zu erwarten.

MARTIN BOECKH

LEUTE HEUTE

Lange gesucht

Seit 25 Jahren wird er gesucht. Die Liste der Straftaten, die dem 44jährigen zur Last gelegt werden, ist ellenlang: Rauschgift- und Waffenschmuggel, Raubüberfälle, darunter der wohl spektakulärste auf einen Postzug in Großbritannien 1963, dann der Raub von 6800 Goldbarren im Wert von 14 Millionen Dollar 1983 in der Nähe des Londoner Flughafens Heathrow. In Costa Rica ging der Brite **John Fleming** jetzt der Polizei ins Netz. Sein Kommentar nach der Festnahme: „Ich bin nur nach Costa Rica gekommen, um die Schönheiten des Landes kennenzulernen."

Viermal beraubt

Licht zieht Motten an, Schmuck die Diebe. Das mußte die amerikanische Millionenerbin **Carolyn Skelly** nun bereits zum vierten Mal erfahren. In der Nacht vom Montag wurde sie in ihrer Wohnung in Newport um Pretiosen im Wert von drei bis fünf Millionen Dollar erleichtert. 1977 war ihr Schmuck im Wert von 200 000 Dollar gestohlen worden. Fünf Jahre später wurde sie entführt und wiederum Schmuck – diesmal für etwa eine Million Dollar – geraubt. 1982 stand eine ihrer früheren Putzfrauen unter Anklage, der Multimillionärin Schmuck für zwei Millionen Dollar entwendet zu haben.

Schnell gelernt

Acht Monate lang hat er hebräisch gelernt. Jetzt ist der 13 Jahre alte Urenkel des berühmten Sioux-Häuptlings „Crazy Horse" aus Washington/D.C. kommend in Jerusalem eingetroffen. Hier wird er gemäß jüdischer Tradition seine „Barmitzwa", die Einsegnung eines Jungen zum Manne, feiern. **Little Sun Bordeux of Spokane** ist nach jüdischem Recht Jude, da seine Mutter **Armalona Greenfield** Jüdin ist. Israels Staatspräsident **Chaim Herzog** und Jerusalems Bürgermeister **Teddy Kollek** wollen ihn empfangen.

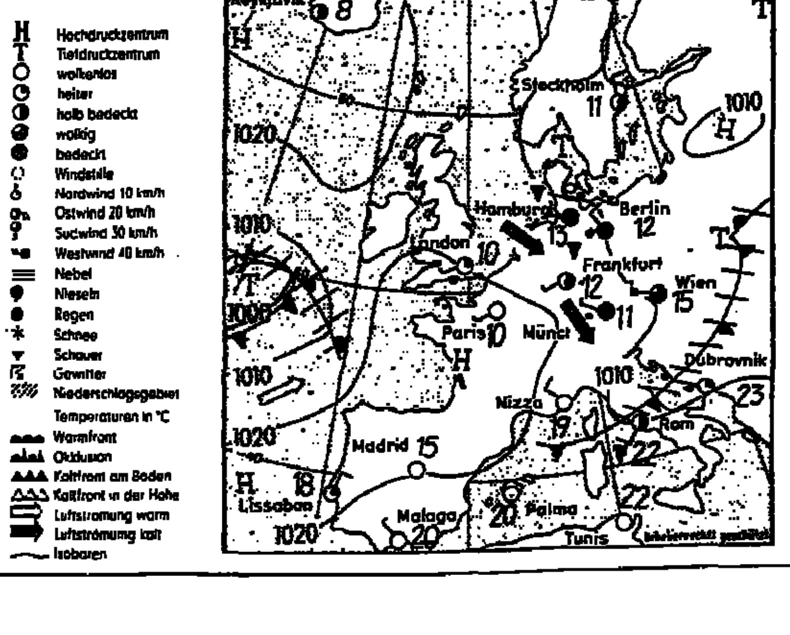
WETTER: Leichte Besserung

Lage: Die mit einem Tiefausläufer nach Deutschland einfließende kühlere Meeresluft gelangt von Westen her allmählich unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Mittwoch: Westhälfte Deutschlands: Übergang zu wechselnder Bewölkung, im Küstengebiet noch einzelne Schauer, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen 16 bis 19, nachts um 10 Grad. Osthälfte Deutschlands: Zunächst noch bewölkt und zeitweise Regen. Nur zögernde Aufhellung. Temperaturen um 17, nachts um 12 Grad.

Weitere Aussichten: Überwiegend freundlich und wieder ansteigende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.17 Uhr*, Untergang: 20.33 Uhr; **Mondaufgang:** 21.29 Uhr, Untergang: 8.00 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	19	bw
Bielefeld	16	bd
Braunlage	16	bd
Bremen	16	bw
Dortmund	17	bd
Dresden	18	Rs
Düsseldorf	14	R
Erfurt	19	bd
Essen	14	R
Feldberg/S.	9	Rs
Flensburg	17	bw
Frankfurt/M.	16	Sp
Freiburg	17	R
Garmisch	21	bw
Greifswald	19	bw
Hamburg	16	bw
Hannover	19	bw
Kahler Asten	11	R
Kassel	14	bd
Kempten	16	bd
Kiel	16	bd
Koblenz	16	Gw
Köln-Bonn	15	R
Konstanz	16	R
Leipzig	17	bw
List/Sylt	17	bw
Lübeck	16	bd
Mannheim	19	bd
München	23	he
Münster	14	bd
Norderney	15	bw
Nürnberg	19	bd
Oberstdorf	18	bw
Passau	23	bw
Saarbrücken	17	bd
Stuttgart	18	Rs
Trier	16	bd
Zugspitze	4	Ne

Ausland:		
Algier	33	wl
Amsterdam	15	Rs
Athen	29	wl
Barcelona	27	he
Belgrad	34	he
Bordeaux	19	bw
Bozen	24	bw
Brüssel	13	bw
Budapest	28	he
Bukarest	32	wl
Casablanca	24	he
Dublin	15	bw
Dubrovnik	30	he
Edinburgh	14	bw
Faro	25	he
Florenz	30	he
Genf	20	bd
Helsinki	15	Rs
Hongkong	31	he
Innsbruck	21	bw
Istanbul	26	wl
Kairo	31	he
Klagenfurt	16	Gw
Konstanza	32	he
Kopenhagen	19	bw
Korfu	30	wl
Las Palmas	23	he
Leningrad	17	bw
Lissabon	25	he
Locarno	23	bw
London	15	bw
Los Angeles	23	bw
Luxemburg	15	R
Madrid	25	he
Mailand	25	he
Malaga	31	he
Mallorca	32	he
Moskau	17	bw
Neapel	32	he
New York	23	he
Nizza	30	he
Oslo	16	bw
Ostende	15	bw
Palermo	35	wl
Paris	16	bd
Peking	26	he
Prag	17	be
Rhodos	29	wl
Rom	30	he
Salzburg	24	he
Singapur	31	bw
Split	30	he
Stockholm	14	bw
Straßburg	18	bd
Tel Aviv	30	he
Tokio	28	he
Tunis	35	wl
Valencia	29	he
Varna	29	he
Venedig	32	he
Warschau	21	he
Wien	25	he
Zürich	16	Rs

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – – keine Angabe

Mehr Diskretion am Bankschalter ist erwünscht

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Der Vorgang wiederholt sich täglich vieltausendfach. Ein Bankkunde steht am Schalter, tätigt Überweisungen, beantragt einen Kleinkredit, hebt Geld ab, womöglich mehrere tausend Mark. Zuschauer braucht er dabei nicht. Neben- und Hintermänner bekommen alles mit, Datenschutz ist Glücksache. Karl Lang, CDU-Landtagsabgeordneter aus Stuttgart, hat jetzt auf diesen Mißstand hingewiesen. „Die Zustände in vielen Instituten", schrieb er im Pressedienst seiner Fraktion, „sind schlicht unzumutbar."

Von Reisen in die USA weiß Lang, daß es auch anders geht. Dort nämlich schützen Grenzmarkierungen auf dem Boden der Schalterhallen die Intimsphäre des Kunden. Wer noch nicht dran ist, muß hinter der Linie warten, bis er aufgerufen wird. Die heimische Kreditwirtschaft freilich steht dem amerikanischen Vorbild skeptisch bis ablehnend gegenüber. Eine derartige „Disziplinierung", erfuhr der parlamentarische Stallwächter vom Sparkassen- und Giroverband, wäre in der Bundesrepublik „nur schwer durchsetzbar", denn Ungeduld gehöre nun mal zum deutschen Wesen. Die angelsächsische Bereitschaft Schlange zu stehen, gehe König Kunde hierzulande völlig ab.

Dennoch sinnt man auf Abhilfe. Einzelne Sparkassen sind dazu übergegangen, ihre Schalter durch Stellwände und Blumenkübel abzuschirmen, die Deutsche Bank, mit rund 1400 Zweigstellen größtes Geldinstitut im Bundesgebiet, bemüht sich neuerdings mit Hilfe isoliert ausgewiesener Beratungszonen um eine „Entzerrung" des Kundenandrangs. Für Diskretion beim Zahlungsverkehr soll längerfristig ein „Automatischer Kassentresor" (AKT) sorgen. Das System, das mehreren Kundendienstberatern zugänglich ist, macht die herkömmlichen Bargeldschalter überflüssig.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in der Schweiz ab. So plant der eidgenössische Bankverein die Einführung der „offenen Schalter", die ebenfalls, verbunden durch eine Art Rohrpost, einen intimeren Umgang mit Bargeld gewährleisten. Außerdem sind in vielen der 210 Filialen des zweitgrößten Schweizer Kreditinstituts die Schalter gegeneinander versetzt oder als Schalterinseln angeordnet. Isolierte „Diskretschalter" gehören im Mutterland des Bankgeheimnisses ohnehin zum Ausstattungsstandard größerer Institute. Gerade die, befand Karl Lang, gäbe es hierzuland noch zu selten.

Auch heute noch werden Familien zusammengeführt

Die Arbeit des kirchlichen Suchdienstes 40 Jahre nach dem Krieg

GEORG BAUER, **Lübeck**

In den Fluren und Zimmern reiht sich Regal an Regal. Sie sind mit kleinen Kästen überfüllt, deren Karten Auskunft geben über das Schicksal von Millionen Menschen. In den Räumen der Heimatortskartei (HOK) in Lübeck, der größten Außenstelle des Kirchlichen Suchdienstes der Bundesrepublik Deutschland, hat die Technik noch nicht in Form moderner EDV-Anlagen Einzug gehalten. Im Gegenteil. Statt mit Computern Daten abzurufen, arbeiten sich Mitarbeiter bei ihrer Suche nach Informationen auf die gleiche Weise durch die Kästen, wie es einst ihre Vorgänger beim Start des Suchdienstes vor gut vier Jahrzehnten getan haben.

Trotz der fast vergessenen Schrekken des Krieges kann sich die Stelle in Lübeck, die Pendants in Bamberg und Stuttgart hat, über mangelnde Arbeit nicht beklagen. Noch immer ist das Schicksal von Zehntausenden aus den deutschen Ostgebieten, aus Polen, der Sowjetunion und den südosteuropäischen Staaten ungeklärt.

Der Leiter der HOK in Lübeck, Hans-Theo Christophersen, präsentiert den jüngsten Fall. Schwestern aus dem Kreis Köslin in Pommern, die sich seit Mitte des Jahres 1946 nicht mehr gesehen hatten, feierten vor kurzem ihr Wiedersehen. Ein Bild, das in einem Dankschreiben beigelegt war, erinnert an die Familienzusammenführung.

Selbstkritik an der Öffentlichkeitsarbeit

Der Fall zeigte den HOK-Mitarbeitern aber auch, daß der Suchdienst trotz seiner jahrzehntelangen Existenz so manchem Vertriebenen oder „DDR"-Aussiedler unbekannt ist. So teilte eine der Schwestern, auf Grund deren Initiative die Fahndung nach ihren verlorengeglaubten Geschwistern aufgenommen worden war, in ihrem ersten Brief an die Organisation mit, daß sie erst vor kurzem von der Existenz der HOK erfahren habe. Christophersen meint dazu: „Wir stehen fassungslos davor und fragen uns, wieso erst jetzt." Und als einen der Gründe nennt er die möglicherweise schlechte Öffentlichkeitsarbeit des Dienstes.

Mit Zetteln, auf denen die Namen von Vermißten notiert und die in Pastoraten hinterlegt worden waren, hatte nach dem Zusammenbruch alles begonnen. Behörden existierten nicht, und nur die Kirchen geboten über eine intakte Organisation. Im Januar 1947 nahm dann der Kirchliche Suchdienst, dessen Rechtsträger die kirchlichen Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk sind, seine Arbeit auf. Rechtsgrundlage war unter anderem ein Beschluß des Bundestages, der sich im März 1953 für eine „Gesamterhebung der deutschen Bevölkerung in den Vertriebenengebieten" aussprach.

Der heutige Arbeitsauftrag der Heimatortskarteien, die rund 17 Millionen Namen erfaßt haben, geht auf eine Vereinbarung der Bundesrepublik mit den beiden Wohlfahrtsverbänden aus dem Jahre 1961 zurück. Danach müssen die vom Datenschutz befreiten HOK Auskünfte erteilen und nach zivil Vermißten aus den Vertreibungsgebieten suchen.

Mehr als 11 Millionen Suchanträge bearbeitet

Die Bilanz der behördlichen Spürhunde nimmt sich stattlich aus. Mehr als 11 Millionen Suchanträge wurden seit der Gründung der Organisation bearbeitet, wobei etwa 8,1 Millionen Schicksale geklärt werden konnten. Und noch im vergangenen Jahr konnte allein die Stelle in Lübeck die Schicksale von 73 vermißten Frauen und Männern klären. Totgeglaubte Kinder, Eltern und Geschwister sahen sich nach Jahrzehnten der Trennung wieder. Insgesamt bearbeitete die HOK in der Stadt an der Trave, die für Nordosteuropa mit den Gebieten Ostpreußen, Memelland, Danzig, Westpreußen, Estland, Lettland und Litauen und Pommern zuständig ist, rund 79 000 Anfragen.

Das Schwergewicht der Arbeit hat sich allerdings verschoben. Auskünfte wollen vor allem Behörden haben. Rentenansprüche müssen geklärt oder die Frage beantwortet werden, ob etwa ein Auswanderer aus Polen, dessen Vorfahr im Korridor lebte, Deutscher im Sinne des Rechts ist. Ohne einen positiven Bescheid gibt es keinen Vertriebenenausweis. Auch Behörden, die sich um die innere Sicherheit sorgen, gehören zum Kundenkreis von Christophersen.

Zur Erfüllung des Auftrages nutzen die Mitarbeiter jedes Material, dessen sie habhaft werden können. Volkslisten, Karten, Bücher und auch jene Doppelkarten der Gefangenen in sowjetischen Lagern, die als „Kriegsgefangenenpost aus Moskau" in die Geschichte eingingen. Christophersen: „Wir stellen auch diese Post zu. Für viele ist es der letzte Gruß."

„Lotto-Kaiser": Zum dritten Mal Millionengewinn

AP, **Hannover**

Seinen dritten Millionentreffer landete der Hauptschullehrer Peter M. aus Niedersachsen. Die niedersächsische Lottogesellschaft ernannte ihn zum „Lotto-Kaiser", da er 1978 1,7 Millionen, im Februar dieses Jahres 2,5 Millionen und am vergangenen Wochenende 3,3 Millionen Mark gewonnen hat. Nun will der Lehrer gemeinsam mit seiner Frau, die an derselben Schule tätig ist, aufhören zu arbeiten, um zwei Plätze für arbeitslose Kollegen freizumachen.

Ungeheuer von Loch Ness

rtr, **Drumnadrochit**

Just im „Sommerloch" ist es wieder aufgetaucht. Die 18jährige Sharon Boulton will mit zwei Freundinnen gestern morgen das Ungeheuer von Loch Ness gesehen haben. Es sei eine schwarze große Gestalt gewesen, mit zwei unterschiedlich großen Höckern. Es war der 3000. „Auftritt" des Ungeheuers seit 1933.

Rückrufaktion von Toyota

dpa, **Köln**

Toyota ruft 15 123 Fahrzeuge des Typs Tercel (Baujahr: Januar 1979 bis Juli 1982) zur kostenlosen Überprüfung der Hinterradaufhängung in die Werkstätten zurück. Bei manchen dieser Wagen habe sich Korrosion an den Schräglenkern der Hinterradführung bemerkbar gemacht.

Katze in Wäscbeschleuder

AP, **Wuppertal**

Eine Katze, die in der Trommel einer Waschmaschine übernachtet hatte, ist versehentlich mit 700 Touren pro Minute geschleudert worden. Eine ältere Dame hatte, ohne das Tier zu bemerken, die Maschine mit Wäsche gefüllt. „Die Frau hörte ein Kreischen und dachte erst, daß die Maschine defekt sei. Doch dann sah sie neben der Wäsche eine Katze rotieren", erklärte die Polizei. Das Tier kam mit leichten Verletzungen an der Schnauze davon.

Cholera in Indien

AP, **Neu-Dehli**

Im indischen Unionsstaat Bihar sind in den vergangenen zwei Wochen mindestens 40 Menschen an der Cholera gestorben. Die Ursache für die Epidemie dürfte in verunreinigtem Brunnenwasser liegen.

Auf Mast geklettert: tot

dpa, **London**

Zwei britische Jugendliche, die in der Nähe des nordostenglischen Ortes Washington auf einen Hochspannungsmast kletterten, sind bei ihrem Abenteuer ums Leben gekommen. Einer der beiden fand sofort den Tod, als er mit der 66 000 Volt-Hochspannungsleitung in Berührung kam. Der andere starb im Krankenhaus an seinen Brandverletzungen.

Spendenrekord in Köln

dpa, **Köln**

Die Katholiken im Erzbistum Köln haben im vergangenen Jahr 65,8 Millionen Mark für weltweite kirchliche und soziale Aufgaben gespendet. Das waren 1,07 Millionen Mark mehr als 1984 und das bisher höchste Spendenaufkommen. Davon erhielten „Miserior" 13,92 Millionen und „Adveniat" 12,87 Millionen Mark.

Schwere Unwetter

DW. **Bonn**

Wie schon am Montag sind auch gestern über Baden-Württemberg und Bayern schwere Unwetter niedergegangen und haben hohen Sachschaden angerichtet. Keller wurden überflutet, Bäume stürzten auf Fahrbahnen, Feuerwehr und Polizei hatten Großeinsatz. In Kehl am Rhein und in Karlsruhe wurden 65 Liter Regen pro Quadratmeter gemessen. Auf der Autobahn Ulm–Würzburg stürzten ein Motorradfahrer und seine Beifahrerin auf regennasser Fahrbahn und wurden anschließend von vier nachfolgenden Personenwagen überrollt. Beide starben noch an der Unfallstelle. In Untereisesheim (Kreis Heilbronn) mußte die Feuerwehr ein Ehepaar aus einem überfluteten Keller befreien.

Wie gestern bekannt wurde, hat am Montag Hagelschlag 3000 neuwertige Fahrzeuge auf dem Gelände der Audi-Werke in Ingolstadt beschädigt. Alle diese Wagen gehen in die Produktion zurück.

ZU GUTER LETZT

Der älteste Brite, John Evans, ein früherer Bergmann aus einem kleinen walisischen Ort, meinte gestern an seinem 109. Geburtstag: „Ich habe nie getrunken, nie geraucht und – nie geflucht".

